



LBS West Zeit für Ihre Zukunft.

Geschäftsbericht 2022

Wir geben Ihrer Zukunft ein Zuhause.

 **Finanzgruppe**

Wir sind für Sie da.

Die LBS Westdeutsche Landesbausparkasse ist das Spezialinstitut für die Bau- und Immobilienfinanzierung in der Sparkassen-Finanzgruppe. Mit einem Anteil von knapp 42 Prozent ist sie in ihrem Geschäftsgebiet Nordrhein-Westfalen und Bremen Marktführerin.

Der LBS West vertrauen rund 1,6 Mio. Menschen mit 1,9 Mio. Bausparverträgen. Sie werden von 668 hauptberuflich Beratenden im Außendienst mit zahlreichen eigenen Angestellten, darunter 60 Auszubildende, sowie den Kundenbetreuerinnen und -betreuern in den mehr als 2.000 Sparkassen-Filialen beraten. Insgesamt verwaltet die LBS West mit ihren 621 Mitarbeitenden im Innendienst Bausparverträge über eine Bausparsumme von mehr als 64 Mrd. €.



	2022	2021
Brutto-Neugeschäft		
■ Anzahl	137.287	104.537
■ Bausparsumme	8.450 Mio. €	5.614 Mio. €
Eingelöstes Neugeschäft		
■ Anzahl (einschließlich Erhöhungen)	108.923	100.074
■ Bausparsumme	6.085 Mio. €	4.961 Mio. €
Angenommene Zuteilungen	1.862 Mio. €	1.773 Mio. €
Vertragsbestand		
■ Anzahl	1.858.834	1.951.506
■ Bausparsumme	64.206 Mio. €	63.798 Mio. €
Geldeingang	2.160 Mio. €	2.230 Mio. €
Geldausgang (einschließlich Verrechnung)	2.145 Mio. €	2.105 Mio. €
Bauspareinlagen	13.133 Mio. €	13.053 Mio. €
Bauspardarlehen	572 Mio. €	508 Mio. €
Außerkollektiver Kreditbestand	3.927 Mio. €	3.738 Mio. €
Nachrangkapital	50 Mio. €	50 Mio. €
Eigenkapital	809,8 Mio. €	799,8 Mio. €
Bilanzgewinn	38,0 Mio. €	10,0 Mio. €
Bilanzsumme	14.760 Mio. €	14.807 Mio. €
Mitarbeitende		
■ Anzahl der Beschäftigten (Köpfe)	621	617
■ Vollzeitarbeitskräfte (VAK)	545	545

Inhalt



Vorwort	2
Lagebericht	8
Jahresbilanz	48
Gewinn- und Verlustrechnung	50
Anhang	52
Bestätigungsvermerk	72
Statistischer Anhang	78





Liebe Partner der LBS West,



die extremen Veränderungen, die Russlands Angriffskrieg gegen die Ukraine mit sich brachte, betrafen nicht nur die geopolitische Lage, sondern erschütterten auch das Leben hier bei uns in seinen Grundfesten und brachten neben unkalkulierbaren Energiekosten, einer hohen Inflation und steigenden Zinsen vor allem eins: Unsicherheit. Im Immobiliensektor verteuerten sich Finanzierungen in einem beispiellosen Tempo. Binnen zwölf Monaten stiegen die Kreditzinsen für ein zehnjähriges Annuitätendarlehen um das Fünffache. Und damit die Sorgen der Menschen, sich ihr Eigenheim überhaupt noch leisten zu können.

In einem für Bau- und Kaufwillige toxischen Mix aus steigenden Zinsen und davonlaufenden Baupreisen hat die LBS West mit ihren langfristig ausgelegten Bauspar- und Finanzierungslösungen einen wertvollen Beitrag zur Stabilisierung der Wohnungsbaufinanzierung leisten können und damit den Menschen mehr Sicherheit für ihre eigenen vier Wände gegeben.

In der LBS-Gruppe markiert der Fusionsbeschluss aller fünf Eigentümer der Landesbausparkassen West und Nord am 16.12.2022 einen Meilenstein auf dem Weg zur Konsolidierung. Der Zusammenschluss zur LBS NordWest ist für 2023 rückwirkend zum 1.1.2023 geplant. Das neue Kreditinstitut wird dann eine Bilanzsumme von über 22 Mrd. € ausweisen und ein Einzugsgebiet von rund 30 Mio. Einwohnerinnen und Einwohnern in NRW, Niedersachsen, Berlin und Bremen haben. Gemeinsam wird die neue LBS NordWest 2,6 Mio. Kund:innen mit 3,1 Mio. Verträgen über eine Bausparsumme von rund 95 Mrd. € betreuen. In einem Staatsvertrag müssen nun noch die Länderparlamente von NRW und Niedersachsen zustimmen.

Wichtige strategische Vorteile der LBS NordWest liegen in ihrer zusätzlichen betriebswirtschaftlichen und vertrieblichen Kraft, der Stärkung des Kreditgeschäfts sowie dem weiteren Ausbau der hohen Prozesseffizienz und Digitalisierung. Insbesondere im Vertrags- und Kreditbestand ergänzen sich beide Fusionspartner ideal. Das neue Kreditinstitut soll in der LBS-Gruppe in mehrerer Hinsicht Maßstäbe setzen: Dazu zählen u. a. die führende Rolle beim Ausbau der Position als Kompetenzführer „Wohnen & Immobilie“ im Sparkassenverbund und die Vorreiter-Rolle innerhalb der LBS-Gruppe in Sachen Innovation und Digitalisierung. Als Basis für die gute Aufstellung der LBS NordWest bleibt es weiterhin Daueraufgabe, durch immer bessere Prozesse die Produktivitätsvorteile abzusichern.

Erfolgreich abgeschlossen wurde in der LBS West vorzeitig auch das Zielbild „LBS 2023“. Aktuell liegt der Fokus auf der Weiterentwicklung der Unternehmensstrategie hin zum Zielbild „LBS 2025“. Die bereits bestehenden strategischen Handlungsfelder „Profitables Wachstum“ und „Digitalisierung/Prozesseffizienz“ werden dabei auch im neuen Zielbild wesentliche Eckpfeiler darstellen. Als neues strategisches Kern-Handlungsfeld wird das Thema „Nachhaltigkeit“ eine zentrale Rolle einnehmen.

Blick auf die Zahlen

Neugeschäft um mehr als 50 % gesteigert

Trotz der vielerorts schwierigen Erwerbsbedingungen am Immobilienmarkt hat die Bereitschaft der Menschen in NRW und Bremen, für das Ziel der eigenen vier Wände zu sparen, 2022 einen gewaltigen Schub bekommen. Kaum ein Produkt hatte im vergangenen Jahr solche Wachstumsraten wie Bausparen – und das endlich auch wieder bei den Bauspardarlehen. Der deutliche Zinsanstieg der vergangenen Monate rückte den vermeintlich konservativen Bausparvertrag für die Zinssicherung wieder in den Fokus – sei es für den Immobilienerwerb, die sichere Anschlussfinanzierung oder die Modernisierung der eigenen vier Wände.

Daneben entfalteten die eingeleiteten vertrieblichen Maßnahmen ihre Wirkung auf allen Vertriebswegen und hier insbesondere das Impulsprogramm und der Masterplan, der vielfältige Anspriechenlässe in den Sparkassen generierte und eine Vertriebssteigerung im Gemeinschaftsgeschäft bewirkte. Das Neugeschäft legte infolgedessen um mehr als die Hälfte auf 8,5 Mrd. € (+50,5%) zu. Bei den unter 26-Jährigen betrug der Zuwachs sogar 69% – ein deutliches Indiz, dass der Wunsch nach Wohneigentum in allen Altersklassen ungebrochen hoch ist. Die LBS West entwickelte sich dabei deutlich stärker als ihre Mitbewerber am Markt. In 2022 baute sie ihre Marktführerschaft mit einem Zugewinn von 2,5 Prozentpunkten auf jetzt 41,9% weiter aus. Die der LBS West anvertrauten Spargelder stiegen 2022 leicht auf 13,1 Mrd. €. In den Darlehensansprüchen aus dem Vertragsbestand liegt damit ein enormes Finanzierungspotenzial, um die Ziele der kommenden Jahre im Wohnungsbau und für mehr Klimaschutz zu erreichen. Perspektivisch wird die zunehmende Bedeutung von energetischen Sanierungen im Bestand die Bedeutung des Bausparens als nachhaltiges Finanzierungsprodukt weiter stärken.

Finanzierungen und Immobiliengeschäft mit Spitzenwerten

Die Rückbesinnung der Menschen, in Krisenzeiten auf eine verlässliche Wertesicherung zu vertrauen, bescherte auch dem Finanzierungsgeschäft der LBS West deutliche Zuwächse. Alleine bei den Darlehen aus LBS-



Mitteln bewilligte die LBS West im vergangenen Jahr mit einem Plus von 22,8 % auf 780,2 Mio. € deutlich mehr Volumen. Der März war dabei mit 75 Mio. € sogar der beste Baufinanzierungsmonat in ihrer mehr als 90-jährigen Unternehmensgeschichte. Insgesamt stellten LBS West und Sparkassen dem Markt im vergangenen Jahr bauparunterlegte Finanzierungsmittel in Höhe von 2,5 Mrd. € zur Verfügung. Ein Plus von 5,5 %.

Die LBS West kann sich dabei auf ihren starken Außendienst sowie auch auf das Vermittlernetzwerk der FORUM Direktfinanz GmbH & Co. KG verlassen. Deren Vermittlungsvolumen inklusive LBS-Außendienst blieb in 2022 in NRW und Bremen stabil bei 1,8 Mrd. €, bundesweit waren es 3,1 Mrd. € (+ 8 %).

Im Immobiliengeschäft erzielte die LBS Immobilien GmbH NordWest 2022 erneut ein Rekordergebnis: Die kooperierenden Sparkassen sowie der eigene Außendienst vermittelten im Geschäftsgebiet Nordrhein-Westfalen, Niedersachsen, Bremen und Berlin mit 10.720 Kaufobjekten zwar 3,5 % weniger Objekte. Das Objektvolumen stieg aber auf 3,5 Mrd. € (+ 2,9 %), die LBS Immobilien NordWest ist damit erneut einer der größten deutschen Makler für Wohnimmobilien. Der Courtageumsatz betrug 182 Mio. € (+ 4,3 %).

Jahresüberschuss verbessert

Mit 39,1 Mio. € liegt der Jahresüberschuss vor Steuern erheblich über dem Vorjahreswert (+ 25,8 Mio. €). Dabei ergibt sich das deutlich höhere Ergebnis insbesondere durch Entnahme von Mitteln aus dem Fonds zur baupartechnischen Absicherung, einer bilanziellen Reserveposition. Dementsprechend veränderte sich auch der Bilanzgewinn gegenüber dem Vorjahr um + 28,0 Mio. € auf 38,0 Mio. €.

Blick auf die Potenziale

Nachhaltigkeitspartnerin der Vertriebe

In der strategischen Positionierung wird angesichts rasant steigender Energiekosten und Anforderungen durch den Klimaschutz das Engagement der LBS West in Sachen Nachhaltigkeit immer wichtiger. 80 % der Immobilien in NRW und Bremen sind Bestandsgebäude mit entsprechend hohem Modernisierungsbedarf. Die LBS West hat sich deshalb schon vor einiger Zeit auf den Weg gemacht, sich als Nachhaltigkeitspartnerin der Sparkassen und des eigenen Außendienstes zu etablieren.

2022 intensivierte die LBS West ihre Maßnahmen in diesem Bereich mit einer neuen Nachhaltigkeitsoffensive über alle Unternehmensbereiche. Mit dem „Klima&Zuhause“-Modernisierungskredit haben die Vertriebe seitdem erstmals ein rein nachhaltig ausgerichtetes Kreditprodukt im Portfolio, das ihren Kund:innen die Möglichkeit bietet, ihre Immobilie auf nachhaltige Weise zu modernisieren. Auch nach der Fusion mit der LBS Nord wird es hier ein Höchstmaß an Kontinuität geben.

Weitere Digitalisierungspotenziale gehoben

Im vergangenen Jahr hat die LBS West wieder wichtige Schritte unternommen, um das Unternehmen stärker zu digitalisieren und effizienter zu gestalten. Die digitalen Maßnahmen haben das vorrangige Ziel, die Kundenorientierung zu steigern, die Markttransparenz zu erhöhen, neue Vertriebswege zu erschließen sowie die Geschäftsprozesse weiter zu optimieren. Bis Ende 2022 wurden alle wesentlichen medialen Abschluss- und Serviceprozesse für Bausparen in die S-Finanzplattform integriert. In einem nächsten Schritt wird nun die digitale Abschlusstrecke für den Modernisierungskredit folgen. Darüber hinaus wurden im vergangenen Jahr der Verbundpartner-Upload und die Dokumenten-Drehscheibe implementiert, zwei Features, die die vollständige digitale Abwicklung von Prozessen zwischen Vertriebspartnern und LBS möglich machen und somit Zeit und Ressourcen sparen.

Auf dieses Ziel zählt auch das eSign-Pad ein. Mithilfe dieses Eingabefelds können Sparkassen bereits jetzt den überwiegenden Teil der in der Beratung genutzten Geschäftsvorgänge elektronisch von den Kund:innen unterzeichnen lassen und vollständig digital in einer hohen Datenqualität an die LBS übermitteln. Die fertig bearbeiteten Dokumente können die Bausparenden später bequem im ePostfach ihrer Sparkasse abrufen. Auch die Weiterentwicklung der LBS GoApp schreitet voran. Als voll-digitale Lösung ermöglicht sie es dem LBS-Außendienst, die Beratungs- und Verkaufsprozesse schneller und effizienter abzuschließen, was insbesondere bei der Auszahlung von Geldern eine wichtige Rolle spielt. Damit stellt die LBS West sicher, dass sie ihren Kund:innen eine moderne und effiziente Abwicklung all ihrer Anliegen anbieten kann.

Um zusätzliche Ersparnisse bei Zeit und Ressourcen zu realisieren und die Kunden-Services zu verbessern, hat sich die LBS einen Digitalisierungsfahrplan bis 2025 gegeben, auf dessen Basis in allen wesentlichen Prozessen festgelegte Digitalisierungs- und Automatisierungsziele angestrebt werden. Nicht zuletzt durch diese Ausrichtung verteidigte die LBS West ihre branchenweite Spitzenposition bei den Stückkosten und der Produktivität. 2022 bearbeitete jede:r einzelne Mitarbeitende rein rechnerisch wieder rund



4.000 Verträge. Die Weiterentwicklung der End-to-End-Prozesse bilden dabei das Fundament für den Ausbau der Wertschöpfung im Ökosystem Wohnen. Hierbei sollen u. a. das Plattformgeschäft und vielfältige Kundenbedürfnisse rund um die Immobilie als neue Vertriebskanäle gefestigt werden. Im Rahmen der bundesweiten Kampagne „10.000 neue Bausparverträge“ wird Ziel sein, die digitalen Bauspar-Abschlüsse weiter zu steigern.

Reduzierung der CO₂-Emissionen als Kernaufgabe

Im Gebäudebestand liegt ein wesentlicher Hebel, um den Klimawandel zu stoppen. Die LBS West sieht es für sich als Aufgabe, diesen Hebel in doppelter Funktion zu bewegen: als Unternehmen mit einer Verantwortung für das eigene Gebäude und vor allem als Finanzierer der Energiewende privater Haushalte.

Bereits vor Jahren hat die LBS die Weichen für einen klimaneutralen Geschäftsbetrieb gestellt, den sie bis 2035 erreichen will – zehn Jahre bevor Deutschland insgesamt die Treibhausgasneutralität erreichen soll. Bei den Produkt- und Dienstleistungsangeboten der LBS West sind insbesondere die Themen Klimaschutz und Maßnahmen zur Reduzierung der CO₂-Emissionen wesentliche Treiber. Gemäß Klimaschutzgesetz der deutschen Bundesregierung sollen die CO₂-Emissionen im Gebäudesektor von 118 Mio. Tonnen CO₂-Äquivalenten in 2020 auf 67 Mio. Tonnen CO₂-Äquivalente in 2030 reduziert werden. Dies verlangt einen deutlichen Anstieg der Sanierungsquote im Gebäudebestand auf ca. 1,9% in den nächsten Jahren. Die LBS West will hier als Finanzierungspartnerin einen wesentlichen Beitrag zur energetischen und nachhaltigen Modernisierung des Gebäudebestands leisten.

Der Vorstand der LBS West (v. r.): Jörg Münning (Vorsitzender), Frank Demmer, Dr. Jörg Koschate



Modernisierungen gewinnen an Bedeutung

Niedrige Zinsen unterstützten in den vergangenen Jahren das Wachstum bei den Wohnungsbaufinanzierungen. Doch die zuletzt deutlich steigenden Kreditzinsen, die zunehmende Inflation und die daraus resultierende Unsicherheit für potenzielle Wohneigentümerinnen und -erwerber führten zu einer spürbar geringeren Nachfrage nach Baukrediten. Parallel dazu wuchs die Nachfrage nach Finanzierungsmitteln, um die eigene Immobilie energetisch zu sanieren. Modernisierungen machen heute bereits fast ein Drittel der LBS-Kredite aus. Durch den hohen Nachholbedarf im Wohnungsbestand – insbesondere beim Energieverbrauch – und den gemeinsamen Druck, die Klimaziele zu erreichen, wird dieses Geschäftsfeld stark an Bedeutung gewinnen, zumal ab 2024 Wohn-Riester zusätzlich zum barrierearmen Umbau auch für die energetische Sanierung eingesetzt werden kann.

Bausparen und seine Vorteile bleiben im Trend

Durch demografische Faktoren, wie höhere Lebenserwartung, Zuwanderung und mehr Single-Haushalte, wird die Wohnungsnachfrage fast überall in NRW und Bremen hoch bleiben. Auch die im europäischen Vergleich unterdurchschnittliche Wohneigentumsquote von 45 % in Deutschland und 41 % in NRW birgt Potenzial. Die LBS geht daher davon aus, dass sich der Immobilien- und Finanzierungsmarkt – nach einer Übergangsphase infolge des drastischen Zinsanstiegs – wieder sukzessive normalisieren wird.

Bausparen – das Kernprodukt der LBS West – hat dabei den Vorteil, in unterschiedlichen Kapitalmarkt- und Zinsszenarien jeweils überzeugende Kundenvorteile zu bieten. Es vereint Planungssicherheit, Flexibilität, Nachhaltigkeit sowie staatliche Förderungen und ermöglicht so vor allem der Mitte der Gesellschaft den Erwerb und Erhalt von Wohneigentum. Die drei Kernkompetenzen der LBS West – Zinssicherung, geförderte Eigenkapitalbildung und Modernisierungsfinanzierung – bleiben daher weiter im Trend und sind Basis für einen positiven Geschäftsausblick.


Jörg Münning


Frank Demmer


Dr. Jörg Koschate



A. Geschäfts- und Rahmenbedingungen

Die LBS Westdeutsche Landesbausparkasse ist eine rechtsfähige Anstalt des öffentlichen Rechts mit Sitz in Münster, Westfalen. Anteilseigner der LBS West sind zu jeweils 50 Prozent der Rheinische Sparkassen- und Giroverband und der Sparkassenverband Westfalen-Lippe. Neben dem Bundesland Nordrhein-Westfalen mit knapp 18 Millionen Einwohnerinnen und Einwohnern umfasst das Geschäftsgebiet auch die Stadt Bremen mit 0,6 Millionen Einwohnerinnen und Einwohnern. Organe der LBS West sind nach dem Gesetz über die LBS Westdeutsche Landesbausparkasse und der Satzung der LBS West der Vorstand, der Verwaltungsrat und die Trägerversammlung.

Gesamtwirtschaftliche Rahmenbedingungen

Die Entwicklung der deutschen Wirtschaft wurde in diesem Jahr maßgeblich von den Folgen des russischen Angriffskriegs in der Ukraine beeinträchtigt. Der erhoffte wirtschaftliche Aufschwung – nach Abschaffung der pandemiebedingten Restriktionen – wurde durch die kriegsbedingten Folgen, v. a. die Verknappung bzw. Verteuerung von Energie, gebremst. Diesen Problemen zum Trotz hat sich die deutsche Wirtschaft insgesamt als robust erwiesen. Das Bruttoinlandsprodukt fiel im Jahr 2022 zwar mit + 1,9%¹ geringer aus als im Vorjahr (2021: + 2,7%)², aber angesichts der Energiekrise, der Lieferkettenprobleme und hoher Inflation ist das Ergebnis als positiv zu bewerten.³

Die Impulse für das Wachstum kamen dabei vor allem aus dem privaten Konsum – aufgrund der

Nachholeffekte nach der Corona-Pandemie.⁴ Somit sind die preisbereinigten Konsumausgaben der privaten Haushalte mit + 4,6% – trotz Inflation – deutlich gestiegen (2021: 0,0%). Die Bruttoanlageinvestitionen blieben in 2022 stabil und stiegen um + 0,2% (2021: + 1,3%), während die Bauinvestitionen um – 1,6% sanken (2021: + 0,5%).⁵ (Vorjahreswerte⁶).

Im Jahresdurchschnitt haben sich die Verbraucherpreise in Deutschland um + 7,9% gegenüber 2021 erhöht. Im Vorjahr hatte die Inflationsrate noch bei + 3,1% gelegen.⁷ Die historisch hohe Inflationsrate im Bereich Energie und Nahrungsmittel aufgrund von krisen- und kriegsbedingten Effekten wie z. B. Lieferengpässen und deutlichen Preisanstiegen auf den vorgelagerten Wirtschaftsstufen prägte das gesamte Jahr 2022. Der höchste Stand wurde im Oktober mit + 10,4% ermittelt.⁸ Gegen Jahresende schwächte sie sich – dank Entspannung der Energiepreise durch einmalige Übernahme der Gas- und Wärmerechnung im Dezember – ab, blieb aber auf einem hohen Niveau stehen (+ 8,6%).⁹ Ohne flankierende wirtschafts- und finanzpolitische Entlastungspakete wäre die Teuerungsrate noch spürbar höher ausgefallen.

¹ Vgl. Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz (BMWK): Jahreswirtschaftsbericht 2023, S. 150, Eckwerte der Jahresprojektion.

² Vgl. Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz (BMWK): Jahreswirtschaftsbericht 2022, S. 115, Eckwerte der Jahresprojektion.

³ Vgl. Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz (BMWK): Pressemitteilung vom 14.01.2023, S.1-3.

⁴ Vgl. Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz (BMWK): Pressemitteilung vom 14.01.2023, S.1-3.

⁵ Vgl. Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz (BMWK): Jahreswirtschaftsbericht 2023, S. 150, Eckwerte der Jahresprojektion.

⁶ Vgl. Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz (BMWK): Jahreswirtschaftsbericht 2022, S. 115, Eckwerte der Jahresprojektion.

⁷ Vgl. Destatis, Pressemitteilung Nr. 022 vom 17. Januar 2023.

⁸ Vgl. Destatis, Pressemitteilung Nr. 022 vom 17. Januar 2023.

⁹ Vgl. Destatis, Pressemitteilung Nr. 022 vom 17. Januar 2023.

Insgesamt verteuerten sich die Energieprodukte in 2022 um + 34,7 % (2021: + 10,4 %). Die Preise für Nahrungsmittel erhöhten sich 2022 gegenüber 2021 um + 13,4 %. 2021 hatte die Preissteigerung noch bei + 3,2 % gelegen. Ohne Berücksichtigung der Energie- und Nahrungsmittelpreise hätte die Gesamtinflationsrate nur bei 4,9 % gelegen.¹⁰

Der Arbeitsmarkt zeichnete sich 2022 durch eine hohe Stabilität aus. Insgesamt reduzierte sich die Zahl der Arbeitslosen in Deutschland im Vergleich zum Vorjahr um 195.000 auf 2.418.000 Menschen.¹¹ Die Arbeitslosenquote belief sich im Dezember auf 5,3 % (2021: 5,7 %).¹² Somit ist die Arbeitslosigkeit in 2022 deutlich gesunken und die kriegsbedingten Auswirkungen fielen relativ moderat aus. Die Erwerbstätigkeit und sozialversicherungspflichtige Beschäftigung sind im Jahresdurchschnitt gestiegen und übertreffen das Niveau von vor der Corona-Pandemie.¹³ Die günstige Entwicklung des Arbeitsmarktes spielte sich v. a. in der ersten Jahreshälfte 2022 ab. Danach führte vor allem die Erfassung ukrainischer Geflüchteter zum Anstieg der Arbeitslosigkeit.¹⁴

Im Geschäftsgebiet der LBS West, in NRW und Bremen, entwickelten sich die Indikatoren wie folgt: In NRW liegt die Zahl der Erwerbstätigen im Jahresdurchschnitt 2022 bei 9,73 Mio. (+ 1,3 % ggü. dem Vorjahr).¹⁵ Die Arbeitslosenquote blieb dennoch weitestgehend stabil auf 6,8 %¹⁶ (2021: 6,7 %)¹⁷. In Bremen liegt die Zahl der Erwerbstätigen im Jahresdurchschnitt 2022 bei rund 441.000 (+ 1,3 % im Vergleich zu 2021)¹⁸. Die Arbeitslosenquote stieg auf 10,2 %¹⁹ (2021: 9,9 %)²⁰.

Die Bruttolöhne und -gehälter je Arbeitnehmer:in sind 2022 weiter gestiegen (2022: + 4,3 %²¹ vs. 2021: 3,2 %²²). Das verfügbare Einkommen der privaten Haushalte wuchs zwar deutlicher in 2022 als im Vorjahr (+ 7,2 %²³ vs. 2021: + 1,8 %²⁴) – aber die Sparquote ist gegenüber dem Vorjahr (2021: 15,0 %²⁵) gesunken und liegt nun bei 11,2 %²⁶.

Nach der sprunghaft gestiegenen Anzahl der Insolvenzen 2021 sind im letzten Jahr deutlich weniger Gesamtinsolvenzfälle zu verzeichnen (– 13,5 %).²⁷ Dieser Effekt ist v. a. auf den Rückgang der Privatinsolvenzen (– 17,3 %) zurückzuführen. Durch Erleichterungen für Privatpersonen bei der Restschuldbefreiung waren die Zahlen in 2021 stark gestiegen (+ 86,6 %) und dieser Effekt ist 2022 abgeebbt.²⁸ Energiekrise, steigende Inflation

¹⁰ Vgl. Destatis, Pressemitteilung Nr. 022 vom 17.01.2023.

¹¹ Vgl. Bundesagentur für Arbeit, Pressemitteilung vom 03.01.2023, Jahresrückblick 2022, S. 1.

¹² Vgl. Bundesagentur für Arbeit, Monatsbericht zum Arbeits- und Ausbildungsmarkt Dezember und Jahr 2022, S. 94.

¹³ Vgl. Bundesagentur für Arbeit, Monatsbericht zum Arbeits- und Ausbildungsmarkt Dezember und Jahr 2022, S. 42.

¹⁴ Vgl. Bundesagentur für Arbeit, Pressemitteilung vom 03.01.2022, Jahresrückblick 2022, S. 1.

¹⁵ Vgl. Information und Technik Nordrhein-Westfalen, Pressemitteilung Nr. 22/23 vom 24.01.2023.

¹⁶ Vgl. Bundesagentur für Arbeit, Monatsbericht zum Arbeits- und Ausbildungsmarkt Dezember und Jahr 2022, S. 53.

¹⁷ Vgl. Bundesagentur für Arbeit, Monatsbericht zum Arbeits- und Ausbildungsmarkt Dezember und Jahr 2021, S. 21.

¹⁸ Vgl. Statistisches Landesamt Bremen, Pressemitteilung vom 24.01.2023

¹⁹ Vgl. Bundesagentur für Arbeit, Monatsbericht zum Arbeits- und Ausbildungsmarkt Dezember und Jahr 2022, S. 53.

²⁰ Vgl. Bundesagentur für Arbeit, Monatsbericht zum Arbeits- und Ausbildungsmarkt Dezember und Jahr 2021, S. 21.

²¹ Vgl. Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz (BMWK): Jahreswirtschaftsbericht 2023, S. 150, Eckwerte der Jahresprojektion.

²² Vgl. Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz (BMWK): Jahreswirtschaftsbericht 2022, S. 115, Eckwerte der Jahresprojektion.

²³ Vgl. Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz (BMWK): Jahreswirtschaftsbericht 2023, S. 150, Eckwerte der Jahresprojektion.

²⁴ Vgl. Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz (BMWK): Jahreswirtschaftsbericht 2022, S. 115, Eckwerte der Jahresprojektion.

²⁵ Vgl. Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz (BMWK): Jahreswirtschaftsbericht 2022, S. 115, Eckwerte der Jahresprojektion.

²⁶ Vgl. Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz (BMWK): Jahreswirtschaftsbericht 2023, S. 150, Eckwerte der Jahresprojektion.

²⁷ Vgl. Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz (BMWK): Jahreswirtschaftsbericht 2023, S. 150, Eckwerte der Jahresprojektion.

sowie hohe Zinsen werden allerdings noch nicht sichtbar im Insolvenzgeschehen auf dem privaten Sektor.

Deutlich mehr Insolvenzen im Vergleich zum Vorjahr wurden im Baugewerbe (+ 17,3 %), im verarbeitenden Gewerbe (+ 15,2 %) sowie bei großen Unternehmen mit mehr als 250 Beschäftigten (+ 25,0 %) verzeichnet.²⁹ Das konkrete Insolvenzaufkommen der Unternehmenssparte blieb allerdings auf einem vergleichsweise niedrigen Niveau (2022: 14.700). Vor 10 Jahren wurden noch gut 14.000 Unternehmensinsolvenzen mehr verzeichnet (2012: 28.720).³⁰

Zinsentwicklung

Mit der Erwartung eines kräftigen Wirtschaftswachstums von 4,6 %³¹ sollte in 2022 die Corona-Krise endlich überwunden werden.³² Die durch Corona verursachten Lieferkettenprobleme sowie die durch ein weltweites Anziehen der Wirtschaft erhöhte Nachfrage nach Energie führten im Januar aber zu einem Anstieg der Inflationsrate auf 5,1 % ggü. dem Vorjahr.³³ Die EZB sprach in ihrer Pressekonferenz zu Beginn des Jahres noch von einer Inflation, die länger erhöht bleiben dürfte, ging aber von einem Inflationsrückgang im weiteren Verlauf des Jahres aus.³⁴

Mit dem russischen Einmarsch in die Ukraine am 24. Februar 2022 änderten sich die Rahmenbedingungen für die deutsche Wirtschaft gravierend. So stiegen die Rohstoff- und Energiepreise deutlich an. Der Gaspreis kletterte zwischenzeitlich auf knapp 350 €, während er vor Beginn des

Russland-Ukraine-Krieges noch um die 75 € pendelte.³⁵ Aber auch die Preise für Nahrungsmittel sind deutlich angestiegen und mündeten in einer Rekordinflation von 10,4 % im Oktober.³⁶ Das ist die höchste seit Anfang der 1950er-Jahre.³⁷ In der Folge erhöhte die EZB den Leitzins viermal in 2022 – von 0 % auf 2,5 %.³⁸ Dieses Umfeld blieb nicht ohne Auswirkungen auf die Marktzinsen. Während der Zinssatz für Interbankengeschäfte (z. B. 10-Jahres-MidSwap gegen 6-Monats-EURIBOR) zu Beginn des Jahres noch bei 0,3 % lag, ist er Anfang Oktober auf über 3,3 % gestiegen.³⁹

Trotz der schwierigen Rahmenbedingungen rutscht die deutsche Wirtschaft im Berichtsjahr nicht in eine Rezession. So wird die Nachfrage nach Waren und Dienstleistungen im Inland durch die während der Corona-Phase angehäuften Ersparnisse und die in diesem Jahr breit angelegten fiskalischen Entlastungspakete gestützt. Nach einer Befragung des ifo-Instituts sind die Produktionskapazitäten in der deutschen Wirtschaft derzeit überausgelastet.⁴⁰ Alles in allem geht

²⁸ Vgl. Creditreform, Analyse. Insolvenzen in Deutschland, Jahr 2022, vom 13.12.2022, S. 2.

²⁹ Vgl. Creditreform, Presseinformation: Insolvenzen in Deutschland, Jahr 2022, vom 13.12.2021.

³⁰ Vgl. Creditreform, Presseinformation: Insolvenzen in Deutschland, Jahr 2022, vom 13.12.2021.

³¹ Vgl. Jahresgutachten 2021/22 des Sachverständigenrates zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung, S. 63.

³² Vgl. Statistisches Bundesamt, Pressemitteilung Nr. 563 vom 27. Dezember 2022.

³³ Vgl. Pressemitteilung der EZB zur Pressekonferenz am 3. Februar 2022, S. 2.

³⁴ Vgl. Pressemitteilung der EZB zur Pressekonferenz am 3. Februar 2022.

³⁵ Vgl. Bundesnetzagentur, https://www.bundesnetzagentur.de/DE/Gasversorgung/aktuelle_gasversorgung/start.html.

³⁶ Vgl. Statistisches Bundesamt, Pressemitteilung Nr. 563 vom 27. Dezember 2022.

³⁷ Vgl. Jahresgutachten 2022/23 des Sachverständigenrates zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung, Kurzfassung, S. 3.

³⁸ Vgl. <https://de.statista.com/statistik/daten/studie/201216/umfrage/ezb-zinssatz-fuer-das-hauptrefinanzierungsgeschaeft-seit-1999/>.

³⁹ Vgl. Bloomberg.

⁴⁰ Vgl. ifo Schnelldienst, Sonderausgabe Dezember 2022, S. 9-10.

das ifo-Institut von einem Wachstum des Bruttoinlandsproduktes in diesem Jahr von 1,8 % aus.⁴¹

Die LBS West hatte in ihrer Planung für das Jahr 2022 einen durchschnittlichen Zinssatz von 0,02 % für den 10-Jahres-MidSwap angesetzt. Das lag auf dem Niveau der im Vorjahr am Markt beobachtbaren Forward-Rate. Aufgrund der wirtschaftlichen Entwicklung und insbesondere der Geldpolitik der EZB hat sich ein 10-Jahres-MidSwap mit 1,93 % im Durchschnitt für 2022 ergeben. Der Zinsentwicklung in 2022 hat die LBS West im Rahmen ihrer quartalsweisen Aktualisierungen der Planungsrechnung sowie über die Erstellung von zusätzlichen Sonderszenarien jeweils zeitnah Rechnung getragen und den Wert im Herbst auf 1,95 % angehoben.

Wohnungsmarkt

Der jahrelange Boom auf dem deutschen Wohnungsmarkt hat sich ab dem zweiten Quartal 2022 deutlich abgeschwächt. Der Krieg in der Ukraine, die hohe Inflationsrate sowie die Zinswende mitsamt der drohenden Rezession stellen eine große Herausforderung für die Immobilienbranche dar.

Laut aktueller Zahlen des Statistischen Bundesamtes gab es in Deutschland Ende 2021 43,1 Millionen Wohnungen (inkl. aller Objektarten). Der Wohnungsbestand stieg im Vergleich zum Vorjahr um 0,7 %.⁴² In Nordrhein-Westfalen gab es Ende 2021 9,2 Millionen Wohnungen (+ 0,5 % ggü. Vorjahr)⁴³ und in Bremen ca. 365.600 Wohnungen (+ 0,5 % ggü. Vorjahr)⁴⁴.

Die Anzahl der Baugenehmigungen im Wohnungsbau sank angesichts der unsicheren Lage in 2022 sowohl in Gesamtdeutschland als auch in NRW und Bremen (DE: – 5,7 %⁴⁵, NRW: – 3,5 %, Bremen: – 2,4 %⁴⁶). Am deutlichsten sanken die Genehmigungszahlen für Einfamilienhäuser (– 15,9 %).⁴⁷ Allerdings hatte das mittlerweile ausgelaufene Baukindergeld in 2021 die Zahl der Genehmigungen erstmal ansteigen lassen.

Die Fertigstellungen stagnierten 2021 mit – 4,2 % ggü. 2020 (306.376 Wohnungen) in Deutschland⁴⁸ und blieben weiter hinter den Genehmigungszahlen zurück. Somit beschleunigte sich der seit 2008 anhaltende Anstieg des Bauüberhangs und erreichte den höchsten Stand seit 1996. Diese Zunahme war 2021 v. a. auf Lieferengpässe, Rohstoffknappheit, Preissteigerungen bei Baustoffen sowie Personalknappheit im Baugewerbe zurückzuführen. In 2022 waren die steigenden Material- und Energiepreise zusammen mit sprunghaft wachsenden Finanzierungszinsen für viele Bauherrinnen und Bauherren nicht abzubilden. Überdies erhöhten sich im Wohnungsbau die Stornierungen auf bis zu 16,7 % (November 2022).⁴⁹

⁴¹ Vgl. ifo Schnelldienst, Sonderausgabe Dezember 2022, S. 11.

⁴² Vgl. Destatis, Wohnungsbestand im Zeitvergleich; Datenreport 2022.

⁴³ Vgl. Landesbetrieb Information und Technik Nordrhein-Westfalen, Pressemitteilung Nr. 296 vom 12.07.2023.

⁴⁴ Vgl. Statistisches Landesamt Bremen: Bremen Infosystem, Tabelle 31231-00-02: Wohngebäude und Wohnungsbestand (Wohnungen in Wohn- und Nichtwohngebäuden).

⁴⁵ Vgl. Destatis, Pressemitteilung Nr. 024 vom 18.01.2023.

⁴⁶ Vgl. Destatis, „Genehmigungen 2022“.

⁴⁷ Vgl. Destatis, Pressemitteilung Nr. 024 vom 18.01.2023.

⁴⁸ Vgl. Destatis, Pressemitteilung Nr. 212 vom 23.05.2022.

⁴⁹ Vgl. ifo-Institut, Pressemitteilung vom 12.12.2022.

Die Geschäftserwartungen des Wohnungsbaus waren im November 2022 auf dem tiefsten Stand seit 1991.

Daraus resultierend erwartet die LBS West für das Berichtsjahr 2022 eine leicht rückläufige Anzahl der Wohnungsbaufertigstellungen sowohl in NRW als auch in Bremen.

Für die Immobilientransaktionen wird zum ersten Mal seit 12 Jahren ein rückläufiger Trend prognostiziert.⁵⁰ Infolgedessen erwartet die LBS in NRW für das Berichtsjahr 2022 voraussichtlich rund 175.000 (Vorjahresprognose: 185.000), in Bremen gut 8.500 Transaktionen (Vorjahresprognose: 8.800) auf dem Immobilienmarkt.

Trotz der schwierigen Marktbedingungen stiegen die Preise für Wohnimmobilien im Vergleich zum Vorjahr noch weiter an (+ 4,9 %⁵¹) – allerdings auf einem deutlich niedrigeren Niveau als noch am Anfang des Jahres. Im Vergleich zum Vorquartal stagnierten die Preise im dritten Quartal mit – 0,4 %.⁵² Laut der ersten Hochrechnungen des LBS-Immobilien-Barometers 2023 werden Neubau- und Gebrauchtmärkte weiter auseinanderdriften. Der Neubaumarkt wird durch weiter steigende Materialkosten teurer – während sich die Preise für den Gebrauchtmärkte normalisieren. Inwieweit der Wohnungsmarkt im Gebrauchtmärkte- oder Neubaumarkt weiter wächst, ist maßgeblich von den weiteren Entwicklungen des Zinsniveaus und der Energie- und Materialkosten, der Verfügbarkeit des Personals am Bau, aber auch von der weiteren Förderkulisse der Bundesregierung – gerade im Gebrauchtmärkte – abhängig.

Das von der Bundesregierung gesteckte Ziel von 400.000 neuen – davon 100.000 öffentlich geförderten – Wohnungen rückte somit im wirtschaftlich schwierigen Umfeld 2022 in weite Ferne.⁵³

Die angespannte Lage am Wohnungsmarkt verschärfte sich zusätzlich durch die vermehrte Migration, v. a. aus der Ukraine. Gegen stärker sinkende Immobilienpreise sprechen der hohe Wohnungsbedarf und das knappe Angebot, das noch sinkt, weil der Neubau durch hohe Bau- und Finanzierungskosten ausgebremst wird. Ein bezahlbarer Wohnraum für alle bleibt 2023 eine Herausforderung.

⁵⁰ Vgl. GEWOS, IMA 2022/2 – Immobilienmarktanalyse, Band 2, S. 13.

⁵¹ Vgl. Destatis, Pressemitteilung Nr. 560 vom 22.12.2022, Preise für Wohnimmobilien im 3. Quartal.

⁵² Vgl. Destatis, Pressemitteilung Nr. 560 vom 22.12.2022, Preise für Wohnimmobilien im 3. Quartal.

⁵³ Vgl. Bulletin der Bundesregierung Nr. 150-1 vom 15.12.2021 S. 22.

B. Geschäftsverlauf

Strategisches Leitbild der LBS West

Die LBS West definiert ihr strategisches Leitbild als Rahmen einer langfristigen strategischen Grundausrichtung des unternehmerischen Handelns mit sechs Leitsätzen:

- Wir wachsen profitabel durch eine konsequente und kundenfokussierte Immobilien- und Finanzierungsorientierung.
- Wir bauen unsere Produktivitätsführerschaft bei klarer Kundenorientierung aus.
- Wir nutzen die digitale Transformation, um unsere Prozesse noch effizienter zu gestalten.
- Wir verstehen Nachhaltigkeit als gesellschaftlichen Auftrag und leben diese „end-to-end“.
- Wir sind eine sozial verantwortungsvolle, attraktive Arbeitgeberin und entwickeln mit unseren Mitarbeitenden eine zukunftsweisende Unternehmenskultur.
- Wir verstehen die Interessen unserer Kundschaft und vertreten sie konsequent zur Stärkung gezielter staatlicher Förderungen rund um die Immobilie.

Die aktuelle Vertriebsstärke der LBS West basiert auf zwei gleichgewichtigen Säulen, den Sparkassen und dem eigenen Außendienst in den Märkten NRW und Bremen. Für die strategische Position der LBS West im Markt ist die Einbindung in den Sparkassenverbund bei gleichzeitiger Sicherung der Vertriebskraft über den eigenen Außendienst sehr bedeutsam. Aktuell arbeiten 79 Sparkassen im weiterentwickelten Agenturmodell mit Kooperationsoption, in dem beide Vertriebspartner den Markt partnerschaftlich bearbeiten.

Unterstützend wurde zudem die DBC Digitales Business Center GmbH (DBC GmbH) als Tochtergesellschaft der LBS West etabliert. Ihre Kernaufgaben sind die Sicherung der Nutzung von Immobilien- und Finanzierungsinteressierten (Leads) für die Gewinnung von Neukunden sowie die Sicherstellung der konsequenten Ausschöpfung der Neugeschäftspotenziale im Kundenbestand der LBS West.

Darüber hinaus wurde das Geschäftsfeld der LBS West durch den Betrieb der Vermittlerpoolinggesellschaft FORUM Direktfinanz GmbH (FORUM) für freie Baufinanzierungsvermittlerinnen und -vermittler erweitert, um diese verbindlicher an die S-Finanzgruppe zu binden und die Abhängigkeit von Plattformbetreibern außerhalb des Verbundes zu reduzieren. 2020 wurde die FORUM als nationale Plattformgesellschaft in der LBS-Gruppe und in der Sparkassenorganisation etabliert.

Die Konsolidierung unter den Landesbausparkassen schreitet unter Beteiligung der LBS West mit großen Schritten voran. Die Träger der LBS West (Rheinischer Sparkassen- und Giroverband und der Sparkassenverband Westfalen-Lippe) und der LBS Nord (NordLB, Niedersächsischer Sparkassen- und Giroverband und die Landesbank Berlin AG) haben im Dezember 2022 ihre Zustimmung zur Fusion der beiden Landesbausparkassen zur LBS NordWest erteilt. Mit dem Zusammenschluss entsteht ein Institut mit einer Bilanzsumme von über 22 Mrd. € in NRW, Niedersachsen, Berlin und Bremen. Gemeinsam werden 2,6 Millionen Kundinnen und Kunden mit 3,1 Millionen Verträ-

gen über eine Bausparsumme von rund 95 Mrd. € betreut. In einem Staatsvertrag müssen nun noch die Länderparlamente von NRW und Niedersachsen zustimmen. Der Zusammenschluss wird rückwirkend zum 1. Januar 2023 (juristische Fusion per 31. August 2023) erfolgen. Die zur fristgerechten und aufsichtsrechtskonformen Umsetzung (Day-1-Readiness im Sinne der MaRisk) erforderlichen Schritte wurden in einem gemeinsamen Projekt beider Häuser bereits eingeleitet.

Die LBS West und die LBS Nord sind bereits seit 2013 gemeinsam Anteilseigner der erfolgreichen Immobilien-Vermittlungsgesellschaft LBS Immobilien GmbH NordWest.

Weiterentwicklung des Zielbildes „LBS 2025“

Das Zielbild „LBS 2023“ wurde inzwischen erfolgreich abgeschlossen. Aktuell liegt der Fokus auf der Weiterentwicklung des Zielbildes hin zum Zielbild „LBS 2025“. Die bereits bestehenden strategischen Handlungsfelder „Profitables Wachstum“ und „Digitalisierung/Prozesseffizienz“ werden dabei auch im neuen Zielbild wesentliche Eckpfeiler darstellen. Als neues strategisches Kern-Handlungsfeld wird das Thema „Nachhaltigkeit“ eine zentrale Rolle einnehmen. Das Zielbild bildet mit den insgesamt fünf Handlungsfeldern (Wachstum, Prozesseffizienz/Digitalisierung, Stärkung staatlicher Immobilienförderung, Nachhaltigkeit und Unternehmenskultur) den Rahmen des Handelns der LBS West ab und berücksichtigt die Entwicklung aktueller Rahmenbedingungen. Daneben treten weitere strategische Handlungsfelder, die entweder aufsichtsrechtlich erforder-

lich sind oder eine wesentliche Bedeutung für die LBS West haben. Als wesentliche messbare Ziele des Zielbildes „LBS 2025“ ist ein Neugeschäft im kollektiven Geschäft von 8,2 Mrd. € und im außerkollektiven Geschäft von 730 Mio. € p. a. definiert worden. Mit diesem werthaltigen Neugeschäft soll gleichzeitig der Anteil der Geldanlage an der Bilanzsumme der LBS West gesenkt und der Unternehmenswert der LBS West stabilisiert werden.

Durch eine zielgerichtete Produktentwicklung und -gestaltung ist die LBS West insgesamt bei dem aktuell steigenden Zinsumfeld und der erhöhten Nachfrage nach energetischen Sanierungen von Bestandsimmobilien gut positioniert. Dabei können Bausparverträge als Vorsparprodukt für den staatlich geförderten Eigenkapitalaufbau und als Instrument zur Zinssicherung im Rahmen einer Modernisierung oder Baufinanzierung eingesetzt werden.

Die gesetzten vertrieblichen Schwerpunkte im Zielbild „LBS 2025“ – z. B. konsequenter Ausbau und Nutzung der Kooperationen mit den Sparkassen oder die Intensivierung des Bauspar- und Immobiliengeschäftes – sollen stringent mit Maßnahmen unterstützt werden.

Im Digital- und Prozessbereich liegt der Schwerpunkt des neuen Zielbildes auf effizienten End-to-End-Prozessen als Basis für den Ausbau der Wertschöpfung im Ökosystem Wohnen. Hierbei soll u. a. das Plattformgeschäft als neuer Vertriebskanal gefestigt werden, aber auch die tiefe

Integration der LBS-Prozesse in die Sparkassen-Systeme forciert werden. Kontinuierliche Optimierungen der Abschluss- und Serviceprozesse werden angestrebt.

Weiterhin soll der eigene Nachhaltigkeitsanspruch der LBS West fest im Zielbild „LBS 2025“ verankert und mit passenden Lösungen unterstützt werden. Der Anspruch ist eine führende Position als Partner nachhaltiger Immobilienfinanzierungen für Privatkundschaft in der Sparkassen-Finanzgruppe. Dabei werden insbesondere zielgruppenorientierte Produktangebote betrachtet, aber auch die gesamthafte Steuerung von ESG-bezogenen Risiken und Prozessen.

Der zentrale Auftrag des Nachhaltigkeitsmanagements in der LBS West ist die Bündelung, Koordination und die Umsetzungsbegleitung von Aufgaben und Maßnahmen in den Themengebieten Umwelt, Soziales und nachhaltige Unternehmensführung (sog. ESG-Ansatz: Environmental, Social und Governance). Durch den ganzheitlichen („End-to-End“-)Ansatz stehen hier Aktivitäten aus allen Abteilungen im Fokus: z. B. die Attraktivität des Unternehmens als Arbeitgeberin, kundenorientierte Lösungen für energetische Sanierungen, eine nachhaltige Geldanlage oder der Weg zur CO₂-Neutralität im Geschäftsbetrieb. Aktuelle Themen und aufsichtsrechtliche Anforderungen, wie die EU-Taxonomie oder die von der BaFin beschriebenen Nachhaltigkeitsrisiken, ergänzen die Arbeiten und akzentuieren die Schwerpunkte laufend.

Neugeschäft

Das eingelöste Neugeschäft konnte in 2022 nach der Bausparsumme um + 22,7% auf 6.085,3 Mio. € gesteigert werden. Die Anzahl der eingelösten Neuverträge erhöhte sich ebenfalls um + 8,8% auf 108.923.

Sowohl das Vorjahresniveau als auch der Planwert wurden somit deutlich übertroffen. Das Bauspar-Neugeschäft profitierte vom gestiegenen Zinsniveau, daneben entfalteten die eingeleiteten vertrieblichen Maßnahmen, wie z. B. neue Vertriebskampagnen, ihre Wirkung. Dies gilt insbesondere für das Ertragssteigerungsprogramm „Masterplan“, mit dem unter Einbindung des LBS-Außendienstes individuelle Maßnahmen je Sparkasse zur Steigerung des Vertriebs Erfolges angeboten und umgesetzt wurden.

Wohn-Riester-Neugeschäft

Nach wie vor vorhandene negative Medienberichte zum Thema Riester beeinflussten das Marktsegment „Altersvorsorge durch Wohneigentum“ weiterhin. In diesem schwierigen Marktumfeld ging das Neugeschäft mit 10.059 abgeschlossenen Wohn-Riester-Verträgen (- 15,3%) und einem Volumen in Höhe von 521 Mio. € (- 14,3%) weiter zurück.

Vertragsbestand

Mit einer Bausparsumme in Höhe von 64.206 Mio. € (+ 0,6%) lag der Vertragsbestand in 2022 leicht über dem Vorjahr, aber noch unter dem Durchschnitt der letzten 10 Jahre. Die Vertragsanzahl lag mit 1,9 Mio. (- 4,7%) unter dem Vorjahr.

Massebewegungen

Der Spargeldeingang verringerte sich im Vergleich zum Vorjahr um – 1,9 % auf 1.953 Mio. €. Die Tilgungen verzeichneten erneut einen Rückgang um 13,5 % auf 207 Mio. €. Die Zuflüsse zur Zuteilungsmasse gingen um – 3,1 % auf 2.160 Mio. € zurück. Mit Auszahlungen in Höhe von 2.145 Mio. € (+ 1,9 %) stellte die LBS ihrer Kundschaft und damit dem Wohnungsmarkt wiederum in erheblichem Maße Bausparmittel zur Verfügung. Die Auszahlungen für kollektive Bauspardarlehen lagen mit 272 Mio. € in 2022 deutlich über dem Vorjahresniveau (+ 38,7 %). Per saldo sank die Zuteilungsmasse geringfügig um – 0,1 % auf 12.578 Mio. €.

Kreditgeschäft

Neben der Bereitstellung kollektiver Mittel bewilligte die LBS außerkollektive Kredite in Höhe von 637 Mio. €. Die außerkollektiven Bewilligungen lagen damit um + 10,1 % über denen des Vorjahres. Hier wirkte sich insbesondere die gestiegene Nachfrage nach Vor- und Zwischenfinanzierungskrediten positiv aus. Die Bewilligungen der Vorfinanzierungskredite und Annuitäten erhöhten sich ebenfalls (+ 7,9 %).

Die Nachfrage nach Zwischenfinanzierungskrediten hängt von der Attraktivität des zeitnah folgenden Bauspardarlehens ab. Dementsprechend führte die Entwicklung des Zinsniveaus in 2022 zu einer deutlich steigenden Nachfrage nach Zwischenfinanzierungskrediten (+ 121,6 %). Der Gesamtbestand an außerkollektiven Krediten erhöhte sich um + 5,1 % auf 3.927 Mio. €.

Strategische Beteiligungen

Die LBS West ist an der LBS Immobilien GmbH NordWest (LBSi NordWest) mit 74,99 % beteiligt. Die LBSi NordWest ist in den vier Bundesländern Nordrhein-Westfalen, Niedersachsen, Bremen und Berlin tätig und ist der größte Makler für Wohnimmobilien in Deutschland.⁵⁴

Die FORUM Direktfinanz GmbH & Co. KG (FORUM) ist eine Tochtergesellschaft der LBS-Gruppe (ohne LBS Ost). FORUM als Poolinggesellschaft bietet Finanzierungsvermittlerinnen und -vermittlern einen Zugang zu einer Online-Finanzierungsplattform, über die Produkte der Sparkassen-Finanzgruppe (auch der LBS West) sowie weiterer Kreditinstitute vermittelt werden können. Inzwischen arbeiten bereits über 210 Sparkassen (NRW: 80) und rund 4.500 Vermittlerinnen und Vermittler (inkl. LBS-Außendienst) mit FORUM zusammen. Im Jahr 2022 wurden von den an FORUM angebotenen Vertriebspartnern Finanzierungsprodukte mit einem Volumen von über 3,1 Mrd. € vermittelt.

Vertrieb

Der Vertrieb erfolgt im Wesentlichen über die 80 Sparkassen in NRW und Bremen und den eigenen Handelsvertreter-Außendienst (HAD), die in einem einzigartigen Vertriebsmodell mit maximaler Flexibilität kooperativ den Markt bearbeiten.

⁵⁴Zusammen mit der Sparkassen-Finanzgruppe lt. Immobilienmanager, Ausgabe 06/2022, S.18f.

Die 482 (– 9) Handelsvertreter:innen in den unverändert 54 Gebietsleitungen unterstützen dabei als Spezialist:innen die Sparkassen bei der Versorgung ihrer Kundschaft mit LBS-Produkten. Daneben stellen sie in 111 LBS-Kunden-Centern (– 1) und 22 Shops (– 1) auch die Betreuung von LBS-Kund:innen und Interessent:innen ohne aktive Kundenbeziehung zur Sparkasse sicher.

Im Laufe des Jahres 2022 sind die mit der Corona-Pandemie verbundenen Einschränkungen und deren negative Auswirkungen auf den Vertriebs-erfolg zunehmend in den Hintergrund gerückt. Sie wurden mehr als kompensiert durch den in der ersten Jahreshälfte andauernden Boom am Immobilien- und Baufinanzierungsmarkt und die angesichts des steigenden Zinsniveaus wieder deutlich zunehmende Bausparnachfrage. So ist es gelungen, das Bausparneugeschäft der Sparkassen und des HAD sowie das aus der Kooperation beider Vertriebswege resultierende Gemeinschaftsgeschäft sehr stark auszubauen, in allen Bereichen die Planzahlen deutlich zu übertreffen und den Marktanteil spürbar auszubauen. Maßgeblich dazu beigetragen haben die ausgesprochen erfolgreiche Umsetzung des Projektes „Masterplan für den Ausbau des Vertriebserfolges der Sparkassen“ sowie eine erhebliche Verbesserung der Produktivität des HAD.

Während der Aufwind beim Bausparen im gesamten Jahresverlauf ungebrochen war, ist das Marktvolumen bei Immobilien und Baufinanzierungen im 2. Halbjahr aufgrund der stark anziehenden Inflation, sprunghaft steigender Baukosten und des höheren Zinsniveaus deutlich zurückgegan-

gen. Dies hat dazu geführt, dass das außerkollektive Kreditgeschäft in Höhe von 604,2 Mio. € (Vorfinanzierungskredite und Annuitätendarlehen) nach Rekordzahlen im 1. Halbjahr zwar insgesamt über Vorjahresniveau ausgelaufen ist (+ 7,9 % ggü. 2021), die angestrebte Zielmarke von 640 Mio. € jedoch verfehlt hat (– 5,6 %).

Für 2023 gehen wir davon aus, dass Immobilien- und Baufinanzierungsumsätze nach einer vorübergehenden Marktanpassung angesichts des unverändert hohen Bedarfs an Wohnraum und des Modernisierungstaus im Bestand wieder deutlich zunehmen werden. Sowohl im Bauspar- als auch im außerkollektiven Kreditgeschäft planen wir daher in den kommenden Jahren kontinuierlich steigende Umsätze. Durch die weitere Intensivierung des Sparkassenvertriebs, insbesondere in Kooperation mit dem HAD, den Aufbau der HAD-Kapazität sowie die Optimierung der Verzahnung des Immobilien- mit dem Bauspar- und Baufinanzierungsgeschäft streben wir dabei den weiteren Ausbau unseres Marktanteils an.

Auch 2022 wurde die Digitalisierung über alle Vertriebswege zur Verbesserung der Prozesseffizienz und im Sinne der Nachhaltigkeit beschleunigt vorangetrieben. Im Vordergrund stand dabei die konsequente Integration des medialen Vertriebs in beide Vertriebswege. Während der HAD bereits erhebliche und weiter zunehmende Teile des Umsatzes mit der papierlosen GoApp abwickelt, wird auch für die Sparkassen die Verknüpfung ihrer Vertriebsprozesse mit der Möglichkeit des digitalen Bausparabschlusses stetig ausgebaut.

Die Digitales Business Center GmbH (DBC) verzeichnet im ersten vollen Jahr der Geschäftstätigkeit eine erfreuliche Nachfrageentwicklung. Kernaufgaben der DBC sind der Einkauf und das Management von im LBS-eigenen digitalen Ökosystem gewonnenen digitalen Kontakten zu Interessierten (sogenannte Leads) für das Bauspar-, Baufinanzierungs- und Immobiliengeschäft, deren Transformation in Beratungstermine für den HAD und die Sparkassen bis hin zur eigenständigen Beratung von Kunden.

Fester Bestandteil des digitalen Angebotes ist schließlich die FORUM Direktfinanz GmbH & Co. KG (FORUM), die inzwischen nahezu vollständig die Kreditvermittlungen des Außendienstes an LBS und Sparkassen abwickelt und stetig weitere Drittvermittler für das Zuführungsgeschäft gewinnt.

Der besonderen Bedeutung des Themas Nachhaltigkeit wurde auch auf Produktseite Rechnung getragen. Insbesondere der zinsvergünstigte „Klima&Zuhause“-Modernisierungskredit hat spürbare Umsatzanteile erreicht. Diverse weitere Initiativen befinden sich in Umsetzung.

C. Ertragslage

Das Betriebsergebnis der LBS West wurde im Geschäftsjahr 2022 weiterhin durch das niedrige Zinsniveau der vergangenen Jahre und die Neuausrichtung der LBS West geprägt.

Zins- und Provisionsergebnis

Durch die erneute Reduzierung der durchschnittlichen Verzinsung der Bauspareinlagen konnte – trotz

des weiter steigenden Volumens der Einlagen – der Zinsaufwand für die Bauspareinlagen im Berichtsjahr wieder deutlich gesenkt werden. Die Zinserträge aus der Vergabe von Bauspardarlehen reduzierten sich bei erstmals wieder erhöhten Beständen aufgrund der geringeren Verzinsung weiter. Auch beim außerkollektiven Geschäft ergaben sich trotz einer erneuten Volumenausweitung aufgrund rückläufiger Zinskonditionen ebenfalls verringerte Zinserträge.

Auch die Erträge aus der Geldanlage reduzierten sich im Wesentlichen in 2022 weiter zinsniveaubedingt. Zusätzlich wurden die Spezialfondsausschüttungen reduziert, sodass weniger als die ordentlichen Erträge des laufenden Geschäftsjahres ausgeschüttet wurden.

Per saldo verringerte sich der Zinsüberschuss (Zinserträge, Zinsaufwendungen, laufende Erträge aus Spezialfonds und Erträge aus Gewinnabführungsverträgen) aufgrund der genannten Entwicklungen im Vergleich zum Vorjahr um – 5,6 % auf 134,5 Mio. €. Das Provisionsergebnis verbesserte sich insbesondere aufgrund des weiter steigenden Anteils von Tarifen mit einer Abschlussgebühr von 1,6 % am Neugeschäft um + 7,8 Mio. € auf + 11,2 Mio. €.

Insgesamt blieb das Zins- und Provisionsergebnis im Vergleich zum Vorjahreswert nahezu konstant bei 145,8 Mio. € (– 0,2 %).

Verwaltungsaufwendungen

Nachdem die Personalaufwendungen im Vor-

jahr sanken, ergaben sich im Berichtsjahr wieder höhere Aufwendungen für die Altersvorsorge und die Beihilfen, vor allem bedingt durch eine Anhebung des langfristigen Kostentrends von 4,0 % auf 4,5 % bei den Beihilferückstellungen. Insgesamt erhöhte sich dadurch der Personalaufwand im Berichtsjahr um + 16,7 % auf 68,8 Mio. €.

Die Sachaufwendungen (andere Verwaltungsaufwendungen inkl. Abschreibungen) erhöhten sich dagegen nur geringfügig, insbesondere aufgrund gestiegener IT-Aufwände im Vorfeld der Fusion mit der LBS Nord, um + 1,5 % auf 60,2 Mio. €.

Insgesamt lagen die Verwaltungsaufwendungen (inkl. Abschreibungen) bei 129,0 Mio. € (+ 9,1 % gegenüber Vorjahr).

Sonstiges betriebliches Ergebnis

Das sonstige betriebliche Ergebnis verbesserte sich gegenüber dem Vorjahr um + 44,8 Mio. € auf + 28,7 Mio. € und ist einerseits geprägt durch die vollständige Entnahme aus dem Fonds zur baupartechnischen Absicherung und andererseits durch den Aufwand für die Einlagensicherung sowie weiterhin durch die Aufwendungen hinsichtlich des Zinsanteils an den Zuführungen zu den Beihilferückstellungen und den in der LBS verbliebenen Pensionsrückstellungen.

Betriebsergebnis vor Bewertung

Das Ergebnis vor Risikovorsorge und Bewertung verbesserte sich insbesondere aufgrund der Effekte aus dem sonstigen betrieblichen Ergebnis auf 45,5 Mio. € (+ 33,8 Mio. €).

Risikovorsorge- und Bewertungsergebnis

Das Risikovorsorge- und Bewertungsergebnis ist im Berichtsjahr zum einen durch die Kursverluste aus der Veräußerung von Wertpapieren in Höhe von – 3,0 Mio. € und zum anderen durch die Zuführung zu den Pauschalwertberichtigungen gemäß IDW RS BFA 7 in Höhe von – 1,2 Mio. € geprägt. Insgesamt reduzierte sich das Risikovorsorge- und Bewertungsergebnis im Vergleich zum Vorjahr um – 8,0 Mio. € auf – 6,4 Mio. €.

Jahresüberschuss vor Steuern/Bilanzgewinn

Mit 39,1 Mio. € liegt der Jahresüberschuss vor Steuern erheblich über dem Vorjahreswert (+ 25,8 Mio. €). Dabei ergibt sich das deutlich höhere Ergebnis insbesondere aufgrund der vollständigen Entnahme aus dem Fonds zur baupartechnischen Absicherung.

Dementsprechend veränderte sich auch der Bilanzgewinn gegenüber dem Vorjahr um + 28,0 Mio. € und lag bei 38,0 Mio. €.

Kooperation in der LBS-Gruppe

Die LBS-Gruppe kooperiert – um ein möglichst hohes Maß an Skaleneffekten bzw. Kostenvorteilen zu realisieren – in vielen Bereichen. Einen Schwerpunkt bildet hier die Zusammenarbeit in der IT.

Nach Einführung des Bausparsystems OSPlus-LBS in allen LBSn arbeitet die LBS-Gruppe gemeinsam mit der Finanz Informatik (FI) weiter an der Vereinheitlichung, Optimierung und Harmonisierung des Systems und der Prozesse.

Die gruppenweite IT-Konsolidierung ist für die LBS West von strategischer Bedeutung, da sie auf Dauer zu einer Vereinfachung der gemeinsamen Marktbearbeitung von LBS und Sparkassen im Verbund und zur Realisierung von Synergien in der Gruppe führen wird. Darüber hinaus wird mit dem einheitlichen Bauspar-System OSPlus-LBS die Basis geschaffen, durch eine gemeinsame Fachlichkeit und Technologie von den Weiterentwicklungen in der S-Finanzgruppe zu profitieren. Geplante Fusionen in der LBS-Landschaft werden perspektivisch zu einer höheren Standardisierung und Vereinheitlichung auch in der IT-Landschaft führen.

Daneben übernimmt die LBS West die Bearbeitung des Spargeschäfts der LBS Hessen-Thüringen sowie die Entwicklung und den Betrieb des individuellen Data-Warehouse und weiterer Systeme für die LBS Ostdeutsche Landesbausparkasse und die LBS Saar.

Die langjährige Gruppenarbeit hat sich auch in der Werbung bewährt. Durch den gemeinschaftlichen überregionalen Werbeauftritt erfolgt ein effizienter Medieneinsatz.

D. Finanzlage

Grundsätze und Ziele des Finanzmanagements

Die LBS West ist ein Nichthandelsbuchinstitut. Die Anlage verfügbarer Mittel erfolgt in der Eigenanlage grundsätzlich nach der Strategie, die Papiere bis zur Endfälligkeit zu halten (Buy-and-Hold-Strategie).

Finanzierungsquellen/Kapitalstruktur

Mit einem Anteil der Bauspareinlagen an der Bilanzsumme in Höhe von 89 % stellen die Bau-

spareinlagen die weitaus größte Finanzierungsquelle dar. Das gezeichnete Kapital blieb im Vergleich zum Vorjahr unverändert. Den Gewinnrücklagen wurden aus dem Bilanzgewinn des Vorjahres 10,0 Mio. € zugeführt. Der Fonds für allgemeine Bankrisiken blieb mit 34,7 Mio. € im Vergleich zum Vorjahr unverändert. Der Anteil des gezeichneten Kapitals, der Gewinnrücklagen und des Fonds für allgemeine Bankrisiken an der Bilanzsumme beträgt 5,5 % (+ 0,1 % ggü. Vorjahr). Die nachrangigen Verbindlichkeiten lagen im Vergleich zum Vorjahr unverändert bei 50 Mio. €.

Zahlungsfähigkeit

Zur Steuerung der Liquidität erstellt die LBS West gemäß MaRisk regelmäßig Liquiditätsprognosen, die auf die Rahmenbedingungen der Kollektivplanung ausgerichtet sind. Die Fälligkeiten der Geldanlagen sind auf den voraussichtlichen Bedarf an liquiden Mitteln abgestimmt.

Die Zahlungsfähigkeit der LBS West war im Berichtsjahr gegeben. Nach den Ergebnissen der vorgenommenen Liquiditätsplanungen und -prognosen ist eine geordnete Finanzlage sichergestellt.

E. Vermögenslage

Die Bilanzsumme verringerte sich im Vergleich zum Vorjahr um – 0,05 Mrd. € auf 14,76 Mrd. €. Auf der Passivseite erhöhten sich aufgrund des weiterhin hohen Spargeldeingangs die Bauspareinlagen um + 0,08 Mrd. € auf 13,13 Mrd. €. Auf der Aktivseite verzeichneten die Baudarlehen mit + 0,25 Mrd. € auf 4,50 Mrd. € weiterhin Steigerungen, während die Geldanlagen mit 9,88 Mrd. €

(– 0,32 Mrd. €) leicht rückläufig waren. Der Anlegungsgrad I erhöhte sich erstmals um + 0,5 Prozentpunkte auf 4,5% und auch der Anlegungsgrad II verbesserte sich auf 33,0% (+ 1,5 Prozentpunkte).

Die aufgrund des gestiegenen Zinsniveaus entstandenen vermiedenen Niederstwertabschreibungen belaufen sich bei den Wertpapieren der Eigenanlage auf 408,1 Mio. € und bei den Spezialfonds auf 328,5 Mio. €.

Für die auf den Pensionsfonds übertragenen Pensionsverpflichtungen haftet die LBS West weiterhin unbeschränkt subsidiär nach § 1 Abs. 1 Satz 3 BetrAVG. Nach der Übertragung der Altersversorgungsverpflichtungen auf den Pensionsfonds resultieren am Abschlusstichtag nach Art. 28 Abs. 2 EGHGB Fehlbeträge i. H. v. insgesamt 144,2 Mio. € (Vorjahr: 62,2 Mio. €).

Die geschäftliche Entwicklung sowie die Ertrags-, Finanz- und Vermögenslage erachtet die LBS unter Berücksichtigung der gesamtwirtschaftlichen sowie branchenspezifischen Entwicklungen als derzeit zufriedenstellend.

F. Unternehmenssteuerung

Das Gesamtbanksteuerungssystem der LBS West besteht aus einer integrierten Ertrags- und Risikosteuerung mit dem Ziel der nachhaltigen Sicherung bestehender und zukünftiger Ertragspotenziale. Die Risikosteuerung erfolgt mit den in Teil G beschriebenen Instrumenten. Im Zentrum der Ergebnissteuerung steht der Planungsprozess. Hier erfolgen eine detaillierte Betrachtung des

folgenden Jahres, die Erstellung einer Langfristplanung für einen fünfjährigen Planungszeitraum sowie Simulationsrechnungen mit deutlich längeren Betrachtungszeiträumen.

Dabei dienen grundsätzlich folgende Kennzahlen als zentrale Steuerungs- und Zielgrößen:

Eigenkapitalrendite: Der Jahresüberschuss vor Steuern wird auf das zu Beginn des Jahres vorhandene Eigenkapital (inkl. Vorsorgereserven gemäß § 340f HGB) bezogen. Die Kennziffer lag 2022 mit 4,6% aufgrund des deutlich gestiegenen sonstigen betrieblichen Ergebnisses deutlich über dem Vorjahr (1,6%) und damit auch über dem Zielwert für das Jahr 2022 von 1,8%.

Cost-Income-Ratio: Bei dieser Kennziffer wird der Verwaltungsaufwand (inkl. Abschreibungen) in das Verhältnis zu den Erträgen der LBS West (Zinsüberschuss, Provisionsüberschuss und sonstiges Ergebnis) gesetzt. Im Berichtsjahr verbesserte sich die Cost-Income-Ratio aufgrund des deutlich gestiegenen sonstigen betrieblichen Ergebnisses von 91,0% auf 73,9%. Damit wurde der strategische Zielwert einer Cost-Income-Ratio unter 85% in 2022 erreicht.

Risikomonitoring: Aufgrund der Zugehörigkeit zum Sicherungssystem der Sparkassen-Finanzgruppe unterliegt die LBS West dem Risikomonitoring innerhalb des Deutschen Sparkassen- und Giroverbandes und der LBS-Gruppe. Ziel ist es, zu jedem Erhebungstermin im Gesamturteil die bestmögliche Einstufung („grün“) zu erreichen.

Die „Grundsätze für das Risikomonitoring“ wurden im Rahmen des IPS-Deep-Dive-Projekts in 2022 überarbeitet und die Instrumente des quantitativen und qualitativen Risikomonitorings angepasst und geschärft. Damit wird die Konsistenz zu den in der Rahmensatzung neu definierten Trigger-Events und hieraus folgenden Maßnahmen entlang der Stufen „Prävention“, „Sanierung“ und „Stützung“ gewährleistet.

Durch die Anpassung der Methodik stehen die Ertrags- und Risikokennziffern bei Instituten mit hohen Depot-A-Beständen infolge entstehender stiller Lasten im aktuellen Zinsanstieg tendenziell stärker unter Druck.

Das angepasste und geschärfte quantitative Risikomonitoring sieht weiterhin die folgende 4-Säulen-Struktur vor: Kapital, Liquidität, Risikotragfähigkeit und Ertrags- und Risikolagekennziffer.

Im Berichtsjahr musste die LBS West per 30.06. und per 30.09.2022 eine Gelb-Einstufung ausweisen. Es sind keine bestands- und entwicklungsgefährdenden Risiken erkennbar.

G. Risikobericht

Die LBS West ist als Bausparkasse der Sparkassen der kompetente Partner rund um Immobilienfinanzierungen und die Vermittlung von Wohnimmobilien. Wegen der hohen Erwartungen unserer Kundschaft an die Sicherheit des Bausparens stellt eine ausgewogene Risikokultur einen wesentlichen Erfolgsfaktor des Geschäfts dar.

Diese grundsätzliche Risikoeinstellung bestimmt das Handeln der LBS West.

Risikostrategie

Das Risikomanagement der LBS West basiert auf der Risikostrategie, Kreditrisikostrategie und der Risikostrategie für die Geldanlage und steht im Einklang mit der vom Vorstand festgelegten Geschäftsstrategie. Das Risiko wird dabei definiert als negative Abweichung von einem Erwartungswert. Der jährliche Strategieprozess der LBS West umfasst die Planung, Umsetzung, Beurteilung und gegebenenfalls die Anpassung der Strategien. In der Risikostrategie sind die Grundsätze der Risikosteuerung festgelegt. Die LBS West steuert ihre Einzelrisiken unter Berücksichtigung gesetzlicher Vorgaben und unter Orientierung an der ausgewogenen Risikokultur. Ziel der Risikokultur ist es, Risiken nur einzugehen, wenn eine angemessene Rendite zu erwarten ist. Aus Ertrags- und Kosteneffizienzgründen können nicht in allen Fällen Risiken vollständig ausgeschlossen werden. Die Strategien werden jährlich mit dem Verwaltungsrat erörtert.

Risikomanagementsystem

Das Risikomanagementsystem der LBS West ist darauf ausgerichtet, frühzeitig Entwicklungen zu erkennen, die die finanzielle Lage der LBS und damit das Erreichen der Unternehmensziele und den Fortbestand des Unternehmens gefährden können. Der Gesamtvorstand ist für ein funktionierendes Risikomanagement- und Überwachungssystem verantwortlich.

Die Risikocontrolling-Funktion (RCF) im Sinne der „Mindestanforderungen an das Risikomanagement“ (MaRisk) liegt beim Leiter der Hauptabteilung Gesamtbanksteuerung. Die Vertretung erfolgt durch den Leiter der Abteilung Risikocontrolling. Die operative Bearbeitung der mit der RCF zusammenhängenden Arbeiten erfolgt dabei im Wesentlichen durch die Mitarbeitenden der Abteilung Risikocontrolling. Den Mitarbeitenden sind alle notwendigen Befugnisse und ein uneingeschränkter Zugang zu allen Informationen, die für die Erfüllung ihrer Aufgaben erforderlich sind, eingeräumt. Eine Beteiligung der RCF bei wichtigen risikorelevanten Entscheidungen wird dabei gewährleistet.

Für die zentrale Risikoüberwachung ist die Abteilung Risikocontrolling der Hauptabteilung Gesamtbanksteuerung zuständig. Im zentralen Risikocontrolling sind die von den Fachbereichen der LBS West dezentral überwachten und gesteuerten Einzelrisiken regelmäßig zu erfassen, zu systematisieren, zusammenzuführen und zu bewerten. Die jeweiligen Hauptabteilungsleiterinnen und -leiter sind verantwortlich für die dezentrale Überwachung und Steuerung der in ihren Bereichen bestehenden Risiken. Zusätzlich prüft und beurteilt die Interne Revision risikoorientiert und prozessunabhängig die Wirksamkeit und Angemessenheit des Risikomanagements und des internen Kontrollsystems sowie die Ordnungsmäßigkeit aller Aktivitäten und Prozesse.

Weiterhin verfügt die LBS West, entsprechend der MaRisk-Anforderung, über eine Compliance-Funktion, um den Risiken, die sich aus der Nichteinhal-

tung rechtlicher Regelungen und Vorgaben ergeben können, entgegenzuwirken. Der Compliance-Beauftragte ist der Leiter der Zentralen Stelle und unterstützt und berät die Geschäftsleitung und die Fachabteilungen und berichtet jährlich sowie anlassbezogen der Geschäftsleitung über seine Tätigkeiten.

Risikomanagementprozess

Der Risikomanagementprozess der LBS West dient der Erkennung, Analyse, Steuerung und Überwachung von Unternehmensrisiken und basiert auf der vom Vorstand verabschiedeten Risikostrategie. Dazu zählen die Risikoidentifikation, die Risikoanalyse und -bewertung, die Risikobewältigung, deren Steuerung sowie die Überwachung der Risiken. Die Erkenntnisse werden dokumentiert und über verschiedene Berichtswege kommuniziert.

Die LBS West hat den Anspruch, in Bezug auf alle für sie wesentlichen Risikoarten über angemessene Überwachungs- und Steuerungsinstrumente zu verfügen, um damit den aufsichtsrechtlichen und insbesondere auch den betriebswirtschaftlichen Anforderungen im Sinne eines ausgewogenen Chancen-Risiko-Profiles zu genügen.

Die Aufgaben des Risikocontrollings umfassen in diesem Zusammenhang u. a. die Entwicklung, Pflege und Weiterentwicklung von Überwachungs- und Steuerungsinstrumenten.

Die Risikoidentifikation erfolgt mittels einer Risikoinventur. In der dezentralen Risikoinventur wird

die aktuelle Risikolage durch die Fachabteilungen eingeschätzt. Die Risikoinventur wird quartalsweise durchgeführt. Bei besonderen Ereignissen, Marktverwerfungen oder gesetzlichen Änderungen kann die Risikoinventur auch anlassbezogen erfolgen. Die Ergebnisse werden in einer Risikomatrix zusammengefasst und im Gesamttrisikobericht dargestellt. Ziel der zentralen Risikoinventur ist es, mindestens jährlich ein Gesamttrisiko­profil der LBS West zu erstellen bzw. zu aktualisieren. Dabei sind für die LBS West relevante (auch mögliche neue) Risikoarten bzw. Risikokategorien zu identifizieren und hinsichtlich ihrer Wesentlichkeit zu klassifizieren. Die Risiken werden auf der Ebene des gesamten Instituts erfasst. Die Betrachtung soll in für die Bank maßgeblichen Steuerungssichten erfolgen, d. h. auch in ökonomischer und normativer Sicht. Für die unwesentlichen Risiken wird ein Puffer in angemessener Höhe vorgehalten. Die aufsichtsrechtlichen Grundlagen zur Durchführung der Risikoinventur finden sich insbesondere in der MaRisk AT 2.2.

Die identifizierten Risikopotenziale sowie die durchgeführten Überwachungs- und Steuerungsmaßnahmen und die eingesetzten Verfahren werden hinsichtlich ihrer Plausibilität und Wirksamkeit von der Abteilung Risikocontrolling regelmäßig geprüft bzw. validiert und ggf. weiterentwickelt, um ein funktionierendes Risikomanagement sicherzustellen (z. B. Überprüfung der Indikatoren und Schwellenwerte der Risikofrüherkennung).

Das Reporting verfolgt als Zielsetzung die Aufbereitung, Verdichtung und Kanalisierung der Daten aus der Risikomessung in Form systematischer interner Risikoreportings. Bei der Risikokommunikation gibt es zum einen ein Standard-Risikoreporting und zum anderen Regelungen zu Ad-hoc-Meldungen.

Alle wesentlichen Handlungen im Bereich des Risikomanagements werden dokumentiert. Die Bewertungs- und Steuerungsmethoden der wesentlichen Risikoarten sind im Handbuch Risikomanagement sowie in ergänzenden Regelungen dokumentiert. Geschäfts-, Kontroll- und Überwachungsunterlagen werden gemäß den Vorgaben der MaRisk abgefasst und archiviert.

Risikotragfähigkeit (RTF)

Ziel der LBS West ist es, jederzeit die Risikotragfähigkeit sicherzustellen. Dabei wurde bis zur Jahresmitte ein „Going-Concern“-Ansatz genutzt, ab dem 01.07.2022 basieren sämtliche Risikoberechnungen auf den Vorgaben des RTF-Leitfadens der BaFin vom Mai 2018.

Den Kern der Risikotragfähigkeit bilden die normative und ökonomische Perspektive. In beiden Sichtweisen soll sichergestellt werden, dass die Risikotragfähigkeit durch eine vorsichtige Ermittlung der jeweiligen Risiken und des Risikodeckungspotenzials (RDP) gewährleistet ist. Die normative Perspektive hat die Einhaltung regulatorisch vorgegebener Kennzahlen (Kernkapitalanforderung gemäß CRR, SREP-Gesamtkapitalanforderung, kombinierte Pufferanforderung

nach § 10 i Abs. 1 KWG und die Eigenmittelzielkennziffer) in Basis- und adversen Szenarien zum Ziel. Die ökonomische Perspektive hingegen dient der langfristigen Sicherung der Substanz des Instituts und dem Schutz der Gläubiger vor Verlusten aus ökonomischer Sicht. Die ökonomische Perspektive orientiert sich dabei an einem barwertigen Ansatz. Dabei entspricht unter Berücksichtigung aller Parameter das Konservativitätsniveau dem 99,9 % Konfidenzniveau entsprechen.

Die Risikotragfähigkeitsrechnung nimmt eine Beurteilung der Fähigkeit der LBS West vor, den Eintritt potenzieller Risiken in extremer Ausprägung jederzeit aus eigener Kraft abdecken zu können.

Für das abgelaufene Geschäftsjahr wurden folgende Risiken als wesentlich identifiziert:

- Adressenrisiko
- Marktpreisrisiko
- Liquiditätsrisiko
(nicht mit Risikodeckungspotenzial zu unterlegen)
- Operationelles Risiko
- Geschäftsrisiko
(nur in der normativen Perspektive)

Die normative Perspektive (NP) der RTF dient der Gewährleistung aller regulatorischen und aufsichtlichen Anforderungen und damit dem übergeordneten Ziel der Fortführung des Instituts. Daher sind auch Veränderungen der eigenen Geschäftstätigkeit oder der strategischen Ziele sowie Veränderungen des wirtschaftlichen und regulatorischen Umfelds zu berücksichtigen.

Die Anforderungen in der NP setzen sich zusammen aus der Kernkapitalanforderung gemäß CRR, der SREP-Gesamtkapitalanforderung, der kombinierten Pufferanforderung nach § 10 i Abs. 1 KWG und der Eigenmittelzielkennziffer (EMZK). Relevante Steuerungsgrößen sind darüber hinaus sämtliche Strukturanforderungen hinsichtlich des Kapitals, wie beispielsweise die Höchstverschuldungsquote und Großkreditgrenzen. Die regulatorischen und aufsichtlichen Kennzahlen sowie deren Berechnungslogik sind aufsichtlich vorgegeben. Somit gewährleistet die normative Perspektive, dass die regulatorische Tragfähigkeit über die aktuelle und die Folgeperioden gegeben ist. Die Szenarien sind mehrjährig und haben dabei mindestens drei Jahre abzudecken.

Die normative Perspektive unterscheidet für Zwecke der Risikotragfähigkeit unterschiedliche Szenarien, das Basisszenario und mindestens ein adverses Szenario. Die Ausgestaltung der Szenarien soll dabei die Erkenntnisse zum Risikoprofil aus der Risikoinventur aufgreifen.

Auch in den Szenarien soll die Bank in der Lage sein, die Gesamtheit der Eigenmittelanforderungen des jeweiligen Szenarios zu erfüllen. Im Basisszenario sind alle aufsichtlichen Anforderungen und Zielgrößen (Kernkapitalanforderung, SREP-Gesamtkapitalanforderung, kombinierte Pufferanforderung, EMZK) einzuhalten. Im adversen Szenario können Puffergrößen unterschritten werden. Eine Unterschreitung der kombinierten Pufferanforderungen (§ 10 i KWG) darf insbesondere nur in einem schweren adversen Szenario auftreten.

Zum Stichtag 31.12.2022 werden sowohl im Basisszenario wie auch im adversen Szenario alle aufsichtsrechtlich geforderten Kennzahlen eingehalten. Somit ist die Risikotragfähigkeit aus normativer Perspektive uneingeschränkt gegeben.

Grundsätzlich orientiert sich die ökonomische Perspektive an einem barwertigen Ansatz. So liegt beiden Sichtweisen eine – von bilanziellen Bewertungsmaßstäben losgelöste – ökonomische Betrachtung sowohl der Risiko- als auch der Kapitalseite zugrunde. Gemäß dem BaFin-Leitfaden soll sich die Konservativität des Risikoansatzes bei allen Methoden zur Risikobeurteilung insgesamt an dem Niveau der internen Modelle der Säule 1 orientieren und zwischen den verschiedenen Risikoarten konsistent sein. Dabei sollte unter Berücksichtigung aller Parameter das Konservativitätsniveau dem 99,9% Konfidenzniveau entsprechen. Das Gesamtrisikopotenzial ergibt sich durch die Addition der einzelnen Risikoarten, d. h., es werden keine Diversifikationseffekte zwischen den Risikoarten berücksichtigt.

Die Ableitung des Risikodeckungspotenzials in der ökonomischen Perspektive soll losgelöst von den Bilanzierungskonventionen erfolgen und insbesondere auf solche Bewertungsregeln verzichten, die im Kontrast zur ökonomischen Betrachtung stehen. Zur vollständigen Berechnung des RDP sind alle Vermögenswerte und Verbindlichkeiten des Instituts heranzuziehen.

Bei der Ermittlung der Barwerte fordert die Aufsicht in der ökonomischen Perspektive eine sta-

tische Betrachtung, sodass das künftig geplante Neugeschäft nicht in der Berechnung berücksichtigt werden darf. Damit wird dem aufsichtlichen Grundprinzip der Vorsichtigkeit Genüge getan, da die Marge des künftigen Neugeschäfts mit Unsicherheiten verbunden ist.

Das Risikopotenzial wird mithilfe eines Limitsystems begrenzt, das einmal jährlich überprüft und gegebenenfalls durch den Vorstand angepasst wird. Bei Limitüberschreitungen besteht Analyse- bzw. Maßnahmenpflicht. In 2022 kam es zu keiner Limitüberschreitung. Die Risikotragfähigkeit per Jahresultimo wird der Bankenaufsicht im Rahmen des RTF-Meldewesens zugeliefert.

Bei den Risikotragfähigkeitsberechnungen im Jahr 2022 ergab sich insgesamt eine unkritische Auslastung der Risikopotenziale im Verhältnis zum Risikodeckungspotenzial. Zum 31.12.2022 wurde insgesamt eine Auslastung des in Höhe von 1.078,7 Mio. € zur Verfügung gestellten Risikodeckungspotenzials von 42,3% errechnet. Hierbei waren die Limite in den wesentlichen Risikoarten wie nachfolgend beschrieben ausgelastet: Adressenrisiken (74,6%), davon Kredit (54,3%) und Geldanlage (84,6%), sowie Marktpreisrisiken (48,6%), operationelle Risiken (48,7%). Ein Vergleich mit den Vorjahreswerten ist aufgrund des unterjährigen Methodenwechsels nicht aussagefähig.

Die Risikotragfähigkeit ist aus ökonomischer Perspektive uneingeschränkt gegeben.

Kapitalplanungsprozess

Im Rahmen der Szenarioanalysen erfolgt ein Kapitalplanungsprozess mit dem Programm *zeb/integrated.treasurymanager* (ITM). In diesem Kapitalplanungsprozess werden u. a. die Auswirkungen auf die verschiedenen aufsichtsrechtlichen (Eigenkapital-)Kennziffern und auf das wirtschaftliche Eigenkapital verfolgt.

Stresstests

Der Vorstand hat gemäß § 25 c Abs. 4 a Nr. 3 f KWG dafür Sorge zu tragen, dass regelmäßig angemessene Stresstests für die wesentlichen Risiken sowie für das Gesamtrisikoprofil der LBS durchgeführt werden und auf Grundlage der Ergebnisse möglicher Handlungsbedarf geprüft wird. Die Stresstests erfüllen die Anforderungen der MaRisk sowie der EBA-Leitlinien zu Zinsänderungsrisiken. Die operative Durchführung erfolgt in der Hauptabteilung Gesamtbanksteuerung. Wesentliches Ziel von Stresstests ist die Aufdeckung von Risiken, die unter normalen ökonomischen Bedingungen des Geschäftsbetriebes oder unter „normalem“ Einsatz der Risikomesssysteme (insbesondere kurzfristige Risikotragfähigkeit) nicht sichtbar werden. Die Stresstests werden quartalsweise sowie anlassbezogen (z. B. bei plötzlicher oder wesentlicher Veränderung des Risikogehalts oder externen Sonderanfragen) durchgeführt.

Gemäß den MaRisk ist der Begriff Stresstest ein Oberbegriff für unterschiedliche Methoden, mit denen die Institute ihr individuelles Gefährdungspotenzial überprüfen. Das Stresstestprogramm beinhaltet die definierten Szenario- und Sen-

sitivitätsanalysen. Grundsätzlich geht es dabei um die Untersuchung, wie sich die Veränderung eines Risikofaktors bzw. einfacher Kombinationen von Risikofaktoren (= risikofaktorspezifisch) oder mehrerer Risikofaktoren, wobei diese auch mehrere Risikoarten betreffen dürfen (= risikofaktorübergreifend), auf ein Institut auswirkt. Sensitivitätsanalysen sind dabei von risikospezifischer und Szenarioanalysen von risikoübergreifender Natur. Diese Untersuchung kann hierbei aus der ökonomischen und normativen Perspektive erfolgen. Risikofaktoren stellen dabei abgrenzbare, direkte Einflussfaktoren auf den Risikowert einer Risikoart dar, die als Parameter in die Risikomessverfahren eingehen (z. B. Veränderung von Sicherheitswerten, Veränderung der risikolosen Zinsstruktur, Bonitätsveränderung inkl. Ausfall etc.).

Der Schweregrad oder die Komplexität des Stresstests spielt hierbei zunächst keine Rolle; auch Stresstests mit nur „milden“ Veränderungen von Risikofaktoren werden im allgemeinen Sprachgebrauch als Stresstest bezeichnet. Eine Extremform von Stressszenarien sind inverse Stresstests, in denen untersucht wird, welche Ereignisse die Überlebensfähigkeit der LBS West gefährden könnten. Die Fähigkeit zur Durchführung von Stresstests ist im Wesentlichen eine Szenariofähigkeit der verwendeten Risikomanagementmethoden und ist als Kernkompetenz des Risikomanagementsystems zu werten. Stresstests ergänzen in diesem Sinne die Steuerungskreise (i.S.v. elementaren Bestandteilen zur strategischen Lenkung) des Risikomanagementsystems der LBS West.

Die Stresstests zeigen, dass die LBS West angesichts der schwierigen Rahmenbedingungen weiterhin vor Herausforderungen steht. Diese lösen neben der aktuellen Geldpolitik der EZB inflationäre Tendenzen aus, die das Zinsniveau gegebenenfalls weiter ansteigen lassen und zu weiteren Bewertungseffekten in den Geldanlagen führen können, die allerdings aufgrund des Buy-and-Hold-Prinzips grundsätzlich keine GuV-Auswirkungen haben. Die LBS West beobachtet diese Entwicklung sehr genau. Gegebenenfalls ist ausgehend vom historisch niedrigen Niveau mit ansteigenden Ausfällen im Kundenkreditgeschäft zu rechnen. Hierfür wurde eine entsprechende Risikovorsorge getroffen. In der neuen ökonomischen Perspektive liegt die größte Gefahr für die LBS West in einem deutlichen Anstieg der Spreads. Hierbei käme es zu belastenden Bewertungseffekten auf der Aktivseite, denen keine kompensatorischen Bewertungseffekte auf der Passivseite gegenüberstehen.

Zusätzlich zu Sensitivitäts- und Szenarioanalysen werden inverse Stresstests durchgeführt. Mit inversen Stresstests werden Ereignisse dargestellt, die das Fortbestehen der LBS gefährden.

Die Ergebnisse der Stressszenarien werden durch die Abteilung Risikocontrolling analysiert und in einem Ergebnisbericht zusammengefasst und bewertet. Empfänger des Stresstestberichts, der Teil des Gesamtrisikoberichtes ist, sind der Vorstand sowie der Verwaltungsrat. Möglicher Handlungsbedarf wird aufgezeigt.

Im Stresstestbericht werden insbesondere

- die Ergebnisse der Stresstests,
- deren potenzielle Auswirkungen auf die Risikosituation und das Risikodeckungspotenzial,
- die den Stresstests zugrunde liegenden wesentlichen Annahmen sowie
- Handlungsmöglichkeiten

dargestellt. Darüber hinaus wird auch auf Risikokonzentrationen und deren potenzielle Auswirkungen gesondert eingegangen. Die Angemessenheit der Stresstests und die zugrunde liegenden Annahmen werden regelmäßig, mindestens jährlich überprüft.

Risikofrüherkennung

Die LBS West verfügt gemäß MaRisk über umfangreiche Risikosteuerungs- und -controllingprozesse, um die wesentlichen Risiken frühzeitig erkennen und Gegensteuerungsmaßnahmen einleiten zu können.

Im Privatkundengeschäft wird das Adressenausfallrisiko im Rahmen des quartalsmäßigen Kreditrisikoberichtes erhoben, analysiert und bewertet. Dieser beinhaltet gesamtgeschäfts- und kreditnehmerbezogene Informationen sowie auf der Basis quantitativer und qualitativer Risikomerkmale verknüpfte Informationen, die eine frühzeitige Risikoidentifizierung ermöglichen. Daraus können – sofern erforderlich – gegensteuernde Maßnahmen im Rahmen der Kreditrisikostategie abgeleitet werden.

In der Geldanlage erfolgt das frühzeitige Erkennen von Risiken durch eine stringente Limitüberwachung mithilfe der Software TRD sowie der Nutzung der vorhandenen Informationssysteme (insbesondere Bloomberg). Die Entwicklung der Credit-Spreads der börsennotierten Wertpapiere in der Eigenanlage wird regelmäßig im Rahmen der Spreadsteuerung von der Abteilung Risikocontrolling analysiert und monatlich in den themenbezogenen Sitzungen des internen Anlageausschusses sowie des Vorstandes besprochen. Das interne Berichtswesen beinhaltet weitere Instrumente zur monatlichen Risikoüberwachung. Im Finanzreport werden u. a. Limite für Marktpreis- und Adressenausfallrisiken sowie das Ergebnis der Zinsrisikomessung gemäß BaFin-Verfahren kommuniziert. Quartalsweise wird der Vorstand über die Limite der Geldanlage und deren Auslastung informiert. Bei der Meldungserstellung für den Kreditrisikostandardansatz (KSA) werden die Risikoaktiva und die Eigenmittelanforderungen ermittelt. Die Meldung der Liquidity Coverage Ratio (LCR) stellt die Liquiditätsentwicklung dar.

Das übergreifende Risikofrüherkennungssystem wird in der Abteilung Risikocontrolling gepflegt und weiterentwickelt. Es soll gewährleisten, dass die wesentlichen Risiken der LBS West – auch aus ausgelagerten Aktivitäten und Prozessen – frühzeitig erkannt, vollständig erfasst und in angemessener Weise dargestellt werden können, um rechtzeitig Gegenmaßnahmen einleiten zu können. Für die wesentlichen Risikokategorien der LBS wurden geeignete Indikatoren definiert,

die eine frühzeitige Identifizierung von Risiken ermöglichen sollen. Hierzu werden sowohl interne Daten (z. B. Sparintensität, Netto-Neugeschäft) als auch externe Daten (z. B. Arbeitslosenquote, Ifo-Index) herangezogen. Zur Früherkennung der risikoartenübergreifenden Effekte wurden zudem noch Indikatoren aus dem Risikomonitoring des Sicherungssystems der Sparkassen-Finanzgruppe in das Früherkennungssystem aufgenommen. Das Risikofrüherkennungssystem wird quartalsweise aktualisiert, analysiert und die Ergebnisse werden an den Vorstand und den Leiter der Hauptabteilung Gesamtbanksteuerung berichtet.

Darstellung der wesentlichen Risikoarten

Gemäß MaRisk sind grundsätzlich zumindest die folgenden Risiken als wesentlich einzustufen:

- Adressenrisiken
- Marktpreisrisiken
- Liquiditätsrisiken
- Operationelle Risiken

Darüber hinaus hat die LBS West Beteiligungsrisiken, bausparspezifische Geschäftsrisiken sowie als sonstiges Risiko insbesondere das Kosten- und Reputationsrisiko identifiziert. Auf Basis der Risikoinventur wird entschieden, welche dieser Risiken für die LBS wesentlich sind. Die größte Bedeutung kommt dem Marktpreis- und Geschäftsrisiko zu, da diese insbesondere langfristig den größten Einfluss auf die Ergebnisentwicklung der LBS West ausüben.

Adressenrisiko

Unter dem Adressenrisiko wird eine negative Abweichung vom Erwartungswert einer bilanziellen oder außerbilanziellen Position verstanden, die durch eine Bonitätsverschlechterung einschließlich Ausfall einer Schuldnerin oder eines Schuldners bedingt ist. Dabei wird das Adressenrisiko in das Ausfall- sowie das Migrationsrisiko einer Schuldnerin oder eines Schuldners unterteilt. Schuldner im Kundengeschäft im Sinne dieser Definition sind Kreditnehmende, also klassische Privat-, Gewerbe- und Firmenkund:innen, Kreditinstitute (Interbanken), Länder und die öffentliche Hand. Schuldner im Eigengeschäft sind jegliche Kontrahenten oder Emittenten. Das Migrationsrisiko bezeichnet die Gefahr einer negativen Abweichung vom Erwartungswert, die daraus folgt, dass sich im Zeitablauf die Bonitätseinstufung (Ratingklasse) der Schuldner innerhalb der Ratingklassen, die innerhalb der jeweiligen Sichtweise keinen Ausfall darstellen, ändert und damit ein im Vergleich zur Erwartung möglicherweise höherer Spread gegenüber der risikolosen Zinskurve berücksichtigt werden muss. Das Länderrisiko setzt sich zusammen aus dem bonitätsinduzierten Länderrisiko und dem Ländertransferrisiko. Das bonitätsinduzierte Länderrisiko im Sinne eines Ausfalls oder einer Bonitätsveränderung eines Schuldners ist Teil des Adressenrisikos im Kunden- bzw. Eigengeschäft. Unter dem Ländertransferrisiko wird die Gefahr verstanden, dass ein ausländischer Schuldner oder ein Schuldner mit Sitz im Ausland trotz eigener Zahlungsfähigkeit aufgrund fehlender Transferfähigkeit oder -bereitschaft seines Sitzlandes seine Zahlungen nicht fristgerecht oder überhaupt nicht leisten kann.

Management des Adressenrisikos

Der Geschäftsschwerpunkt der LBS West liegt auf privaten Baufinanzierungen, der Fokus auf dem risikoarmen kollektiven Kreditgeschäft, der außerkollektiven Kreditvergabe sowie den durch das Bausparkassengesetz eingeschränkten Möglichkeiten der Geldanlage. Mit der Formulierung der Kreditrisikostategie wird die Basis für das Vorgehen der LBS sowohl im Kreditgeschäft als auch bei der Geldanlage geschaffen. Kreditrisiken und Risiken bei der Geldanlage dürfen grundsätzlich nur im Rahmen dieser Kreditrisikostategie eingegangen werden. Die Kreditrisikostategie wird jährlich vom Vorstand genehmigt und auch dem Verwaltungsrat vorgelegt.

Das Adressenrisiko im Kreditgeschäft wird durch die Festlegung von Bewilligungskompetenzen eingegrenzt. Entscheidungsgrundlage jeder Kreditvergabe ist grundsätzlich eine eigenständige Kreditanalyse. Bei den Kreditentscheidungen sind das Gesamtkreditengagement sowie das Ergebnis des LBS-KundenScorings zu berücksichtigen. Auch werden die Anforderungen der Wohnimmobilienkreditrichtlinie an die Kreditwürdigkeitsprüfung von der LBS West umgesetzt. Die wesentlichen strukturellen Merkmale des Kreditgeschäfts werden quartalsweise in einem Kreditrisikobericht aufgezeigt, der zudem über ein Frühwarnsystem auf zukünftig möglicherweise auftretende Risiken hinweist. Grundsätzlich ist das Kreditgeschäft der LBS West durch die Besicherung der vergebenen Kredite, den in der Regel vorgeschalteten Sparprozess sowie die überwiegende Kreditvergabe an Privatkundschaft für den selbstgenutz-

ten Wohnungsbau risikoarm. Soweit akute und latente Kreditrisiken bestehen, hat die LBS West hierfür ausreichende Vorsorge getroffen.

Die Bildung von Einzelwertberichtigungen erfolgt zum Jahresende teil- bzw. vollautomatisch. Die dabei herangezogenen fachlichen Kriterien orientieren sich insbesondere an den Erfahrungswerten und den Erkenntnissen aus den Verwertungsergebnissen des laufenden Jahres. Je nach Sicherungsart und Bearbeitungsstand (nicht gekündigt, gekündigt, Zwangsversteigerung) wird dabei die ungesicherte Forderung bis zu 100 % wertberichtigt. Das latente Risiko im Kreditgeschäft wird durch die Bildung von Pauschalwertberichtigungen (PWB) berücksichtigt. Die Ermittlung der PWB erfolgt seit dem 31.12.2022 methodisch nach den Vorgaben des IDW RS BFA7 und technisch als 12-Monats-Expected-Loss aus dem Kreditportfoliomodell CPV. Dafür greift die LBS West auf das vereinfachte Verfahren gemäß IDW RS BFA 7 Tz 23 zurück. Demnach kann für Kreditgeschäfte die 12-Monats-Ausfallwahrscheinlichkeit (ohne eine Anrechnung von Bonitätsprämien) verwendet werden, wenn eine Ausgeglichenheit zwischen Bonitätsprämien und Risikoerwartungen zum Zeitpunkt der Kapitalbewilligung angenommen werden kann und keine deutliche Erhöhung des Adressenausfallrisikos vorliegt. Gemäß den Vorgaben des IDW RS BFA7 wurde im Berichtsjahr zudem geprüft (und positiv entschieden), ob aufgrund gestiegener Kreditrisiken durch die hohe Inflation und wirtschaftliche Unsicherheit ein Risikoaufschlag (Post Model Adjustment) auf die PWB anzusetzen ist. Die Pauschalwertbe-

richtigung wird für den gesamten, noch nicht um Einzelwertberichtigungen reduzierten Forderungsbestand gebildet.

Der Bestand an Einzel- und Pauschalwertberichtigungen beträgt 9,9 Mio. € (Vorjahr: 8,1 Mio. €). Die Verlustquote⁵⁵ lag per 31.12.2022 wie im Vorjahr lediglich bei 0,01 %.

Die Risikostrategie für die Geldanlage leitet sich aus der Geschäftsstrategie der LBS West ab und ist konsistent zu den weiteren Teilstrategien, insbesondere der Kreditrisikostrategie. Die im Rahmen der Geschäfte mit Bausparenden nicht an die Kundschaft herausgegebenen Mittel sollen so angelegt werden, dass bei einem hiermit verbundenen geringen Risiko ein angemessener Ertrag erzielt wird. Die Geldanlage erfolgt daher vor allem in festverzinslichen Wertpapieren sowie in Schuldscheindarlehen und Namenspapieren primär von Euroland-Emittenten. Dabei müssen die Ratings der jeweiligen Emittenten im sogenannten Investment Grade liegen (Rating von AAA bis BBB-). Intern erfolgt eine Risikobegrenzung durch ein vom Vorstand genehmigtes Limitsystem, das vor allem auf Haftungsqualität, Rating und Größenordnung (Höhe der Bilanzsumme) basiert und auch die Spezialfonds einbezieht. Neue Handelspartner sind nur nach eingehender Bonitätsanalyse durch den Bereich Votierung Marktfolge/Handel zulässig. Der Umfang

⁵⁵ EWB-Verbrauch + Direktabschreibungen im Verhältnis zum durchschnittlichen Kreditbestand.

der Bonitätsanalyse hängt davon ab, ob das Geschäft für die Eigenanlage oder im Spezialfonds getätigt wird, sowie von der Emittentenklasse. Vor einer Limitvergabe wird gemäß Art. 4 Abs. 1 Nr. 39 CRR bzw. § 19 Abs. 2 KWG der mögliche Emittent auf eine potenzielle Gruppe verbundener Kunden bzw. Kreditnehmereinheiten (Beherrschungsverhältnisse) und Risikoeinheiten (Abhängigkeitsverhältnisse) im Bestand überprüft. Bestehen keine Zweifel an der Bonität des möglichen Emittenten, kann auf Basis des Limitsystems ein Limit für den Handel freigegeben werden.

Es sind auch bei bereits im Bestand befindlichen Emittenten – unabhängig ob in der Eigenanlage oder in den Spezialfonds – Veränderungen (insbesondere Einschränkungen) von Limiten möglich. Diese können durch den Bereich Votierung Marktfolge/Handel sowie durch den Leiter der Risikocontrolling-Funktion, den Risikovorstand oder den Gesamtvorstand erfolgen. Führen Limit-einschränkungen dazu, dass ein Engagement bei diesem Emittenten nicht mehr möglich ist, wird dieser in die Negativliste übernommen. Eine Entscheidung über das weitere Vorgehen wird im Einzelfall durch den Vorstand getroffen.

Zur Sicherstellung einer hohen Diversifikation werden in der Geldanlage die verfügbaren Mittel auf unterschiedliche Laufzeiten, Anlageformen und Emittenten verteilt und bis zur Endfälligkeit gehalten. In Abhängigkeit der Laufzeiten werden Spreadobergrenzen festgelegt, die beim Kauf neuer Papiere eingehalten werden sollen. Geldanlagen mit naturgemäß etwas höheren Risiken

(z. B. Non-Financial-Corporates) sind streng limitiert und erfolgen ausschließlich in Spezialfonds. Zur Überwachung der Spezialfonds praktiziert die LBS West eine Durchschau auf alle Einzelengagements.

Die Anlage der freien Mittel der LBS West ist begrenzt auf den Anlagekatalog des § 4 Abs. 3 BauSparkG. Die Anlage der LBS West erfolgt in festverzinslichen Wertpapieren, Schuldscheindarlehen/Namenspapieren einschließlich der Sparkassenbriefe, Spezialfonds und Termingeldern. Bei Abweichungen von den genannten Finanzanlagen wird durch den Anlageausschuss überprüft, ob ein Neuproduktprozess (NPP) erforderlich ist. Dies war im Jahr 2022 nicht der Fall. Bei Handelsgeschäften auf neuen Märkten erfolgt die Prüfung analog zu neuen Produkten. Neue Märkte wurden in 2022 nicht erschlossen. Die Steuerung der mit der Geldanlage verbundenen Risiken wird ebenfalls in der Risikostrategie für die Geldanlage festgelegt.

Prozentual ergibt sich folgende Aufteilung des Geldanlagebestandes (Nominalwert 9,8 Mrd. € inkl. Spezialfonds) für die LBS West: Haftungsverbund (18,4%), gedeckte Papiere (7,9%), Staatsanleihen (19,7%), Papiere mit Staatshaftung (6,1%) und unbesicherte Papiere (47,9%).

Gemäß BTR 1 Tz. 3 MaRisk dürfen Handelsgeschäfte grundsätzlich nur mit Vertragspartnern getätigt werden, für die Kontrahentenlimite eingeräumt wurden. Bei der Vergabe der Kontrahentenlimite erfolgt eine individuelle Bonitätsanalyse

durch die Abteilung Bilanzen/Meldewesen (entsprechend der Analyse beim Emittentenlimit). Die Freigabe des Limits erfolgt durch den Bereich Bilanzen/Meldewesen. Eine Übersicht über die zulässigen Kontrahenten wird in der Abteilung Risikocontrolling geführt. In 2022 befand sich in der Geldanlage der LBS West kein Papier mit erhöhter Risikolage.

In der Risikotragfähigkeit wird das Adressenrisiko mithilfe des simulativen Risikoquantifizierungsverfahrens Credit-Portfolio-View ermittelt. Dieses ermittelt auf Basis eines Kreditportfolio-modells detaillierte Risikowerte und verwendet dabei eine für das Institut angemessene Parametrisierung. Das Adressenrisiko ist auf 130 Mio. € (absolut) limitiert und damit seit Einführung der ökonomischen RTF nicht mehr prozentual vom gesamten Risikodeckungspotenzial limitiert. Das Limit wurde in 2022 zu keinem Meldestichtag überschritten.

Sowohl im Privatkundengeschäft als auch für die Finanzanlagen hat die LBS West Limitsysteme entwickelt, die für eine ausreichende Diversifikation sorgen und eine Klumpenbildung vermeiden. Aufgrund der Anlagepolitik der LBS West ergibt sich bei der Geldanlage eine Konzentration in Banktiteln. Daneben liegt eine Risikokonzentration bei Engagements im Land Frankreich vor. Den Risikokonzentrationen wird im Portfoliomodell Credit-Portfolio-View (CPV) durch geeignete Modellannahmen Rechnung getragen.

Marktpreisrisiko

Das Marktpreisrisiko wird definiert als die Gefahr einer negativen Abweichung vom Erwartungswert einer bilanziellen oder außerbilanziellen Position, die sich aus der Veränderung von wertbeeinflussenden Parametern ergibt. Als wertbeeinflussende Parameter (Preise) gelten:

1. Zinsen (risikolose Zinskurve): Das Zinsänderungsrisiko wird definiert als die Gefahr einer negativen Abweichung vom Erwartungswert, die sich aus der Veränderung der risikolosen Zinskurve ergibt. Es umfasst ebenfalls das Risiko, das sich aus einem signifikant negativen zinsabhängigen Abweichen vom prognostizierten Kundenverhalten innerhalb des Bausparkollektivs ergibt. Bei der Ermittlung werden sämtliche zinstragenden Positionen der Bilanz, Zinsswaps sowie Aktiva und Passiva des Pensionsfonds berücksichtigt.
2. Spreads: Das Spreadrisiko wird allgemein definiert als die Gefahr einer negativen Abweichung vom Erwartungswert einer bilanziellen oder außerbilanziellen Position, die sich aus der Veränderung von Spreads bei gleichbleibendem Rating ergibt. Dabei wird unter einem Spread der Aufschlag auf eine risikolose Zinskurve verstanden. Im Sinne dieser Definition ist also eine Spread-Ausweitung, die sich durch eine Migration ergibt, dem Adressenrisiko zuzuordnen. Implizit enthalten im Spread ist auch eine Liquiditätskomponente.

Der Spread eines Finanzinstruments lässt sich in die idiosynkratische Schwankung eines Papiers selbst und die systematische Schwankung der Klasse unterteilen. Klassen im Sinne des Spreadrisikos sind z. B. Pfandbriefe oder Corporate Bonds AA.

Der eigene (passivische) Spread eines Institutes wird nicht dem Spreadrisiko, sondern dem Refinanzierungsrisiko innerhalb des Liquiditätsrisikos zugeordnet.

3. Aktien: Das Marktpreisrisiko aus Aktien wird definiert als die Gefahr einer negativen Abweichung vom Erwartungswert, die sich aus der Veränderung von Aktienkursen ergibt. Die Auswirkungen sinkender Marktpreise durch einen bonitätsbedingten Effekt werden ebenfalls im Marktpreisrisiko abgebildet. Aktien hält die LBS West ausschließlich über einen Pensionsfonds.
4. Währungen: Das Marktpreisrisiko aus Währungen wird definiert als die Gefahr einer negativen Abweichung vom Erwartungswert einer bilanziellen oder außerbilanziellen Position, die sich aus der Veränderung von Währungskursen ergibt. Währungsrisiken können nur in geringem Umfang im Pensionsfonds auftreten.
5. Immobilien: Das Marktpreisrisiko aus Immobilien wird definiert als die Gefahr einer negativen Abweichung vom Erwartungswert einer bilanziellen oder außerbilanziellen Position, die sich aus der Veränderung von Immobilienpreisen ergibt. Hier werden sowohl eigengenutzte

Immobilien als auch Immobilieninvestitionen betrachtet. Immobilieninvestitionen umfassen sowohl Direktinvestitionen (Renditeobjekte, Rettungserwerb) als auch indirekte Investitionen (Immobilienfonds, Beteiligungen in Immobiliengesellschaften). Die LBS West hat ihr Gebäude auf eine Tochterfirma übertragen. Somit wird das Immobilienrisiko im Beteiligungsrisiko abgebildet.

6. IDW RS BFA 3 n. F.: Auch bei einer deutlichen Zinsänderung wäre keine Drohverlustrückstellung zu bilden. Begründet ist dies einerseits durch den hohen Forderungsüberschuss der aktuellen Berechnungen im Basisfall sowie andererseits durch die Ergebnisse aus Zinssensitivitätsanalysen. Insbesondere die langfristige Refinanzierung durch zinsgünstige Bauspareinlagen wirkt im Falle von Zinsänderungen gegenläufig zu den langfristigen Aktiva. Die Zinssensitivitäten (+ 200 bis – 200 BP) werden quartärllich ermittelt. Die Ergebnisse per 31.12.2022 zeigen auskömmliche Werte.

Management des Marktpreisrisikos

Die Marktpreisrisiken werden gemäß der Risikotragfähigkeitskonzeption sowohl auf Basis barwertiger Verfahren als auch bzgl. der Einhaltung regulatorischer Kriterien (normative Sicht) überwacht und gesteuert.

Veränderungen der risikolosen Zinskurve sowie von Marktspreeds der Papiere in der Geldanlage werden in der Risikotragfähigkeitsbetrachtung sowie bei den Szenariorechnungen angemessen

sen berücksichtigt. Hierbei wird das Risiko bei einem Konfidenzniveau von 99,9 % quartalsweise anhand historisch beobachteter Zins- und Spreadshocks mittels des Verfahrens der Historischen Simulation analysiert. Dabei werden im Rahmen einer Durchschau auch die Papiere in den Spezialfonds sowie im Pensionsfonds der LBS West berücksichtigt. Die aus dem Marktpreisrisiko resultierenden potenziellen Barwertverluste werden auf 700 Mio. € limitiert. Die Limitauslastung wird dabei laufend überwacht, sodass bei Bedarf zeitnah Steuerungsmaßnahmen ergriffen werden können. Die Limite wurden während des Jahres 2022 zu keinem Meldestichtag überschritten.

Neben der Limitierung des Marktpreisrisikos im Rahmen der integrierten Rechnung des Zinsänderungs- sowie des Spreadrisikos werden auch die potenziellen Verluste aus Zinsänderungsrisiko (375 Mio. €) und Spreadrisiko (350 Mio. €) separat limitiert und mittels des obigen Verfahrens berechnet. Aufgrund von Diversifikationseffekten liegt die Summe der Einzelrisiken dabei immer oberhalb des integriert bestimmten Marktpreisrisikos.

Die Marktpreisrisiken im Pensionsfonds werden zudem durch die von der LBS West vorgegebenen Anlagerichtlinien begrenzt und in Anlageausschusssitzungen laufend beobachtet und diskutiert.

Durch den BaFin-Standardzinsschock bemisst die LBS West eine plötzliche und unerwartete Zinsänderung für sämtliche mit einem Zinsänderungsrisiko behafteten Positionen auf der Grundlage

einer Parallelverschiebung der Zinsstrukturkurve um ± 200 Basispunkte. Die Auswirkungen der Zinsänderungen werden ebenfalls barwertig ermittelt. Der größere der beiden resultierenden Barwertverluste wird in Bezug zu den regulatorischen Eigenmitteln gesetzt. Sinkt der Barwert um mehr als 20 % der regulatorischen Eigenmittel ab, führt dies zu einer Einstufung als Kreditinstitut mit erhöhtem Zinsänderungsrisiko. Im ersten Halbjahr 2022 hat die LBS West das Limit zu den Meldestichtagen eingehalten. Per 30.09.2022 wurde der Standardzinsschock erstmalig mit der überarbeiteten kollektiven Ablauffiktion gerechnet. Unter Verwendung der neuen Ablauffiktion wurde das Limit zu den Meldestichtagen in der zweiten Jahreshälfte 2022 gerissen. Per 31.12.2022 beträgt der Barwertverlust ca. 214 % der regulatorischen Eigenmittel. 2019 wurde im Rahmen des BaFin-Standardzinsschocks ein zusätzlicher Frühwarnindikator eingeführt. Hierbei werden weitere Zinsszenarien betrachtet und einem Limit von 15 % des Kernkapitals gegenübergestellt. Per 31.12.2022 beträgt der Barwertverlust bei der LBS West ca. 325 % des Kernkapitals. Die aufsichtlich vorgegebene Berechnungslogik lässt aus Sicht der LBS-Gruppe jedoch relevante kollektive Dämpfungseffekte außer Acht. Eine diesbezügliche Diskussion mit der Aufsicht wurde bereits initiiert.

Beteiligungsrisiko

Die Möglichkeiten der LBS West, sich an Unternehmen zu beteiligen, werden durch die Vorschriften des Bausparkassengesetzes bestimmt. Sie hält strategische Beteiligungen zur Ergänzung ihres Leistungsangebotes und Beteiligungen zur

Unterstützung des operativen Geschäftsbetriebs. Die Steuerung der bestehenden Beteiligungen erfolgt durch das Beteiligungscontrolling in der Hauptabteilung Gesamtbanksteuerung sowie durch die Wahrnehmung der Interessen der LBS West in den Aufsichtsgremien der Beteiligungsunternehmen. Für die strategischen Beteiligungen wird eine Überwachung und Steuerung auf strategischer Ebene auf Basis regelmäßiger Berichterstattung und Gremiensitzungen durchgeführt. Gemäß der Risikoinventur stuft die LBS West das Beteiligungsrisiko aktuell als nicht wesentlich ein. Die Überwachung und Steuerung der Beteiligungen zur Unterstützung des operativen Geschäftsbetriebs erfolgt durch die Fachabteilungen. Im Berichtsjahr gab es keine Beteiligung von wesentlicher Bedeutung. Folgende nennenswerte Beteiligungen hält die LBS West:

- FORUM Direktfinanz GmbH & Co. KG
- LBSi GmbH NordWest
- Bausparkassen-Service GmbH & Co. KG
- DBC Digitales Business Center GmbH

Liquiditätsrisiko

Das Liquiditätsrisiko setzt sich allgemein aus dem Zahlungsunfähigkeits- und dem Refinanzierungsrisiko zusammen. Das Liquiditätsrisiko umfasst in beiden nachfolgend definierten Bestandteilen auch das Risiko, dass aufgrund von Marktstörungen oder unzulänglicher Markttiefe Finanztitel an den Finanzmärkten nicht zu einem bestimmten Zeitpunkt und/oder nicht zu fairen Preisen gehandelt werden können (Marktliquiditätsrisiko). Das Zahlungsunfähigkeitsrisiko stellt die Gefahr dar,

Zahlungsverpflichtungen nicht in voller Höhe oder nicht fristgerecht nachzukommen. Das Refinanzierungsrisiko ist definiert als die Gefahr einer negativen Abweichung vom Erwartungswert der Refinanzierungskosten. Dabei sind sowohl negative Effekte aus veränderten Marktliquiditätsspreads als auch aus einer adversen Entwicklung des eigenen Credit-Spreads maßgeblich. Zum anderen beschreibt es die Gefahr, dass negative Konsequenzen in Form höherer Refinanzierungskosten durch ein Abweichen von der erwarteten Refinanzierungsstruktur eintreten.

Management des Liquiditätsrisikos

Die kurzfristige Liquiditätsplanung der LBS West erfolgt mittels eines revolvingierenden Planungs- und Prognoseverfahrens. Eingebettet in den langfristigen Planungsprozess werden monatlich in Form einer Bilanzentwicklung die Bestandspositionen sowie die maßgeblichen kollektiven und außerkollektiven Strömungsgrößen für das laufende bzw. erste Jahr der Planperiode prognostiziert.

Quartalsweise werden mittel- bis langfristige Szenariorechnungen durchgeführt. Ergebnisse dieser Szenariorechnungen sind u. a. die langfristige Refinanzierungsplanung, die Ermittlung eines voraussichtlichen Überlebenshorizontes (Survival Period – SVP) in Bezug auf Liquiditätsrisiken und die Auslastung des Liquiditätsdeckungspotenzials (im Stress). Das Minimum für den zu ermittelnden Überlebenshorizont setzt die LBS West auf zwölf Monate fest. Im Jahr 2022 wurde dieser Wert zu keinem Stichtag unterschritten. Das interne

Limit für die Auslastung des Liquiditätsdeckungs-
potenzials (im Stress) beträgt 100 %. Dieser Wert
wurde im Jahr 2022 nicht überschritten.

Die Liquidity Coverage Ratio (LCR) wird monatlich
überwacht. Die strategische Kennzahl liegt mit
1,25 deutlich über dem gesetzlich geforderten
Minimum. Im Jahr 2022 wurde dieser Wert nicht
unterschritten. Per 31.12.2022 lag die LCR bei 1,93.

Darüber hinaus wird quartalsweise die Net Stable
Funding Ratio (NSFR) überwacht. Im Jahr 2022
wurde der gesetzlich vorgegebene Wert von 1,0
nicht unterschritten. Per 31.12.2022 lag die NSFR
bei 1,23.

Ein Liquiditätsengpass liegt vor, sofern die
genannten Kennzahlen nicht mehr eingehalten
werden. Für diese Fälle existieren Notfallpläne,
um schnellstmöglich wieder eine angemessene
Ausstattung an Zahlungsmitteln herzustellen.

Operationelles Risiko

Operationelle Risiken bestehen in der Gefahr
von Verlusten, die infolge der Unangemessenheit
oder des Versagens von internen Verfahren, Men-
schen, Infrastruktur, Systemen oder externer Ein-
flüsse eintreten können. Von hoher Bedeutung
für die LBS West sind weiter die Risiken, die aus
Veränderungen von Rechtsprechung resultieren.

Management des operationellen Risikos

In der LBS West ist ein umfassender Prozess
zur Steuerung der operationellen Risiken imple-
mentiert. Im Rahmen eines Self-Assessment-

Verfahrens (Risikoinventur) werden diese Risiken
von allen Hauptabteilungen selbstständig ein-
geschätzt und in der Abteilung Risikocontrolling
zusammengeführt und bewertet. Eingetretene
Schadensfälle ab einer Schadenshöhe von 1.000 €
werden in einer Schadensfalldatenbank doku-
mentiert. Im Jahr 2022 traten 48 Schadensfälle
mit einer Bruttoschadenshöhe von 1.784 T€ auf.
Der Nettoschaden lag bei 437 T€. Die von den
einzelnen Abteilungen gemeldeten Schadensfäl-
le werden quartalsweise ausgewertet und im
Gesamtrisikobericht vorgestellt. Bei bedeuten-
den Schadensfällen ist eine unverzügliche Ad-
hoc-Meldung an den Vorstand, die Revision, die
Hauptabteilung Gesamtbanksteuerung und den
Leiter der Zentralen Stelle abzugeben, um den
Schadensfall hinsichtlich der Ursachen zu ana-
lysieren und entsprechende Gegenmaßnahmen
einzuleiten. Ein bedeutender Schadensfall liegt
vor ab einer Schadenshöhe von 25 T€, bei einer
dolosen Handlung oder bei einem Betriebsun-
fall mit schweren Personenschäden. Zusätzlich
erfolgt aus den historischen Schadensfällen eine
Quantifizierung in der Risikotragfähigkeitsrech-
nung. Das Eintreten möglicher Rechtsrisiken wird
in Zusammenarbeit mit der Rechtsabteilung und
dem Compliance-Beauftragten überwacht.

Die LBS West verfügt über eine „Informationssi-
cherheitsleitlinie“. Demnach ist insbesondere ein
angemessenes, bereichsübergreifendes Informa-
tionssicherheitsniveau bezüglich Verfügbarkeit,
Vertraulichkeit und Integrität aufrechtzuerhalten.
Hierzu hat die LBS West allgemeingültige Sicher-
heitsziele und Rahmenbedingungen festgelegt

sowie ein übergreifendes Konzept zur Notfallplanung und -vorsorge erarbeitet. Zur Steuerung des übergreifenden Informationssicherheitsmanagements wird in der LBS West das Standardprodukt „Sicherer IT-Betrieb“ (SITB) der SIZ GmbH angewendet. Die Verantwortung für die Entwicklung und Umsetzung von Sicherheitsmaßnahmen liegt dezentral in den für die Risikosteuerung und somit auch für das Management der operationalen Risiken zuständigen Organisationseinheiten der LBS West.

Die LBS West hat ein zentrales Auslagerungsmanagement eingerichtet, in dem die zentrale Steuerung und Überwachung aller Auslagerungen erfolgt. Bei anstehenden Auslagerungsentscheidungen wird eine Einstufungsanalyse zur Einschätzung der Wesentlichkeit nach AT 9 Tz. 2 vorgenommen. Mit wesentlichen Outsourcingentscheidungen zusammenhängende Risiken werden vor der Auslagerung analysiert und im Folgenden regelmäßig überwacht und gesteuert. Dies gilt auch für Weiterverlagerungen. Die wesentlichen Ergebnisse und Auffälligkeiten werden in einem jährlichen Auslagerungsbericht zusammengefasst, zudem wird der Vorstand der LBS West quartalsweise durch den Gesamtrisikobericht über Veränderungen des Risikostatus der wesentlichen Auslagerungen informiert.

Geschäftsrisiko

Das Kollektivrisiko ist definiert als die Gefahr einer negativen Abweichung vom Erwartungswert der Entwicklung des kollektiven Bauspareinlagen- und Bauspardarlehensbestandes aufgrund

von nicht erwarteten Verhaltensänderungen der Bausparenden. Dies betrifft nur Abweichungen, die sich nicht auf Veränderungen der risikolosen Zinskurve zurückführen lassen.

Das Neugeschäftsrisiko umfasst das Risiko, das sich durch die negative Abweichung vom erwarteten zukünftigen kollektiven und damit im Zusammenhang stehenden außerkollektiven Neugeschäft sowohl in der Struktur als auch im Volumen ergibt.

Ebenso Teil des Neugeschäftsrisikos ist das Risiko, dass der geplante Zinskonditionsbeitrag unterschritten wird.

Management des Geschäftsrisikos

Die kollektiven Auswirkungen eines deutlichen Neugeschäftsrückgangs sowie weiterer Veränderungen des Bausparerverhaltens werden regelmäßig im Rahmen von Kollektivsimulationen berechnet und die Auswirkungen auf den Unternehmenserfolg und die Liquidität bewertet. Kurzfristig ergibt sich hieraus kein Risikopotenzial. Zur Steuerung des Geschäftsrisikos ist der duale Vertrieb ein wichtiges Instrument zur Neugeschäftsstabilisierung.

Sonstiges Risiko

Das Kostenrisiko ist die Gefahr, dass die realisierten Kosten die geplanten Kosten übersteigen. Dieses kann sich beispielsweise durch einen von der Erwartung abweichenden Tarifvertrag materialisieren. Durch eine laufende Etatüberwachung der Fachabteilungen wird ein mögliches Kostenrisiko begrenzt.

Bei den Zuführungen zu den Pensionsrückstellungen können neben der Zins- und der Spreadentwicklung weitere Risikofaktoren Auslöser für ein sonstiges Risiko sein. Die LBS West beobachtet diese Entwicklungen laufend.

Für die mittelbaren Pensionsverpflichtungen ergeben sich aus den o. g. Faktoren Risiken, die zu erhöhten Nachschusspflichten führen können. Diese beinhalten das Risiko des Anstiegs der laufenden Finanzierungsbelastung im Rahmen der Subsidiärhaftung. Hierunter wird verstanden, dass die LBS West auch nach erfolgter Ausgliederung großer Teile der Pensionsverpflichtungen weiterhin für mögliche Unterdeckungen haftet. Die LBS West beobachtet diese Entwicklungen laufend.

Provisionsrisiken aus zusätzlichem Neugeschäft sind in der LBS aufgrund des Geschäftsmodells nicht relevant. Die LBS generiert durch die Provisionssystematik zwar negative bzw. neutrale Provisionsergebnisse. Zahlungsverpflichtungen entstehen jedoch nur, wenn ungeplantes Neugeschäft generiert wird oder durch weitere Provisionsbausteine Vergütungen über die Abschlussgebühr hinaus an die Vertriebspartnerinnen und -partner zu entrichten sind. Die LBS ist jedoch nicht zum Abschluss von Neugeschäft verpflichtet, sodass sich hieraus kein nicht steuerbares Risiko für das Unternehmen ergibt. Risiken bestehen allerdings im Bereich von Strukturveränderungen im geplanten Neugeschäft. Diese Risiken werden regelmäßig durch die Vertriebssteuerung überwacht.

Reputationsrisiken bezeichnen die Gefahr, das öffentliche Ansehen der LBS West durch mit dem Unternehmen in Verbindung gebrachte Handlungen und/oder Ereignisse zu beschädigen. Die LBS West begegnet diesem Risiko durch eine entsprechende Kommunikation.

Risiko-/Ertragskonzentrationen

Die LBS West versteht unter Risikokonzentrationen einen Gleichlauf von Risikopositionen innerhalb einer Risikoart (Intra-Risiko-Konzentration) oder zwischen verschiedenen Risikoarten (Inter-Risiko-Konzentration), der z. B. aus der Größe der wirtschaftlichen Einheit, Branche, Teilmärkte oder sonstigen Strukturen resultieren kann. Grundsätzlich besteht eine natürliche Risikokonzentration, bezogen auf die Geschäftsgebiete Nordrhein-Westfalen und Bremen. Aufgrund der Granularität des Geschäftes sowie der flächendeckend dualen Vertriebsstruktur werden keine weiteren Klumpenrisiken gesehen. Das Szenario eines empfindlichen Neugeschäftseinbruchs wird darüber hinaus durch regelmäßige Stresstests abgebildet.

In Analogie hierzu versteht die LBS West unter Ertragskonzentrationen eine einseitige Abhängigkeit von Produkten, Teilmärkten oder Vertriebschienen. Aufgrund der Ausrichtung des Geschäftsmodells der LBS West besteht eine natürliche Ertragskonzentration in ihrem Kernprodukt „Bausparen“.

Die Festlegungen zu Risiko-/Ertragskonzentrationen sind Bestandteil der Risikostrategie der LBS West. Diese werden jährlich vom Risikocontrolling überprüft und gegebenenfalls angepasst.

Risikoreporting

Das Reporting verfolgt als Zielsetzung die Aufbereitung, Verdichtung und Kanalisierung der Daten aus der Risikomessung in Form systematischer interner Risikoreportings, bezogen auf einzelne Risikoarten. Bei der Risikokommunikation gibt es zum einen ein Standard-Risikoreporting und zum anderen Regelungen zu Ad-hoc-Meldungen in fest definierten Risikosituationen. Der Umfang und Turnus der Standard-Risikoreports variiert je nach Bedeutung sowie aufsichtsrechtlichen Vorgaben. Monatlich werden dem Vorstand standardisiert die wesentlichen Kennzahlen aus dem Bereich des Zinsänderungsrisikos und des Ausfallrisikos im Kapitalanlagebestand übermittelt. Weiterhin wird im Finanzreport monatlich die Liquiditätssituation umfangreich dargestellt. Quartalsweise erhält der Vorstand den Kreditrisikobericht, in dem detaillierte Analysen zum Ausfallrisiko im Privatkundengeschäft aufgezeigt werden. Der Gesamtrisikobericht ist Grundlage für die Berichterstattung über die Risikosituation der LBS West und enthält auch die Ergebnisse der Stresstests.

Der Verwaltungsrat wird vom Vorstand im Rahmen der Quartalsberichterstattung innerhalb von vier Wochen nach Quartalsende über die Entwicklung der Geschäftssituation und die Ergebnisse der Stresstests der LBS West informiert. Unter Risikogesichtspunkten wesentliche Informationen sind vom Vorstand unverzüglich an den Verwaltungsrat weiterzuleiten. Die Information hat neben einer Beschreibung des Sachverhalts auch eine Einschätzung über die potenzielle Risikohöhe, die Abschätzung der Eintrittswahrscheinlichkeit und des möglichen Handlungsbedarfs

zu umfassen. Darüber hinaus hat der Vorsitzende des Verwaltungsrates jederzeit die Möglichkeit, Auskünfte bei dem Leiter der Innenrevision sowie der Risikocontrolling-Funktion einzuholen. Die BaFin erhält jährlich nach vorgegebenen Kriterien ausgestaltete Szenariorechnungen, die zur laufenden Überwachung und Beurteilung der Kollektivstruktur herangezogen werden. Zudem werden zusätzliche Auskunftersuchen beantwortet.

Gesamtbeurteilung der Risikolage

Die Risikotragfähigkeit der LBS West war im abgelaufenen Geschäftsjahr zu jedem Meldestichtag gegeben. Es lagen keine Risiken vor, die den Fortbestand des Unternehmens gefährden könnten.

Die Mindestanforderungen an die harte Kernkapitalquote werden planmäßig vollumfänglich erfüllt. Ebenso liegen Leverage Ratio und Liquidity Coverage Ratio im Planungsverlauf deutlich über den geforderten Mindestquoten.

Die risikoartenspezifischen Stresstests zeigen für die LBS West zum 31.12.2022 keine Auffälligkeiten. Ein weiterer Zinsanstieg erhöht für das Produkt Bausparen und damit für die LBS West die Marktchancen, da der Kernnutzen des Bausparens, die Absicherung gegenüber steigenden Finanzierungskosten, wieder stärker in den Vordergrund rückt. Insgesamt haben sich durch die Zinserhöhung die Rahmenbedingungen für das Bauspargeschäft nennenswert verbessert.

Die Marktrisikoszenarien zeigen, dass die LBS in der Lage ist, Neugeschäftseinbrüche zu tragen.

Allerdings ist dies mit deutlichen Ergebnisrückgängen verbunden.

Die LBS West gehört dem institutsbezogenen Sicherungssystem der Sparkassen-Finanzgruppe (Sicherungssystem) an. Das Sicherungssystem erfüllt alle Anforderungen an ein gesetzliches Einlagensicherungssystem, das nach dem Einlagensicherungsgesetz amtlich anerkannt ist. In der gesetzlichen Einlagensicherung haben die Kundinnen und Kunden gegen das Sicherungssystem einen Anspruch auf Erstattung ihrer Einlagen bis zu 100.000 €.

H. Bericht über die voraussichtliche Entwicklung mit ihren wesentlichen Chancen und Risiken

Die nachfolgenden Einschätzungen haben Prognosecharakter. Insofern können die tatsächlichen künftigen Ergebnisse gegebenenfalls deutlich von dem zum Zeitpunkt der Erstellung des Lageberichtes getroffenen Erwartungen über die voraussichtlichen Entwicklungen abweichen.

Im Dezember 2022 haben die Träger der LBS West sowie die Träger der LBS Nord den Beschluss gefasst, die beiden Häuser zum 31.08.2023 rückwirkend auf den 01.01.2023 zur LBS NordWest zu fusionieren. Dabei wird die LBS Nord auf die LBS West verschmolzen. Die Fusion kann auch Effekte auf die regulatorischen Rahmenbedingungen sowie die Ertragslage haben.

Regulatorische Rahmenbedingungen

Die LBS West wird die Entwicklung der regulatorischen Rahmenbedingungen weiterhin eng über-

wachen. In der Gesamtbanksteuerung werden aus regulatorischer Sicht auch zukünftig insbesondere die weiter steigenden qualitativen und quantitativen Eigenkapital- und Liquiditätsanforderungen durch die Regelungen aus der Finalisierung von Basel III sowie der Parallelbetrieb der normativen und ökonomischen Risikotragfähigkeitsrechnung im Fokus stehen.

Die LBS West berücksichtigt in der Kapitalplanung ab Anfang 2023 erhöhte Kernkapitalanforderungen aus einem antizyklischen Kapitalpuffer für sämtliche in Deutschland belegenen Forderungen in Höhe von 0,75 % sowie aus einem sektorspezifischen Systemrisikopuffer in Höhe von 2,0 % auf den privilegierten Anteil von mit Wohnimmobilien in Deutschland besicherten Forderungen.

Darüber hinaus erwartet die LBS West zukünftig deutlich erweiterte Anforderungen der Aufsicht an die Banksteuerung. Maßgeblich hierfür ist insbesondere der Supervisory Review and Evaluation Process (SREP) der europäischen Bankenaufsicht. Die LBS West geht davon aus, dass der aktuelle Kapitalzuschlag in Höhe von 0,75 % auf die Mindestanforderungen durch die Aufsicht in 2023 überprüft und gegebenenfalls in der Höhe angepasst wird. Die zuletzt im Januar 2023 institutsindividuell beschiedene Eigenmittelempfehlung zur Abdeckung von Risiken in Stresssituationen in Höhe von 1,30 % wird voraussichtlich in 2024 auf Basis eines Bausparkassen-Stresstests neu festgesetzt werden.

Neben der Erfüllung der obligatorischen Meldepflichten nimmt die LBS West auch in 2023 am Basel-III-Monitoring der European Banking Authority (EBA) teil. Ein wichtiger Bestandteil dieser Erhebung ist u. a. die Quantifizierung der Auswirkungen aus der Überarbeitung des Kreditrisikostandardansatzes.

Nach Fusion wird die LBS NordWest weiterhin direkt durch die deutsche und indirekt durch die europäische Bankenaufsicht beaufsichtigt. Aufgrund der deutlich ansteigenden Größe des Hauses, etwa mit einer erwarteten Bilanzsumme von annähernd 22 Mrd. €, können sich aufsichtsrechtliche Einstufungen des Hauses ändern. Der Wegfall des Status als Less Significant Institute (LSI) und die Einstufung als Potenziell Systemgefährdendes Institut (PSI) sind denkbar. Zudem können Änderungen in den Risikopositionen bzw. in der Beurteilung des Risikomanagements Auswirkungen auf Kapitalzuschläge und Kapitalempfehlungen aus dem SREP haben.

Gesamtwirtschaftliche Rahmenbedingungen

Die noch im Herbst 2022 erwartete wirtschaftliche Abschwächung 2023 wurde im Januar 2023 leicht nach oben korrigiert. Die Bundesregierung prognostiziert für 2023 ein geringes Wachstum des realen BIP von 0,2%.⁵⁶ Dabei erwartet man nach einer „winterlichen Abkühlung“ infolge des Energiepreisschocks und der Zinswende eine wirtschaftliche Belebung in der Konsum- und Investitionsdynamik erst im weiteren Jahresverlauf. Gleichzeitig geht die Inflation zurück, da die Strom- und Gaspreisbremse dämpfend auf die

Preisentwicklung wirken: Nach 7,9 % in 2022 sinkt sie in 2023 auf 6,0 %⁵⁷.

Die günstigere Ausgangslage im Januar 2023 liegt v. a. an der Vermeidung von Gasmangellage und weiterer Verschärfung von Lieferkettenengpässen sowie am nachlassenden Inflationsdruck. Diese Dynamik mündet im Januar in einer positiveren Stimmung und Erwartung in der deutschen Wirtschaft (ifo-Geschäftsklimaindex: Januar 2023: 90,2 Punkte, Dezember 2022: 88,6 Punkte).⁵⁸ Somit fassen die Unternehmen wieder Vertrauen. Laut Jahresprojektion der Bundesregierung sind 2023 steigende Ausrüstungsinvestitionen (+ 3,3 % vs. + 2,5 % in 2022)⁵⁹ zu erwarten.

Bei der Zahl der Erwerbstätigen prognostiziert die Bundesregierung für 2023 einen leichten Anstieg von + 0,3%.⁶⁰ Die erwartete durchschnittliche Arbeitslosenquote für das Jahr 2023 soll mit 5,4 % relativ stabil bleiben.⁶¹

Gleichwohl wird eine Erhöhung der Bruttolöhne und -gehälter je Arbeitnehmer:in um + 5,2%⁶² erwartet. Das verfügbare Einkommen der privaten Haushalte wird voraussichtlich um + 4,9 %

⁵⁶ Vgl. Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz (BMWK): Jahreswirtschaftsbericht 2023, S. 150, Eckwerte der Jahresprojektion.

⁵⁷ Vgl. Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz (BMWK): Jahreswirtschaftsbericht 2023, S. 150, Eckwerte der Jahresprojektion.

⁵⁸ Vgl. Ifo-Institut-Geschäftsklimaindex, Pressemitteilung vom 25.01.2023.

⁵⁹ Vgl. Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz (BMWK): Jahreswirtschaftsbericht 2023, S. 150, Eckwerte der Jahresprojektion.

⁶⁰ Vgl. Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz (BMWK): Jahreswirtschaftsbericht 2023, S. 150, Eckwerte der Jahresprojektion.

⁶¹ Vgl. Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz (BMWK): Jahreswirtschaftsbericht 2023, S. 150, Eckwerte der Jahresprojektion.

⁶² Vgl. Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz (BMWK): Jahreswirtschaftsbericht 2023, S. 150, Eckwerte der Jahresprojektion.

steigen.⁶³ Insgesamt profitieren die privaten Haushalte von den Maßnahmen aus den Entlastungspaketen. Die Sparquote dürfte in diesem Jahr wieder – nach den Corona-Lockdowns – auf ihren langfristigen Durchschnitt sinken (10,7 %).⁶⁴

Für die Projektion wurde angenommen, dass der Zinssatz für Hauptrefinanzierungsgeschäfte der Europäischen Zentralbank bei durchschnittlich 3,0 % im Jahr liegt.⁶⁵

Das Eintreffen der Prognose ist neben dem Kriegsverlauf auch von der Inflationsdynamik, den Impulsen der fiskalischen Stabilisierungsmaßnahmen und weiterer Geldpolitik der Notenbanken abhängig. Dies gilt sowohl für den Binnenmarkt als auch für die internationalen, gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Beziehungen.

Zinsentwicklung

Der Sachverständigenrat geht in seinem konjunkturellen Ausblick davon aus, dass das Bruttoinlandsprodukt in 2023 um –0,2 % sinkt. Die wesentlichen Gründe für diese Entwicklung sind die rückläufigen Bauinvestitionen wegen der gestiegenen Zinsen und eine Zurückhaltung beim privaten Konsum wegen der hohen Inflation und der damit verbundenen Reallohnverluste.⁶⁶ Die Verbraucherpreisinflation wird nach 8,0 % in 2022 auf 7,4 % in 2023 leicht zurückgehen. Hier machen sich die gesunkenen Ölpreise sowie die Gaspreisbremse der Bundesregierung bemerkbar.⁶⁷ Auch wenn sich die Löhne in 2023 dynamisch entwickeln sollten, bleiben sie hinter der Entwicklung der Verbraucherpreise zurück.⁶⁸ Die EZB geht

aber davon aus, dass die Lohnsteigerung über den durchschnittlichen Lohnzuwächsen der vergangenen Jahre liegen wird und die Inflation über den Projektionszeitraum nach oben treiben wird.⁶⁹ Daher erwartet die EZB, dass die Inflation länger über ihrem mittelfristigen Inflationsziel verharren wird, und geht davon aus, dass sie die Leitzinsen weiter erhöhen wird. Zudem wird die EZB die im Rahmen des erweiterten Programms zum Ankauf von Vermögenswerten (Asset Purchase Programme) gehaltenen Wertpapierbestände ab dem 2. Quartal 2023 monatlich um 15 Mrd. € reduzieren.

Aufgrund dieser Entwicklung hat die LBS West in ihren Planungen für 2023 einen durchschnittlichen Zins von + 1,95 % (10-Jahres-MidSwap) zugrunde gelegt.

Geschäftliche Entwicklung der LBS West

Der sprunghafte Zinsanstieg im ersten Quartal 2022 kennzeichnete das Ende des beispiellos niedrigen Zinsniveaus und der Niedrigzinspolitik der EZB der vergangenen Jahre. Die LBS erwartet, dass die EZB die vollzogene Zinswende konsequent fortführen wird. Die Attraktivität des Bausparens

⁶³ Vgl. Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz (BMWK): Jahreswirtschaftsbericht 2023, S. 150, Eckwerte der Jahresprojektion.

⁶⁴ Vgl. Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz (BMWK): Jahreswirtschaftsbericht 2023, S. 150, Eckwerte der Jahresprojektion.

⁶⁵ Vgl. Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz (BMWK): Jahreswirtschaftsbericht 2023, S. 138.

⁶⁶ Vgl. Jahresgutachten 2022/23 des Sachverständigenrates zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung, S. 57.

⁶⁷ Vgl. Jahresgutachten 2022/23 des Sachverständigenrates zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung, S. 58.

⁶⁸ Vgl. Jahresgutachten 2022/23 des Sachverständigenrates zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung, S. 64.

⁶⁹ Vgl. Pressemitteilung der EZB zur Pressekonferenz am 15. Dezember 2022.

als Zinssicherungsinstrument rückt so wieder mehr in das Bewusstsein der Bevölkerung. Gleichzeitig wird mit dem Auslaufen der wirtschaftlichen Einschränkungen aus der Corona-Pandemie gerechnet. Der andauernde russische Angriffskrieg gegen die Ukraine belastet jedoch die Aussichten für die Weltwirtschaft und bringt große politische Unsicherheit mit sich. Anhaltend hohe Preise für Energie und Rohstoffe befördern die historisch hohe Inflation. Insgesamt bietet das Marktumfeld neben weiter bestehenden Herausforderungen nennenswert gestiegene Chancen für Bausparkassen.

Die eigenen vier Wände als Altersvorsorge genießen in der Bevölkerung nach wie vor hohe Beliebtheit. 84 % halten selbstgenutztes Wohneigentum für eine geeignete Altersvorsorge.⁷⁰ Die Nachfrage nach Wohneigentum wird durch gestiegene Energie- und Rohstoffpreise zwar leicht gedämpft. Jedoch werden allein in NRW nach Schätzung des Ministeriums für Bauen, Wohnen, Stadtentwicklung und Verkehr des Landes Nordrhein-Westfalen und der NRW.Bank in den nächsten Jahren jährlich etwa 46.000 neue Wohnungen benötigt.

Im Vertrieb und in der Zentrale in Münster wird die LBS West ihre Prozesse weiter verschlanken. Besonderer Fokus richtet sich dabei auf den Ausbau der Kundenorientierung und der Prozesseffizienz unter Berücksichtigung der digitalen Transformation. Mit dem Ziel, die bereits hohe Produktivität und Effizienz weiter zu steigern, strebt die LBS West daher konsequent die weitere Industrialisierung der Prozessabläufe „End-to-End“ an.

Die LBS West nutzt ihre Markenbekanntheit und ihre Kompetenz in Bezug auf Wohneigentumsbildung und -finanzierung. Anspruch der LBS West ist es, mit einem attraktiven Produktangebot weiterhin erfolgreich im Markt zu agieren.

Aus der Zinswende ergeben sich mittel- bis langfristig spürbar positive Effekte für die Ertragslage der LBS West. Eine höhere Inanspruchnahme von Bauspardarlehen führt neben gesteigerten Kundenkonditionen im außerkollektiven Kreditgeschäft sowie höheren Renditen der Geldanlagen zu Mehrerträgen. Dagegen kann ein weiter ansteigendes Zinsniveau zu weiteren Bewertungseffekten in den Geldanlagen führen, die allerdings aufgrund des Buy-and-Hold-Prinzips grundsätzlich keine GuV-Auswirkungen haben. Gleichzeitig bleibt die Refinanzierung durch Bauspareinlagen vergleichsweise günstig.

Als Folge des russischen Angriffskriegs gegen die Ukraine sowie der hohen Inflation können sich Ausfälle in der Geldanlage ergeben. Die LBS investiert aufgrund der Vorgaben des Bausparkassengesetzes in einem aus Risikogesichtspunkten eng begrenzten Anlageuniversum und nur in Anlagen mit hoher Bonität und möglichst diversifiziert.

Die Entwicklung der Kreditausfallquoten sieht die LBS West aufgrund des gerade bei Bausparkassen kleinteiligen Geschäfts und der Besiche-

⁷⁰ Vgl. repräsentative Studie von Kantar aus 2021.

rung selbst bei negativer Konjunktorentwicklung mit deutlich steigender Arbeitslosigkeit als im Wesentlichen unkritisch an. Risikovorsorge wurde in angemessener Weise getroffen.

Wertorientiertes Kundenwachstum und Nachhaltigkeit stehen für die Zukunft im Fokus. Für 2023 wird unter Berücksichtigung der beschriebenen Rahmenbedingungen ein eingelöstes Neugeschäft von rund 7,7 Mrd. € prognostiziert.

Die LBS West geht von einer konstanten Zinsentwicklung auf einem Niveau leicht unterhalb der kurz- bis mittelfristigen Forwardsätze aus. Daraus resultiert ein erwarteter 10-Jahres-MidSwap von +1,95% im Durchschnitt für 2023 (siehe auch Kapitel Zinsentwicklung). Mit diesem Ansatz bleibt die LBS West konsequent bei einer konservativ orientierten Banksteuerung.

Die gestiegenen Kapitalmarktzinsen verbessern das Zinsergebnis im Planungszeitraum deutlich. Unmittelbar betroffen sind in 2023 das außerkollektive Neugeschäft sowie die Geldanlage.

Bei den Zinsaufwendungen gelingt es, durch finanzierungsorientiertes Neugeschäft mit der Tarifgeneration aus 2020, die Durchschnittsverzinsung der Bauspareinlagen und damit den Haupttreiber der Zinsaufwendungen weiter deutlich zu senken.

Die erfolgreiche Vermarktung der neuen Tarifgeneration aus 2020 wirkt auch deutlich positiv auf das Provisionsergebnis. Der Anteil an Verträgen

mit 1,6% Abschlussgebühr wird für 2023 mit 75% erwartet.

Die Verwaltungsaufwendungen (bereinigt um Sondereffekte aus der Fusion) sinken gegenüber dem Niveau des Berichtsjahres, insbesondere aufgrund geringerer Personalaufwendungen. Die Sachaufwendungen steigen leicht an.

Das sonstige Ergebnis 2023 wird insbesondere aufgrund von Zinseffekten aus Pensionsverpflichtungen sowie dem Aufwand für die Einlagensicherung belastet.

Das Risikoergebnis wird ohne Auffälligkeiten erwartet.

Der Jahresüberschuss wird vom Vorstand für 2023 zwar unterhalb des Niveaus des Berichtsjahres – in dem eine Entnahme aus dem FbtA in Höhe von 32,2 Mio. € stattgefunden hat –, aber auf dem Niveau des Jahres 2021 erwartet.

Die Fusion der LBS West mit der LBS Nord zur LBS NordWest wird zunächst Belastungen aus der Transformation beider Häuser mit sich bringen. Insbesondere externe Unterstützungsleistungen, die IT-Transformation und Maßnahmen zur sozialverträglichen Personaltransformation werden das Ergebnis belasten. Mittel- bis langfristig werden Synergien in den Marktbereichen und auch im Betrieb erwartet. Im Marktbereich werden ein einheitliches Zusammenarbeitsmodell mit den Sparkassen sowie ein einheitliches Vergütungssystem etabliert. Die Vertriebsstrukturen und

die Vergütung des Außendienstes werden angeglichen. Das Produktangebot soll vereinheitlicht werden. Durch Effizienzsteigerungen werden sozialverträgliche Einsparungen beim Personal realisiert. Positiv wirken ebenfalls die geplanten Schließungen der Standorte in Oldenburg, Bremen und Berlin. Weitere erhebliche Synergiepotenziale sind in der Zusammenlegung der IT-Systeme zu sehen. Mittel- bis langfristig ergibt sich so eine gestärkte Ertragslage.

I. Nichtfinanzieller Bericht

Der nichtfinanzielle Bericht gemäß § 289 b HGB wird auf der eigenen Internetseite der LBS Westdeutsche Landesbausparkasse veröffentlicht (<http://www.lbswest.de/nachhaltigkeit>).

Münster, 24. März 2023

Jörg Munning Frank Demmer Dr. Jörg Koschate

JAHRESBILANZ ZUM 31. DEZEMBER 2022

Aktivseite	€	€	€	31.12.2021 T€
1. Barreserve				
a) Kassenbestand		8.068,86		19
b) Guthaben bei Zentralnotenbanken		637.769,75		1.146
darunter:			645.838,61	1.165
bei der Deutschen Bundesbank 637.769,75 €				(1.146)
2. Forderungen an Kreditinstitute				
a) andere Forderungen		2.714.344.184,25		2.491.437
darunter:			2.714.344.184,25	2.491.437
täglich fällig 25.410.339,38 €				(26.450)
3. Forderungen an Kunden				
a) Baudarlehen				
aa) aus Zuteilungen (Bauspardarlehen)	572.394.590,09			507.781
ab) zur Vor- und Zwischenfinanzierung	3.759.000.924,96			3.602.784
ac) sonstige	168.064.533,87			135.470
darunter: durch Grundpfandrechte		4.499.460.048,92		
gesichert	3.244.410.101,15			(3.068.211)
b) andere Forderungen		974.271.319,73		1.000.498
			5.473.731.368,65	5.246.533
4. Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere				
a) Anleihen und Schuldverschreibungen				
aa) von öffentlichen Emittenten		1.350.568.629,02		1.341.622
darunter: beleihbar bei der				
Deutschen Bundesbank 1.295.489.993,12 €				(1.286.557)
ab) von anderen Emittenten		1.853.257.817,64		2.361.205
darunter: beleihbar bei der			3.203.826.446,66	3.702.827
Deutschen Bundesbank 1.120.883.550,92 €				(1.161.351)
5. Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere			3.071.414.817,61	3.071.415
6. Beteiligungen			1.322.339,28	1.322
darunter: an Kreditinstituten 0,00 €				(0)
an Finanzdienstleistungsinstituten 0,00 €				(0)
an Wertpapierinstituten 0,00 €				(0)
7. Anteile an verbundenen Unternehmen			83.240.195,33	82.930
darunter: an Kreditinstituten 0,00 €				(0)
an Finanzdienstleistungsinstituten 0,00 €				(0)
an Wertpapierinstituten 0,00 €				(0)
8. Immaterielle Anlagewerte				
a) entgeltlich erworbene Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten		10.178.772,00		12.832
b) geleistete Anzahlungen		268.129,95		44
			10.446.901,95	12.876
9. Sachanlagen			4.046.743,12	4.699
10. Sonstige Vermögensgegenstände			38.961.825,35	31.778
11. Rechnungsabgrenzungsposten			2.493.380,01	1.478
12. Aktive latente Steuern			155.223.159,15	158.097
Summe der Aktiva			14.759.697.199,97	14.806.557

Passivseite

	€	€	€	31.12.2021 T€
1. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten				
a) Bauspareinlagen		139.785.727,53		143.054
darunter:				
auf gekündigte Verträge 4.318.331,18 €				(0)
auf zugeteilte Verträge 0,00 €				(0)
b) andere Verbindlichkeiten		284.605.579,82		339.514
darunter:			424.391.307,35	482.568
täglich fällig 240.874.356,38 €				(118.719)
2. Verbindlichkeiten gegenüber Kunden				
a) Einlagen aus dem Bauspargeschäft und Spareinlagen				
aa) Bauspareinlagen		12.992.757.208,25		12.910.072
darunter:				
auf gekündigte Verträge 103.087.875,91 €				(176.031)
auf zugeteilte Verträge 146.898.499,30 €				(140.670)
b) andere Verbindlichkeiten				
ba) täglich fällig		105.401.430,81		102.800
bb) mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist		0,00		100.000
			13.098.158.639,06	13.112.872
3. Sonstige Verbindlichkeiten			16.697.373,30	16.252
4. Rechnungsabgrenzungsposten			8.139.883,19	7.103
5. Rückstellungen				
a) Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen		231.795.615,00		219.478
b) Steuerrückstellungen		326.589,43		0
c) andere Rückstellungen		82.385.579,00		76.259
			314.507.783,43	295.737
6. Fonds zur baupartetechnischen Absicherung			0,00	32.223
7. Nachrangige Verbindlichkeiten			50.000.000,00	50.000
8. Fonds für allgemeine Bankrisiken			34.700.000,00	34.700
9. Eigenkapital				
a) eingefordertes Kapital				
gezeichnetes Kapital	350.000.000,00			(350.000)
abzgl. nicht eingeforderter ausstehender Einlagen	0,00			(0)
		350.000.000,00		350.000
b) Gewinnrücklagen				
ba) andere Gewinnrücklagen		425.102.213,64		415.102
c) Bilanzgewinn		38.000.000,00		10.000
			813.102.213,64	775.102
Summe der Passiva			14.759.697.199,97	14.806.557
1. Eventualverbindlichkeiten				
a) Verbindlichkeiten aus Bürgschaften und Gewährleistungsverträgen			73.673,55	74
2. Andere Verpflichtungen				
a) unwiderrufliche Kreditzusagen			202.872.132,51	178.383

GEWINN- UND VERLUSTRECHNUNG – 1. JANUAR BIS 31. DEZEMBER 2022

	01.01. – 31.12.2021					
	€	€	€	€	€	T€
1. Zinserträge aus						
a) Kredit- und Geldmarktgeschäften						
aa) Bauspardarlehen		14.230.059,02				15.266
ab) Vor- und Zwischenfinanzierungs- kredit		72.921.945,73				74.283
ac) sonstigen Baudarlehen		1.876.434,21				1.368
ad) sonstigen Kredit- und Geldmarkt- geschäften	61.098.299,96					69.531
negative Zinserträge aus Geldanlagen	-960,41	61.097.339,55				-6
			150.125.778,51			160.442
b) festverzinslichen Wertpapieren und Schuldbuchforderungen			50.172.071,44			57.199
c) der Abzinsung langfristiger Rückstellungen			884.610,10			15
				201.182.460,05		217.656
2. Zinsaufwendungen						
a) für Bauspareinlagen			109.108.766,75			122.385
b) andere Zinsaufwendungen		3.077.629,79				2.087
positive Zinsen aus Geldaufnahmen		-976.291,37	2.101.338,42			-1.292
c) aus der Aufzinsung langfristiger Rückstellungen			0,00			546
				111.210.105,17		123.726
					89.972.354,88	93.930
3. Laufende Erträge aus						
a) Aktien und anderen nicht festverzinslichen Wertpapieren			37.999.999,37			43.496
b) Erträge aus Beteiligungen			1.689.841,06			1.449
c) Anteilen an verbundenen Unternehmen			4.883.451,20			3.679
					44.573.291,63	48.624
4. Provisionserträge						
A) aus Vertragsabschluss und -vermittlung			99.921.546,15			60.887
b) aus der Bereitstellung und der Bearbeitung von Vor- und Zwischenfinanzierungskrediten			775,00			9
c) andere Provisionserträge			14.439.755,46			13.671
				114.362.076,61		74.567
5. Provisionsaufwendungen						
a) Provisionen für Vertragsabschluss und -vermittlung			94.653.177,79			62.931
b) andere Provisionsaufwendungen			8.469.893,98			8.176
				103.123.071,77		71.107
					11.239.004,84	3.460
6. Sonstige betriebliche Erträge					46.205.046,44	11.069
Übertrag					191.989.697,79	157.083

01.01. – 31.12.2021

	€	€	€	€	€	T€
Übertrag					191.989.697,79	157.083
7. Allgemeine Verwaltungsaufwendungen						
a) Personalaufwand						
aa) Löhne und Gehälter		40.488.895,25				39.322
ab) soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung		28.327.536,79				19.634
darunter:			68.816.432,04			58.956
für Altersversorgung 12.060.492,53 €						(7.629)
b) andere Verwaltungsaufwendungen			56.012.990,04			54.152
					124.829.422,08	113.108
8. Abschreibungen und Wertberichtigungen auf immaterielle Anlagewerte und Sachanlagen					4.182.661,40	5.156
9. Sonstige betriebliche Aufwendungen					17.469.682,70	27.145
10. Abschreibungen und Wertberichtigungen auf Forderungen und bestimmte Wertpapiere sowie Zuführungen zu Rückstellungen im Kreditgeschäft					3.421.523,41	5.178
11. Abschreibungen und Wertberichtigungen auf Beteiligungen, Anteilen an verbundenen Unternehmen und wie Anlagevermögen behandelte Wertpapiere					2.964.149,85	0
12. Erträge aus Zuschreibungen zu Beteiligungen, Anteilen an verbundenen Unternehmen und wie Anlagevermögen behandelten Wertpapieren					0,00	6.790
13. Ergebnis der normalen Geschäftstätigkeit					39.122.258,35	13.286
14. Steuern vom Einkommen und Ertrag				1.159.384,11		3.332
darunter:						
Aufwendungen aus latenten Steuern 2.873.840,85 €						(0)
Erträge aus latenten Steuern 0,00 €						(2.742)
15. Sonstige Steuern				-37.125,76		-46
					1.122.258,35	3.286
16. Jahresüberschuss/Bilanzgewinn					38.000.000,00	10.000

Bilanzierungs- und Bewertungsgrundsätze

Die LBS Westdeutsche Landesbausparkasse mit Sitz in Münster ist eine Anstalt des öffentlichen Rechts und eingetragen in das Handelsregister beim Amtsgericht Münster (HR A 5303).

Der Jahresabschluss der LBS wurde gemäß den Vorschriften des Handelsgesetzbuches (HGB) erstellt. Die Kreditinstituts-Rechnungslegungsverordnung (RechKredV) wurde beachtet. Die Gliederungen der Bilanz und Gewinn- und Verlustrechnung entsprechen den Formblättern der RechKredV.

Die Forderungen an Kreditinstitute und Kunden sowie die sonstigen Vermögensgegenstände wurden zum Nennwert ausgewiesen. Bei Schuld-scheindarlehen und Namenspapieren wurden die Agien und Disagien in den entsprechenden Forderungspositionen mit ausgewiesen und zeitanteilig erfolgswirksam vereinnahmt.

Für erkennbare Risiken wurden in ausreichender Höhe Einzelwertberichtigungen gebildet. Für latente Risiken im Forderungsbestand bestehen Pauschalwertberichtigungen (Pwb). Zusätzlich bestehen in geringem Umfang pauschalierte Einzelwertberichtigungen, die keinen wesentlichen Einfluss auf die Vermögens- und Ertragslage haben.

Die Ermittlung der Pauschalwertberichtigungen erfolgte in 2022 gemäß dem neuen Standard des IDW RS BFA 7. Zur Berechnung wurde dabei auf das vereinfachte Verfahren (ohne Abzug der Bonitätsprämie) gemäß Tz. 23 zurückgegriffen.

Grundlage ist hierfür das Kreditportfoliomodell (CPV), das die Entwicklung des Kredit- und Geldanlage-Portfolios für die nächsten 12 Monate simuliert und einen erwarteten Verlust für diesen Zeitraum ermittelt. Aufgrund der möglichen gesamtwirtschaftlichen Auswirkungen (gestiegene Rohstoff- und Energiepreise, hohe Inflation, Zinsanstieg) aus dem Ukraine-Krieg wurde eine zusätzliche pauschale Risikovorsorge in Höhe von 0,5 Mio. € in Form eines „Post Model Adjustment“ (PMA) gebildet. Die Pwb erhöhte sich im abgelaufenen Geschäftsjahr insgesamt von 2,0 Mio. € auf 3,2 Mio. €.

Die Schuldverschreibungen und Anteile an Spezialfonds des Anlagevermögens (Finanzanlagebestand) wurden nach dem gemilderten Niederstwertprinzip bewertet. Daher werden die Anschaffungskosten fortgeführt, wenn keine Sachverhalte für eine dauerhafte Wertminderung gegeben sind. Die Unterschiedsbeträge zwischen Anschaffungskosten und Rückzahlungsbeträgen bei den Schuldverschreibungen wurden zeitanteilig erfolgswirksam vereinnahmt.

Zur Steuerung des Zinsänderungsrisikos setzt die LBS Westdeutsche Landesbausparkasse seit 2021 derivative Finanzinstrumente in Form von Zinsswaps ein. Als Hedge-Instrument dienen sie ausschließlich der Absicherung von Risiken. Ziel ist die Steuerung des barwertigen Zinsänderungsrisikos ohne Liquiditätseinsatz. Ihrer Zweckbestimmung als Sicherungsinstrument entsprechend, werden sie in die verlustfreie Bewertung des Bankbuchs einbezogen. Der bilanzielle Ausweis

der Zinsabgrenzungen der Swaps erfolgt in dem Posten „Forderungen an Kreditinstitute“ und dem Posten „Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten“. Die Variation Margin dient dem regelmäßigen Ausgleich der Wertschwankungen des einzelnen Swaps und wird erfolgsneutral in den Posten „Sonstige Vermögensgegenstände“ und „Sonstige Verbindlichkeiten“ ausgewiesen.

Bezüglich der verlustfreien Bewertung des Anlagebuchs gem. IDW RS BFA 3 n. F. hat die LBS auf Basis eines barwertigen Verfahrens die Notwendigkeit der Bildung einer Rückstellung berechnet. Eine Rückstellung nach § 340 a i. V. m. § 249 Abs. 1 Satz 1 HGB für Drohverluste ist nicht erforderlich. Demnach ist eine Rückstellung zu bilden, wenn der Buchwert des Bankbuchs über dem Barwert unter Berücksichtigung noch anfallender Risiko- und Verwaltungskosten liegt. Der Zahlungsstrom für außerkollektive Positionen und Finanzanlagen wird auf Basis vertraglicher Vereinbarungen gebildet. Für die kollektiven Positionen wird übereinstimmend mit dem internen Zinsrisikomanagement die zugehörige Ablauffiktion unterstellt.

Beteiligungen und Anteile an verbundenen Unternehmen sind zu Anschaffungskosten angesetzt; bei voraussichtlich dauerhafter Wertminderung werden Abschreibungen auf den niedrigeren beizulegenden Wert vorgenommen.

Das Sachanlagevermögen und die immateriellen Anlagewerte sind zu Anschaffungs- bzw. Herstellungskosten, vermindert um lineare Abschreibungen unter Berücksichtigung der steuerlichen

Regelungen sowie der betriebsgewöhnlichen Nutzungsdauer, ausgewiesen. Für die in 2016 eingeführte Bausparkassen-Software OSPlus-LBS wurde das Wahlrecht gemäß Nr. 2 a des IDW RS HFA 11 n. F. in Anspruch genommen, sodass Weiterentwicklungen der Software wie bisher im EDV-Aufwand ausgewiesen werden. Im Berichtsjahr angeschaffte bewegliche Wirtschaftsgüter wurden linear abgeschrieben. Geringwertige Wirtschaftsgüter mit Anschaffungs- oder Herstellungskosten von über 250 € bis 1.000 € wurden in Sammelposten zusammengefasst und werden über 5 Jahre linear abgeschrieben.

Das Wahlrecht zum Ansatz von aktiven latenten Steuern wurde in Anspruch genommen.

Die gesamten Verbindlichkeiten wurden mit ihrem Erfüllungsbetrag bilanziert. Erkennbaren Risiken aus schwebenden Geschäften und ungewissen Verbindlichkeiten wurde in Höhe der erwarteten Inanspruchnahme mit der Bildung von Rückstellungen Rechnung getragen.

Rückstellungen mit einer Restlaufzeit von über einem Jahr wurden gemäß § 253 Abs. 2 HGB abgezinst. Erträge bzw. Aufwendungen aus Ab- bzw. Aufzinsungen von Rückstellungen, die direkt aus dem Bank-/Bauspargeschäft resultieren, wurden im Zinsergebnis ausgewiesen.

Bei der Ermittlung der Rückstellung für die Erstattung gezahlter Abschlussgebühren wurden – unter Berücksichtigung des kaufmännischen Vorsichtsprinzips – aus der Vergangenheit abgeleitete Erstattungsquoten angewendet.

Aufgrund der Corona-Pandemie hat der Gesetzgeber nach Art. 240 § 3 EGBGB in 2020 beschlossen, dass Ansprüche des Darlehensgebers aus vor dem 15.03.2020 geschlossenen Verbraucherdarlehensverträgen auf Rückzahlung, Zins- oder Tilgungsleistungen, die zwischen dem 01.04.2020 und dem 30.06.2020 fällig werden, mit Eintritt der Fälligkeit für die Dauer von drei Monaten gestundet werden (gesetzliches Moratorium). Bei vertragsgemäßen Zins- und Tilgungsleistungen der Kundschaft werden die Zinsen somit drei Monate später vereinnahmt. Die rechtliche Entstehung der vertraglich vereinbarten Forderung bleibt jedoch davon unberührt. Auf eine zeitgleiche Einbuchung der Zinsforderung in der Finanzbuchhaltung verzichtete die LBS in 2020 in Anbetracht des geringen Betrages. Im Berichtsjahr waren hiervon noch 347 Verträge (Vorjahr: 424 Verträge) mit einer ursprünglichen Zinsstornierung in Höhe von 76 Tsd. € (Vorjahr: 88 Tsd. €) im Bestand. Die LBS hat sich darüber hinaus dem privaten Moratorium der deutschen Sparkassenorganisation angeschlossen. Hiervon waren noch 512 Verträge (Vorjahr: 639 Verträge) im Bestand.

Der Ausweis für die Ab- bzw. Aufzinsung der restlichen langfristigen Rückstellungen erfolgt im sonstigen betrieblichen Ergebnis.

Negative Zinsen aus Geldanlagen werden in der Gewinn- und Verlustrechnung als Unterposition in den „Zinserträgen aus sonstigen Kredit- und Geldmarktgeschäften“ ausgewiesen. Positive Zinsen aus Geldaufnahmen werden als Unterpositi-

on in den „anderen Zinsaufwendungen“ gezeigt. Die passiven Rechnungsabgrenzungen erfolgten überwiegend zinsanteilig.

Im Jahr 2019 wurden wesentliche Teile der Versorgungsverpflichtungen in einen nicht versicherungsförmigen Pensionsfonds bei der Mercer Pensionsfonds AG, Frankfurt a. M., überführt. Für die übertragenen Verpflichtungen haftet die LBS Westdeutsche Landesbausparkasse weiterhin unbeschränkt subsidiär nach § 1 Abs. 1 Satz 3 BetrAVG. Die Übertragung auf den Pensionsfonds erfolgte zum Stichtag 02. Oktober 2019 und betraf die Versorgungsverpflichtungen gegenüber den seinerzeitigen Pensionärinnen und Pensionären sowie die bis dahin erdienten Ansprüche der aktiven Mitarbeitenden. Die durch die Übertragung der Altersversorgungsverpflichtungen zum 31.12.2022 nicht mehr in der Bilanz ausgewiesene Rückstellung beträgt 553,4 Mio. € (Vorjahr: 566,2 Mio. €). Nach der Übertragung der Altersversorgungsverpflichtungen auf den Pensionsfonds resultieren am Abschlussstichtag nach Art. 28 Abs. 2 EGHGB Fehlbeträge i. H. v. insgesamt 144,2 Mio. € (Vorjahr: 62,2 Mio. €) (Summe der Unterdeckungen bezogen auf den jeweiligen notwendigen Erfüllungsbetrag der Versorgungsverpflichtungen nach den handelsrechtlichen Bestimmungen in § 253 Abs. 1 Satz 2, Abs. 2 HGB gegenüber dem Vermögen des Pensionsfonds). Die Erhöhung des Fehlbetrages ist insbesondere auf die gesunkenen Marktwerte der Kapitalanlagen des Pensionsfonds infolge des gestiegenen Zinsniveaus zurückzuführen.

Die auf die Mercer Pensionsfonds AG übertragenen Versorgungsverpflichtungen sowie die zur Erfüllung der Verpflichtung zugeordneten Deckungsmittel qualifizieren grundsätzlich als Tochter-Zweckgesellschaft der LBS nach § 340 i Abs. 2 Satz 1 i. V. m. § 290 Abs. 2 Nr. 4 HGB, da der LBS Westdeutschen Landesbausparkasse die Mehrheit der Chancen und Risiken aus dem Pensionsfondsvertrag zusteht. Die LBS West nutzt das Wahlrecht der untergeordneten Bedeutung der Tochter-Zweckgesellschaft gem. § 290 Abs. 5 i. V. m. § 296 Abs. 2 S. 1 HGB und übt die Einbeziehung in den Konzernabschluss nicht aus. Die untergeordnete Bedeutung für die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage ergibt sich aus der Anwendung des DRS 19.47, in dem dargelegt wird, dass eine Konsolidierung den externen Durchführungsweg der Altersversorgung nicht ändert.

Würde die LBS – bezogen auf die Tochter-Zweckgesellschaft – von dem Einbeziehungswahlrecht Gebrauch machen, so wären gem. § 246 Abs. 2 S. 2 i. V. m. § 285 Nr. 25 HGB in dem dann aufzustellenden handelsrechtlichen Konzernabschluss der LBS das Vermögen für Rechnung und Risiko von Arbeitgebenden und Arbeitnehmenden in Höhe von 409,2 Mio. € (Vorjahr: 504,0 Mio. €) und pensionsfondstechnische Rückstellungen entsprechend dem Vermögen für Rechnung und Risiko von Arbeitgebenden und Arbeitnehmenden (Deckungsrückstellung) in Höhe von 409,2 Mio. € (Vorjahr: 504,0 Mio. €), bewertet mit den geschäftszweigspezifischen Wertansätzen des nichtversicherungsförmigen Pensionsfonds, sowie die damit zusammenhängenden zu verrechnenden Aufwen-

dungen aufgrund der gesunkenen Marktwerte der im Pensionsfonds befindlichen Kapitalanlagen infolge des gestiegenen Zinsniveaus in Höhe von 71,8 Mio. € (Vorjahr: 0,2 Mio. €) sowie keine Erträge (Vorjahr: 2,1 Mio. €) der Tochter-Zweckgesellschaft anzugeben. Im Geschäftsjahr wurden 29,1 Mio. € (Vorjahr: 29,1 Mio. €) Zahlungen für Versorgungsfälle geleistet. Der Nachschuss zum Sicherungsvermögen im Jahr 2022 betrug 6,1 Mio. € (Vorjahr: 6,1 Mio. €).

Der Wert der Deckungsrückstellung würde nach § 341f Abs. 1 Satz 2 HGB i. V. m. § 240 VAG und der Pensionsfonds-Aufsichtsverordnung (PFAV) ermittelt und entspräche dem Zeitwert des Vermögens.

Rückstellungen in Höhe von 4,9 Mio. € (Vorjahr: 4,9 Mio. €) wurden für Erstattungsleistungen an die gesetzliche Rentenversicherung für Versorgungsausgleiche nach altem Recht gebildet. Die Ermittlung der nicht ausgelagerten Pensionsverpflichtungen sowie der Erstattungsleistungen an die gesetzliche Rentenversicherung basiert auf dem Anwartschaftsbarwertverfahren (sog. „Projected-Unit-Credit-Methode“).

Die Pensionsrückstellungen sowie die Rückstellungen für Beihilfen, Freistellungen, Jubiläumzahlungen sowie Erstattungsleistungen an die gesetzliche Rentenversicherung wurden nach versicherungsmathematischen Grundsätzen auf der Grundlage der Richttafeln 2018 G von Prof. Dr. Klaus Heubeck ermittelt. Der Rechnungszinssatz ergibt sich aus dem durchschnittlichen Marktzins, der sich bei einer angenommenen Restlaufzeit

von 15 Jahren ergibt. In Anpassung an die zum Bilanzstichtag tatsächlich gegebenen Restlaufzeiten wurde für die Freistellungen von Mitarbeitenden die Restlaufzeit auf 3 Jahre festgelegt.

Für die Rückstellungen wurden folgende Parameter zugrunde gelegt:

	in %	Vorjahr
Pensionsrückstellungen:		
Rechnungszinssatz p. a. (10-Jahres-Durchschnitt)	1,79	1,87
Gehaltstrend p. a.	2,10	2,10
Gehaltstrend bei freigestellten Mitarbeitenden p. a.	2,00	2,00
Rententrend p. a.	2,00	2,00
Zuschlag für Gesamtversorgte p. a.	0,40	0,40
Durchschnittliche MA-Fluktuation p. a.	1,00	1,00
Pensionsrückstellungen (neues Versorgungswerk, Deferred Compensation):		
Rechnungszinssatz p. a. (10-Jahres-Durchschnitt)	1,79	1,87
Rententrend p. a.	1,50	1,50
Durchschnittliche MA-Fluktuation p. a.	1,00	1,00
Erstattungsleistungen an die gesetzliche Rentenversicherung:		
Rechnungszinssatz p. a. (7-Jahres-Durchschnitt)	1,45	1,35
Rentenwerttrend p. a.	1,60	1,60
Beihilferückstellungen:		
Rechnungszinssatz p. a. (7-Jahres-Durchschnitt)	1,45	1,35
Trend für Beihilfesteiigerung p. a.	4,50	4,00
Rückstellungen für Jubiläumszahlungen:		
Rechnungszinssatz p. a. (7-Jahres-Durchschnitt)	1,45	1,35
Gehaltstrend p. a.	2,10	2,10
Beitragsbemessungsgrenzentrend p. a.	2,10	2,10
Freistellungsrückstellungen:		
Rechnungszinssatz p. a. (7-Jahres-Durchschnitt)	0,59	0,40
Gehaltstrend p. a.	2,00	2,00
Beitragsbemessungsgrenzentrend p. a.	2,00	2,00

Bei den Pensionsrückstellungen wird seit 2016 gem. § 253 Abs. 2 HGB bei der Berechnung des Zinssatzes ein 10-Jahres-Durchschnitt angewendet. Der Unterschiedsbetrag gem. § 253 Abs. 6 HGB zwischen dem Ansatz der Pensionsrückstellungen nach den unterschiedlichen Durchschnittswerten (10 Jahre zu 7 Jahre) beträgt 7,5 Mio. € (Vorjahr: 11,1 Mio. €).

Des Weiteren wurde bei der Berechnung der Beihilferückstellungen für die Ermittlung des zugrunde liegenden Basiswertes der Durchschnittszeitraum von 3 Jahren für Pensionärinnen und Pensionäre mit Versorgungsvertrag und deren Hinterbliebene beibehalten.

Der nach § 6 Abs. 2 BspKG zu dotierende Fonds zur baupartechnischen Absicherung (FbtA) bildet eine kollektive Sicherheitsreserve mit dem Ziel, die Verstetigung der Zuteilungsfolge sicherzustellen.

Gemäß den Allgemeinen Geschäftsgrundsätzen (AGG) der Bausparkasse wurde die Überprüfung zur Pflichtzuführung zum Fonds zur baupartechnischen Absicherung (FbtA) auf Basis der Regelungen aus § 5 Abs. 2 Nr. 2 a BauSparkG vorgenommen.

Mit Inkrafttreten des novellierten Bausparkassengesetzes am 29. Dezember 2015 ist zudem eine Öffnung des FbtA auch zur Absicherung der für den nachhaltigen Betrieb des Bausparkassengeschäfts erforderlichen kollektiv bedingten Zinsspanne verbunden. Zur Sicherung der kollektiv bedingten Zinsspanne erfolgte im Geschäftsjahr

die vollständige Entnahme des Fonds zur baupartechnischen Absicherung in Höhe von 32,2 Mio. €. Bei der Ermittlung des Sollzins-Ertrages wurde das Wahlrecht gem. § 7 Abs. 4 BauSparkV in Anspruch genommen.

Die Kapitalrendite (Quotient aus Nettogewinn und Bilanzsumme) gem. § 26 a Abs. 1 Satz 4 KWG beträgt 0,26 % (Vorjahr: 0,07 %), was insbesondere auf die vollständige Entnahme des Fonds zur baupartechnischen Absicherung in Höhe von 32,2 Mio. € zurückzuführen ist.

Angaben zur Bilanz und Gewinn- und Verlustrechnung

Forderungen an Kreditinstitute

Fristengliederung nach Restlaufzeiten (ohne täglich fällig):	in Mio. €	(Vorjahr)
a) bis drei Monate	80,2	(78,7)
b) mehr als drei Monate bis ein Jahr	147,5	(284,0)
c) mehr als ein Jahr bis fünf Jahre	699,7	(606,1)
d) mehr als fünf Jahre	1.761,5	(1.496,2)
	2.688,9	(2.465,0)

Forderungen an Beteiligungen oder verbundene Unternehmen waren nicht enthalten (Vorjahr: -, Mio. €).

Nachrangige Forderungen bestanden nicht (Vorjahr: -, Mio. €).

In dieser Position sind 60,3 Mio. € (Vorjahr: 64,1 Mio. €) Agien und 5,6 Mio. € (Vorjahr: 0,9 Mio. €) Disagien bei Schuldscheindarlehen und Namenspapieren enthalten.

Forderungen an Kunden

Die Zins- und Tilgungsrückstände aus langfristigen Baudarlehen bei Darlehensnehmenden betragen 3,7 Mio. € (Vorjahr: 3,5 Mio. €). Dies waren 0,08 % (Vorjahr: 0,08 %) der langfristigen Baudarlehen.

Die noch nicht ausbezahlten bereitgestellten Baudarlehen betragen:	in Mio. €	(Vorjahr)
a) aus Zuteilungen	221,1	(202,5)
b) zur Vor- und Zwischenfinanzierung	176,5	(166,3)
c) sonstige	21,3	(21,4)
	418,9	(390,2)

Forderungen an Beteiligungen oder verbundene Unternehmen waren nicht enthalten (Vorjahr: -, Mio. €).

Fristengliederung nach Restlaufzeiten:	in Mio. €	(Vorjahr)
a) bis drei Monate	223,2	(163,5)
b) mehr als drei Monate bis ein Jahr	379,4	(351,8)
c) mehr als ein Jahr bis fünf Jahre	1.802,8	(1.838,0)
d) mehr als fünf Jahre	3.068,3	(2.893,2)
	5.473,7	(5.246,5)

Es bestehen keine Forderungen an Kunden mit unbestimmter Laufzeit (Vorjahr: -, Mio. €).

Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere

Es handelt sich ausschließlich um börsenfähige Wertpapiere. Die Position enthält börsennotierte Wertpapiere in Höhe von 3.154,8 Mio. € (Vorjahr: 3.677,0 Mio. €) sowie nicht börsennotierte Wertpapiere in Höhe von 49,0 Mio. € (Vorjahr: 25,9 Mio. €). Alle Wertpapiere waren dem Finanzanlagevermögen (3.203,8 Mio. €) zugeordnet und wurden mit dem gemilderten Niederstwertprinzip bewertet (Vorjahr: 3.702,8 Mio. €), da sie bis zur Endfälligkeit

gehalten werden. Sie haben einen Marktwert in Höhe von 2.770,1 Mio. € (Vorjahr: 3.842,9 Mio. €). Zum Bilanzstichtag waren Wertpapiere mit einem Buchwert in Höhe von 3.095,5 Mio. € (Vorjahr: 513,6 Mio. €) enthalten, die nicht mit dem niedrigeren Zeitwert bewertet wurden, da von einer dauerhaften Wertminderung nicht auszugehen war. Der Marktwert dieser Wertpapiere betrug 2.687,4 Mio. € (Vorjahr: 500,0 Mio. €). Hieraus ergaben sich vermiedene Abschreibungen in Höhe von 408,1 Mio. € (Vorjahr: 13,6 Mio. €).

In der Position sind keine nachrangigen Wertpapiere enthalten (Vorjahr: -, Mio. €).

Im Jahr, das auf den Bilanzstichtag folgt, werden Buchwerte (inkl. aktivierter Zinsen) in Höhe von 211,1 Mio. € (Vorjahr: 111,2 Mio. €) fällig.

Wertpapiere mit einem Buchwert von 19,3 Mio. € (Vorjahr: 14,8 Mio. €) wurden zur Absicherung der unwiderruflichen Zahlungsverpflichtung in Höhe von 17,6 Mio. € (Vorjahr: 14,6 Mio. €) für den Sicherungsfonds der Landesbausparkassen bei der Deutschen Bundesbank hinterlegt. Als Sicherheit für die in den sonstigen Verbindlichkeiten ausgewiesene Initial Margin bei den Zinsswaps wurden Wertpapiere mit einem Buchwert in Höhe von 54,2 Mio. € (Vorjahr: 7,5 Mio. €) verpfändet.

Aktien und andere nicht festverzinsliche

Wertpapiere

Spezialfonds (in Mio. €):	Zuordnung	Buchwert	Marktwert	Diff. zw. Buchwert/ Marktwert	Ausschüttung im Geschäftsjahr
HI-Buddenturm	Anlagebestand	930,0	829,2	-100,8	12,5
Kiepenkerl	Anlagebestand	1.409,3	1.277,6	-131,7	25,5
Zoo	Anlagebestand	732,2	636,2	-96,0	-,

Die Position beinhaltet ausschließlich Anteile an nicht börsenfähigen Spezialfonds. Die Spezialfonds investieren nahezu ausschließlich in festverzinsliche Wertpapiere. Die Bewertung der Fonds erfolgt zum gemilderten Niederstwertprinzip, da die

Nominalwerte der in den Fonds befindlichen Wertpapiere über den Buchwerten liegen und von einer dauerhaften Wertminderung nicht auszugehen ist. Es bestehen keine Beschränkungen in der Möglichkeit der täglichen Rückgabe von Fondsanteilen.

Beteiligungen

	Kapitalanteil (v. H.)	Eigenkapital (T€)	Ergebnis (T€)
FORUM Direktfinanz GmbH & Co. KG, Münster	14,29	3.434*	1.874*
SIZ-Informatik-Zentrum der Sparkassenorganisation GmbH, Bonn	1,27	6.236*	14*
LBS IT Informations-Technologie GmbH & Co. KG, Berlin	19,50	26*	33*

* Ergebnis aus 2021. Ein festgestellter Jahresabschluss für 2022 liegt noch nicht vor.

Sämtliche Beteiligungen sind nicht börsenfähig.

Anteile an verbundenen Unternehmen

Als Unternehmen von wesentlicher Bedeutung sind zu nennen:	Kapitalanteil (v. H.)	Eigenkapital (T€)	Ergebnis (T€)
LBS Immobilien GmbH NordWest, Münster	74,99	2.695*	2.408*
Bausparkassen-Service GmbH & Co. KG, Münster	100,00	71.731	3.077
DBC Digitales Business Center GmbH, Münster	100,00	725	-154*

* Ergebnis aus 2021. Ein festgestellter Jahresabschluss für 2022 liegt noch nicht vor.

Sämtliche Anteile an verbundenen Unternehmen sind nicht börsenfähig.

Anlagevermögen

Anlagespiegel (Mio. €)	Grundstücke und Gebäude für den eigenen Geschäftsbetrieb	Betriebs- und Geschäftsausstattung	Immaterielle Anlagewerte	Beteiligungen	Anteile an verbundenen Unternehmen	Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere des Anlagevermögens (ohne aktivierte Zinsen)	Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere des Anlagevermögens (Spezialfonds)
Anschaffungs- bzw. Herstellungskosten							
01.01.2022	0,7	26,2	32,6	1,3	82,9	3.671,4	3.071,4
Zugänge	-	0,8	0,3	-	0,3	67,4	-
Zuschreibungen	-	-	-	-	-	-	-
Abgänge	-	6,0	0,7	-	-	560,7	-
Umbuchungen	-	-	-	-	-	-	-
31.12.2022	0,7	21,0	32,2	1,3	83,2	3.178,1	3.071,4
Abschreibungen							
01.01.2022	0,5	21,7	19,7	-	-	-	-
Zugänge	-	1,4	2,7	-	-	-	-
Abgänge	-	5,9	0,6	-	-	-	-
Umbuchungen	-	-	-	-	-	-	-
31.12.2022	0,5	17,2	21,8	-	-	-	-
Buchwert							
31.12.2022	0,2	3,8	10,4	1,3	83,2	3.178,1	3.071,4
Buchwert							
Vorjahr	0,2	4,5	12,9	1,3	82,9	3.671,4	3.071,4

Immaterielle Anlagewerte

Die Position beinhaltet diverse Software und Softwarelizenzen sowie die im November 2016 eingeführte neue Bausparkassen-Software OSPlus-LBS.

Die geleisteten Anzahlungen in Höhe von 268 T€ (Vorjahr: 44 T€) betreffen die Meldewesen-Software BAISjava.

Sonstige Vermögensgegenstände

Steuererstattungsansprüche auf vorausgezahlte Ertragsteuern bestanden zum Bilanzstichtag in Höhe von 7,0 Mio. € (Vorjahr: 25,4 Mio. €). 3,6 Mio. € (Vorjahr: 3,3 Mio. €) betreffen Forderungen an die Bausparkassen-Service GmbH & Co. KG (verbundenes Unternehmen).

25,4 Mio. € (Vorjahr: 0,1 Mio. €) resultieren aus dem erfolgsneutralen Ausweis der Variation Margin (Zinsswaps).

Aktive latente Steuern

Die aktiven latenten Steuern in Höhe von 155,2 Mio. € (Vorjahr: 158,1 Mio. €) resultieren zum einen aus unterschiedlichen handels- und steuerrechtlichen Wertansätzen für Vermögensgegenstände und Schulden in der Bilanz, zum anderen auch aus einer vorzunehmenden steuerlichen außerbilanziellen Korrektur.

So liegen höhere handelsrechtliche Wertansätze insbesondere bei den Pensions- und Beihilferückstellungen, den Bonusverpflichtungen gegenüber Bausparenden, den Ausschüttungsverzichten ordentlicher Erträge bei den Spezialfonds sowie der Vorsorge für allgemeine Bankrisiken gem. § 340 f HGB vor.

Die außerbilanzielle Korrektur ergibt sich durch Anwendung des § 4 e Abs. 3 EStG. So wurde im Rahmen der Ausgliederung der Pensionsverpflichtungen im Jahr 2019 der erforderliche Antrag auf Verteilung des Betriebsausgabenabzuges gestellt. Demnach ist der Differenzbetrag zwischen dem Beitrag an den Pensionsfonds und der aufgelösten steuerlichen Rückstellung gleichmäßig auf die der Übertragung folgenden zehn Wirtschaftsjahre aufzuteilen. Im Jahr 2020 wurde der Differenzbetrag in Höhe von 22,2 Mio. € erstmalig zu einem Zehntel aufgelöst, sodass in dieser Höhe ein jährlicher steuerlicher Mindergewinn bis einschließlich 2029 entsteht.

Als Steuersatz für die Berechnung der latenten Steuern wurden unverändert 31,93 % angesetzt. Der gemischte Steuersatz setzt sich aus 15 % Kör-

perschaftsteuer zzgl. 5,5 % Solidaritätszuschlag auf Körperschaftsteuer sowie 16,1 % Gewerbesteuer zusammen.

Es besteht eine Ausschüttungssperre gem. § 268 Abs. 8 HGB in Höhe der aktiven latenten Steuern, die jedoch aufgrund der bestehenden frei verfügbaren Rücklagen keine Auswirkung auf eine mögliche Ausschüttung des Bilanzgewinns hat.

Andere Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten

Fristengliederung nach Restlaufzeiten:	in Mio. €	(Vorjahr)
a) täglich fällig	240,9	(118,7)
b) bis drei Monate	25,0	(29,8)
c) mehr als drei Monate bis ein Jahr	1,0	(175,0)
d) mehr als ein Jahr bis fünf Jahre	5,8	(5,8)
e) mehr als fünf Jahre	11,9	(10,2)
	284,6	(339,5)

Aufgenommene Fremdgelder

Für die Refinanzierung von Vorfinanzierungs- und Zwischenfinanzierungskrediten wurden Fremdgelder in Höhe von 225,0 Mio. € (Vorjahr: 395,0 Mio. €) aufgenommen.

Andere Verbindlichkeiten gegenüber Kunden

Fristengliederung nach Restlaufzeiten:	in Mio. €	(Vorjahr)
a) täglich fällig	105,4	(102,8)
b) bis drei Monate	-,-	(-,-)
c) mehr als drei Monate bis ein Jahr	-,-	(100,0)
d) mehr als ein Jahr bis fünf Jahre	-,-	(-,-)
e) mehr als fünf Jahre	-,-	(-,-)
	105,4	(202,8)

Verbindlichkeiten gegenüber Beteiligungen und verbundenen Unternehmen waren nicht enthalten (Vorjahr: -, T€).

Sonstige Verbindlichkeiten

Von den sonstigen Verbindlichkeiten entfielen 9,3 Mio. € (Vorjahr: 10,1 Mio. €) auf noch abzuführende Steuern sowie 1,1 Mio. € (Vorjahr: 1,1 Mio. €) auf passivierte anteilige Zinsen für die nachrangigen Schuldscheindarlehen. 4,0 Mio. € (Vorjahr: 2,6 Mio. €) betreffen Auszahlungsverpflichtungen aus dem Provisionssystem.

Passive Rechnungsabgrenzungsposten

Der passive Rechnungsabgrenzungsposten wurde überwiegend für Agien bei Bauspardarlehen in Höhe von 7,5 Mio. € (Vorjahr: 6,2 Mio. €) gebildet, die zinsanteilig über die Darlehenslaufzeit auf Einzelvertragsebene berechnet werden.

Rückstellungen

Es besteht eine Ausschüttungssperre gem. § 253 Abs. 6 HGB in Höhe des Unterschiedsbetrages von 7,5 Mio. € (Vorjahr: 11,1 Mio. €), der sich bei den Pensionsrückstellungen aus dem unterschiedlichen Marktzins aufgrund des von 7 auf 10 Jahre verlängerten Betrachtungszeitraums für die Berechnung des Durchschnittszinses ergibt, die jedoch aufgrund der bestehenden frei verfügbaren Rücklagen keine Auswirkung auf eine mögliche Ausschüttung des Bilanzgewinns hat.

Nachrangige Verbindlichkeiten

Am 30. Mai 2014 wurden nachrangige Verbindlichkeiten in Höhe von 50 Mio. € aufgenommen

zu einem Zinssatz von 3,964 % und mit einer Laufzeit bis zum 18. Juni 2029. Die Anrechnung als Ergänzungskapital basiert auf Artikel 63 in Verbindung mit Artikel 64 CRR.

Es bestehen keine vorzeitigen Rückzahlungsverpflichtungen. Eine etwaige Umwandlung in Kapital oder in andere Schuldformen ist jeweils nicht vereinbart und nicht vorgesehen.

Auf das abgelaufene Jahr entfielen Zinsaufwendungen in Höhe von 1.982 T€ (Vorjahr: 1.979 T€).

Unwiderrufliche Kreditzusagen

Hier sind die bewilligten, aber noch nicht abgerufenen Baudarlehen in Höhe von 202,9 Mio. € ausgewiesen (Vorjahr: 178,4 Mio. €). Hierfür wurden gem. IDW RS BFA 7 im Berichtsjahr erstmalig Pauschalwertberichtigungen in Form einer Rückstellung in Höhe von 127 T€ gebildet.

Über den normalen Geschäftsbetrieb hinausgehende Risiken sind nicht erkennbar.

Sonstige finanzielle Verpflichtungen

Langfristige Verpflichtungen bestehen bei der LBS zum Bilanzstichtag in Höhe von 19.185 T€ (Vorjahr: 33.982 T€). Es handelt sich hierbei im Wesentlichen um Verpflichtungen aus der Anmietung der Geschäftsräume Münster von der Bausparkassen-Service GmbH & Co. KG (verbundenes Unternehmen) sowie aus EDV-Wartungs- und Dienstleistungsverträgen mit der Finanz Informatik GmbH & Co. KG.

Durch Beschluss der Gesellschafterversammlung der Forum Direktfinanz GmbH & Co. KG kann die LBS verpflichtet werden, bei Vorliegen eines negativen Saldos über all ihre Kapitalkonten einen Nachschuss bei der Gesellschaft zum Ausgleich dieses negativen Saldos zu leisten. Die Nachschussverpflichtung ist in jedem Geschäftsjahr auf eine Höhe von 1.238 T€ begrenzt.

Die LBS ist Mitglied des Sicherungsfonds der Landesbausparkassen, der zum institutsbezogenen Sicherungssystem der Sparkassen-Finanzgruppe zählt. Am Bilanzstichtag besteht eine Einzahlungsverpflichtung bis zum Jahr 2024 in Höhe von 17.159 T€ (Vorjahr: 25.126 T€).

Sonstige betriebliche Erträge

Die Position beinhaltet Erträge aus der Auflösung von Rückstellungen in Höhe von 2,6 Mio. € (Vorjahr: 2,3 Mio. €).

1,9 Mio. € (Vorjahr: 1,9 Mio. €) betreffen Zahlungen von der LBS Hessen-Thüringen für die Übernahme von Tätigkeiten für das Spargeschäft. 2,4 Mio. € (Vorjahr: 2,4 Mio. €) resultieren aus Dienstleistungen für die LBSi NordWest und die restliche LBS-Gruppe. Die vollständige Entnahme des Fonds zur baupartechnischen Absicherung führte zu einem Ertrag in Höhe von 32,2 Mio. € (Vorjahr: -, Mio. €).

Sonstige betriebliche Aufwendungen

In dieser Position sind Aufwendungen in Höhe von 3,5 Mio. € (Vorjahr: 4,0 Mio. €) für die Aufzinsung langfristiger Rückstellungen sowie in

Höhe von 1,7 Mio. € (Vorjahr: 12,7 Mio. €) für die Barwerterhöhung aufgrund des verringerten Abzinsungssatzes bei den langfristigen Rückstellungen ausgewiesen; beide Effekte betreffen nicht das originäre Bauspargeschäft. Die Effekte resultieren im Wesentlichen aus den Pensions- und Beihilferückstellungen. Für die Rückerstattung von Vertragsentgelten (gem. BGH-Urteil vom 15.12.2022) wurden den Rückstellungen 1,6 Mio. € zugeführt. Die Aufwendungen für die Einlagensicherung sowie die Bankenabgabe betragen im Geschäftsjahr insgesamt 7,3 Mio. € (Vorjahr: 7,6 Mio. €).

Steuern vom Einkommen und Ertrag

Die Steuern vom Einkommen und Ertrag für die Vorjahre betragen 0,1 Mio. € (Vorjahr: 1,9 Mio. €). Erstattungen von Ertragsteuern aus den Vorjahren erfolgten in Höhe von 1,8 Mio. € (Vorjahr: 0,1 Mio. €).

Aufsichtsmandate von Vorstandsmitgliedern der LBS

Mitglied des Aufsichtsrates der Deko Investment GmbH: Jörg Munning

Mitglied des Aufsichtsrates der Deutschen Sparkassen Verlag GmbH: Jörg Munning

Stellv. Mitglied des Aufsichtsrates des SIZ Informatikzentrum der Sparkassenorganisation GmbH: Frank Demmer

Derivative Finanzinstrumente

Per 31.12.2022 befanden sich fünf Zinsswaps zur Deckung von Zinsänderungsrisiken im Bestand.

(Mio. €)	Nominalbetrag	Marktwert	Restlaufzeiten			
			bis drei Monate	mehr als drei Monate bis ein Jahr	mehr als ein Jahr bis fünf Jahre	mehr als fünf Jahre
Receiver-Swaps	130,000	-26,014	-	-	-	130,000

Sonstige Pflichtangaben

Im Jahresdurchschnitt waren bei der Landesbausparkasse 621 (Vorjahr: 617) Mitarbeitende beschäftigt, davon waren 343 (Vorjahr: 338) weiblich und 278 (Vorjahr: 279) männlich. Des Weiteren beschäftigte die LBS 21 (Vorjahr: 18) Mitarbeitende in einem Ausbildungs- oder ausbildungsähnlichen Verhältnis.

Die Aufwendungen für die Abschlussprüfungsleistungen betragen 416 T€ (Vorjahr: 443 T€). Aufwendungen in Höhe von 21 T€ (Vorjahr: 20 T€) entstanden für andere Bestätigungsleistungen (Prüfung EZR, FinRep-Meldung, Ermittlung Einlagensicherung und Bescheinigung Risikomonitoring).

Den Mitgliedern der Trägerversammlung wurden 104 T€ (Vorjahr: 103 T€) vergütet.

Den Mitgliedern des Vorstandes der LBS wurden keine Darlehen (Vorjahr: 12 T€) gewährt. Die Darlehen an Verwaltungsratsmitglieder beliefen sich auf 143 T€ (Vorjahr: 367 T€).

Frühere Mitglieder des Vorstandes erhielten im Geschäftsjahr Gesamtbezüge in Höhe von 1.376 T€ (Vorjahr: 1.191 T€). Die Zuführung zu den Beihil-

ferückstellungen für diesen Personenkreis betrug im Geschäftsjahr 19 T€ (Vorjahr: 17 T€). Wären für diese Personengruppe die Pensionsverpflichtungen nicht auf den Pensionsfonds übertragen worden, müssten Pensionsrückstellungen für laufende Pensionen in Höhe von 28.058 T€ (Vorjahr: 28.317 T€) ausgewiesen werden.

Nachtragsbericht

Nach Abschluss des Geschäftsjahres 2022 sind keine Vorgänge von besonderer Bedeutung eingetreten.

Gewinnverwendung

Gemäß § 10 der Satzung wird der Trägerversammlung vorgeschlagen, den Jahresabschluss festzustellen und den Bilanzgewinn in Höhe von 38,0 Mio. € (Vorjahr: 10,0 Mio. €) den anderen Gewinnrücklagen zuzuführen.

Offenlegung

Der Offenlegungsbericht gemäß Teil 8 der CRR wird auf der eigenen Internetseite der LBS Westdeutsche Landesbausparkasse veröffentlicht (<http://www.lbs.de/west/die-lbs/ihre-lbs/geschaeftsbericht>).

Zusatzangaben gemäß § 26 a KWG i. V. m. § 64 r KWG zum 31.12.2022:

LBS Westdeutsche Landesbausparkasse AöR, Münster. Geschäftsmodell der LBS West ist die Entgegennahme von Bauspareinlagen, die Gewährung von Bauspardarlehen und die hiermit zusammenhängenden zulässigen Geschäfte. Die LBS West hat keine Niederlassungen im Ausland.

Der Umsatz der LBS West für den Zeitraum vom 01. Januar bis zum 31. Dezember 2022 beträgt 406.323 T€. Die Ermittlung erfolgt auf Grundlage der handelsrechtlichen Rechnungslegung.

Im Jahresdurchschnitt waren bei der LBS West 545 Mitarbeitende (in Vollzeitäquivalenten) beschäftigt. Des Weiteren beschäftigte die LBS West 20 Mitarbeitende (in Vollzeitäquivalenten) in einem Ausbildungs- oder ausbildungsähnlichen Verhältnis.

Der Gewinn vor Steuern beträgt 39.122 T€.

Der Steueraufwand per 31.12.2022 beträgt 1.122 T€.

Die LBS West hat keine öffentlichen Beihilfen erhalten.

Die Kapitalrendite (Quotient aus Nettogewinn und Bilanzsumme) beträgt 0,26 %.

Fusion

Im Dezember 2022 haben die Träger der LBS West und der LBS Nord ihre Zustimmung zu einer Fusion der beiden Landesbausparkassen zur LBS NordWest erteilt. Das fusionierte Institut wird mit den beiden Unternehmenssitzen in Münster und Hannover als

Geschäftsgebiet die Bundesländer NRW, Niedersachsen, Berlin und Bremen umfassen. In einem Staatsvertrag müssen nun noch die beiden Länderparlamente von NRW und Niedersachsen zustimmen. Der Zusammenschluss wird rückwirkend zum 1. Januar 2023 (juristische Fusion per 31. August 2023) erfolgen. Die zur fristgerechten und aufsichtsrechtlichen (Day-1-Readiness im Sinne der MaRisk) erforderlichen Schritte wurden in einem gemeinsamen Projekt beider Häuser bereits eingeleitet.

Transparenzgesetz

Berichterstattung über die Bezüge und die Altersversorgung der Mitglieder des Vorstands sowie die Bezüge der Aufsichtsgremien gemäß § 35 Abs. 5 und 7 in Verbindung mit § 19 Abs. 6 SpkG NRW.

Für die Festlegung der Struktur und der Höhe der Bezüge der Mitglieder des Vorstands ist der Verwaltungsrat zuständig. Diese Aufgaben hat der Verwaltungsrat zur abschließenden Erledigung an den Hauptausschuss delegiert. Er orientiert sich dabei an den Empfehlungen der nordrhein-westfälischen Sparkassen- und Giroverbände zu den Anstellungsbedingungen für Vorstandsmitglieder und Stellvertreter. Mit den Mitgliedern des Vorstands bestehen grundsätzlich auf fünf Jahre befristete Dienstverträge. Neben den festen Bezügen (Grundbetrag und ggfs. Allgemeine Zulage) kann den Mitgliedern des Vorstands als variable Vergütung eine Leistungszulage von bis zu 15 % des Grundbetrags gewährt werden.

Die Leistungszulage wird jährlich durch den Hauptausschuss des Verwaltungsrates festgelegt.

Komponenten mit langfristiger Anreizwirkung sind nicht enthalten. Auf die festen Gehaltsansprüche wird die Tarifentwicklung des öffentlichen Dienstes angewendet.

Bezüge der Mitglieder des Vorstands

Vorstand	2022			Gesamtvergütung (T€)
	Grundbetrag + Allgemeine Zulage (T€)	Leistungszulage (T€)	Sonstige Vergütung (T€)	
Münning, Jörg Vorsitzender	596,4	77,4	19,4	693,2
Demmer, Frank Mitglied	362,0	54,0	13,2	429,2
Koschate, Dr. Jörg Mitglied	403,2	54,0	11,9	469,1
Summe	1.361,6	185,4	44,5	1.591,5

Die sonstige Vergütung betrifft im Wesentlichen den Sachbezug aus der privaten Nutzung eines Dienstfahrzeugs.

Altersversorgung der Mitglieder des Vorstands

Im Falle der regulären Beendigung ihrer Tätigkeit haben die im Geschäftsjahr bei der LBS tätigen Mitglieder des Vorstands folgende Pensionsansprüche:

Vorstand	Barwert der unmittelbaren Pensionsverpflichtungen 31.12.2022 (T€)	Barwert der mittelbaren und unmittelbaren Pensionsverpflichtungen 31.12.2022 (T€)	Davon wären im Jahr 2022 der Pensionsrückstellung zugeführt worden (T€)
Münning, Jörg Vorsitzender	1.854,3	4.747,9	577,0
Demmer, Frank Mitglied	36,9	36,9	12,8
Koschate, Dr. Jörg Mitglied	0,0	0,0	0,0
Summe	1.891,2	4.784,8	589,8

Auf die Pensionsansprüche wird ab Beginn der Ruhegehaltszahlungen die Tarifentwicklung des öffentlichen Dienstes angewendet.

Bezüge der Mitglieder der Aufsichtsgremien

Ordentliche Mitglieder des Verwaltungsrates, des Hauptausschusses und des Risiko- und Prüfungsausschusses der LBS Westdeutsche Landesbausparkasse erhalten für die Tätigkeit im Verwaltungsrat einen Pauschalbetrag von 8.000 € p. a. Der Vorsitzende des Verwaltungsrats erhält einen Zuschlag von 8.000 € p. a., sein Stellvertreter erhält einen Zuschlag von 4.000 € p. a. Für die Tätigkeit im Hauptausschuss erhalten die Mitglieder einen Pauschalbetrag von 4.600 € p. a., die Tätigkeit im Risiko- und Prüfungsausschuss wird mit einem Pauschalbetrag von 6.000 € p. a. vergütet. Die Vorsitzende des Risiko- und Prü-

fungsausschusses erhält einen Zuschlag von 6.000 € p. a., der Vorsitzende des Hauptausschusses einen Zuschlag in Höhe von 4.400 € p. a. Bis zum Beschluss der Trägerversammlung über die angepasste Gremienvergütung am 16. Mai 2022 haben die Mitglieder des Verwaltungsrates, des Hauptausschusses und des Risiko- und Prüfungsausschusses zudem 200 € je Sitzungsteilnahme erhalten.

In Abhängigkeit von der Sitzungshäufigkeit und -teilnahme ergaben sich im Geschäftsjahr 2022 folgende Bezüge der einzelnen Mitglieder der zuvor genannten Gremien:

Name	€*	Name	€*
Adenauer, Dr. Sven-Georg	8.000,00	Hessel, Manuela	18.000,00
Barth, Sandra	8.000,00	Jahnke, Rainer	34.800,00
Becker, Udo	8.000,00	Kleerbaum, Klaus-Viktor	8.000,00
Beckhoff, Uwe	9.150,00	Lukas, Bernhard	19.800,00
Breuer, Michael	19.000,00	Pennartz, Thomas	8.000,00
Buchholz, Prof. Dr. Liane	20.000,00	Schulze-Frieling, Martina	18.233,33
Eiskirch, Thomas	14.000,00	Sicking, Daniel	9.500,00
Häfemeier, Friedrich-Wilhelm	8.000,00	Wannhoff, Jürgen	8.000,00
Hendele, Thomas	8.000,00		

*Beträge ohne Steuern und Fahrtkostenerstattung.

Verwaltungsrat

Bernhard Lukas

Vorsitzender des Vorstandes

Sparkasse Gelsenkirchen

Vorsitzender des Verwaltungsrates

seit 22.09.2022

stellv. Vorsitzender des Verwaltungsrates

bis 22.09.2022

Rainer Jahnke

Vorsitzender des Vorstandes

Stadtsparkasse Wermelskirchen

stellv. Vorsitzender des Verwaltungsrates

seit 22.09.2022

Vorsitzender des Verwaltungsrates

bis 22.09.2022

Dr. h. c. Sven-Georg Adenauer

Landrat, Kreis Gütersloh

Sandra Barth

Beschäftigtenvertreterin

Mitarbeiterin der

LBS Westdeutsche Landesbausparkasse

Udo Becker

Vorsitzender des Vorstandes

Kreissparkasse Euskirchen

Uwe Beckhoff

Beschäftigtenvertreter

Mitarbeiter der

LBS Westdeutsche Landesbausparkasse

Michael Breuer

Präsident

Rheinischer Sparkassen- und Giroverband

Prof. Dr. Liane Buchholz

Präsidentin

Sparkassenverband Westfalen-Lippe

Thomas Eiskirch

Oberbürgermeister, Bochum

Friedrich-Wilhelm Häfemeier

Vorsitzender des Vorstandes

Niederrheinische Sparkasse RheinLippe

Thomas Hendele

Landrat, Kreis Mettmann

Manuela Hessel

Beschäftigtenvertreterin

stellv. Vorsitzende des Personalrates

LBS Westdeutsche Landesbausparkasse

Klaus-Viktor Kleebaum

Stadtverordneter, Dülmen

Martina Schulze-Frieling

Beschäftigtenvertreterin

Vorsitzende des Personalrates

LBS Westdeutsche Landesbausparkasse

Daniel Sicking

Beschäftigtenvertreter

Mitarbeiter der

LBS Westdeutsche Landesbausparkasse

Ständige Vertreter

nach § 7 Abs. 2 der Satzung

Thomas Pennartz

Verbandsgeschäftsführer

Rheinischer Sparkassen- und Giroverband

Jürgen Wannhoff

Vizepräsident

Sparkassenverband Westfalen-Lippe

Trägerversammlung

Bernhard Lukas

Vorsitzender des Vorstandes

Sparkasse Gelsenkirchen

Sitzungsleitung seit 22.09.2022

stellv. Sitzungsleitung bis 22.09.2022

Rainer Jahnke

Vorsitzender des Vorstandes

Stadtsparkasse Wermelskirchen

stellv. Sitzungsleitung seit 22.09.2022

Sitzungsleitung bis 22.09.2022

Thomas Biermann

Vorsitzender des Vorstandes

Sparkasse Gevelsberg-Wetter (Ruhr)

Michael Breuer

Präsident

Rheinischer Sparkassen- und Giroverband

Prof. Dr. Liane Buchholz

Präsidentin

Sparkassenverband Westfalen-Lippe

Dr. Andreas Coenen

Landrat, Kreis Viersen

Michael Dreier

Bürgermeister, Paderborn

Michael Fröhlich

Vorsitzender des Vorstandes
Sparkasse Bielefeld

Dr. Olaf Gericke

Landrat, Kreis Warendorf

Frank Grebe

Vorsitzender des Vorstandes
Sparkasse Gummersbach-Bergneustadt

Thomas Hunsteger-Petermann

Oberbürgermeister a.D., Hamm

Claus Jacobi

Bürgermeister, Gevelsberg

Klaus-Viktor Kleebaum

Stadtverordneter, Dülmen

Thomas Kufen

Oberbürgermeister, Essen

Giovanni Malaponti

Vorsitzender des Vorstandes
Sparkasse am Niederrhein

Sebastian Schuster

Landrat, Rhein-Sieg-Kreis

Bernd Tischler

Oberbürgermeister, Bottrop

Claudia van Dyck

stellv. Bürgermeisterin, Moers

Udo Vierdag

Vorsitzender des Vorstandes
Stadt-Sparkasse Haan

Ulrike Westkamp

Bürgermeisterin, Wesel

Ständige Vertreter

nach § 12 Abs. 2 der Satzung

Thomas Pennartz

Verbandsgeschäftsführer

Rheinischer Sparkassen- und Giroverband

Jürgen Wannhoff

Vizepräsident

Sparkassenverband Westfalen-Lippe

Vertrauensmann

(nach § 12 Bausparkassengesetz)

Dr. Carsten Brodesser, MdB

Vorstand

Jörg Munning

Vorsitzender des Vorstandes

Frank Demmer

Dr. Jörg Koschate

Münster, 24.03.2023

Der Vorstand



Jörg Munning



Frank Demmer



Dr. Jörg Koschate

An die
LBS Westdeutsche Landesbausparkasse,
Münster

Vermerk über die Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts

Prüfungsurteile

Wir haben den Jahresabschluss der LBS Westdeutsche Landesbausparkasse, Münster, – bestehend aus der Bilanz zum 31. Dezember 2022 und der Gewinn- und Verlustrechnung für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2022 sowie dem Anhang, einschließlich der Darstellung der Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden – geprüft. Darüber hinaus haben wir den Lagebericht der LBS Westdeutsche Landesbausparkasse, Münster, für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2022 geprüft. Den nichtfinanziellen Bericht nach § 289 b Abs. 3 HGB, auf den im Lagebericht Bezug genommen wird, haben wir in Einklang mit den deutschen gesetzlichen Vorschriften nicht inhaltlich geprüft.

Nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse

- entspricht der beigefügte Jahresabschluss in allen wesentlichen Belangen den deutschen handelsrechtlichen Vorschriften und vermittelt unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens- und Finanzlage der Gesellschaft

zum 31. Dezember 2022 sowie ihrer Ertragslage für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2022 und

- vermittelt der beigefügte Lagebericht insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Gesellschaft. In allen wesentlichen Belangen steht dieser Lagebericht in Einklang mit dem Jahresabschluss, entspricht den deutschen gesetzlichen Vorschriften und stellt die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dar. Unser Prüfungsurteil zum Lagebericht erstreckt sich nicht auf den Inhalt des nichtfinanziellen Berichts nach § 289 b Abs. 3 HGB, auf den im Lagebericht Bezug genommen wird.

Gemäß § 322 Abs. 3 Satz 1 HGB erklären wir, dass unsere Prüfung zu keinen Einwendungen gegen die Ordnungsmäßigkeit des Jahresabschlusses und des Lageberichts geführt hat.

Grundlage für die Prüfungsurteile

Wir haben unsere Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts in Übereinstimmung mit § 317 HGB und der EU-Abschlussprüferverordnung (Nr. 537/2014; im Folgenden „EU-APrVO“) unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung durchgeführt. Unsere Verantwortung nach diesen Vorschriften und Grundsätzen ist im Abschnitt „Verantwortung des Abschlussprüfers für die Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts“ unseres Bestätigungsvermerks weitergehend beschrieben. Wir sind von dem Unternehmen

unabhängig in Übereinstimmung mit den europarechtlichen sowie den deutschen handelsrechtlichen und berufsrechtlichen Vorschriften und haben unsere sonstigen deutschen Berufspflichten in Übereinstimmung mit diesen Anforderungen erfüllt. Darüber hinaus erklären wir gemäß Artikel 10 Abs. 2 Buchst. f) EU-APrVO, dass wir keine verbotenen Nichtprüfungsleistungen nach Artikel 5 Abs. 1 EU-APrVO erbracht haben. Wir sind der Auffassung, dass die von uns erlangten Prüfungsnachweise ausreichend und geeignet sind, um als Grundlage für unsere Prüfungsurteile zum Jahresabschluss und zum Lagebericht zu dienen.

Besonders wichtige Prüfungssachverhalte in der Prüfung des Jahresabschlusses

Wir haben bestimmt, dass es keine besonders wichtigen Prüfungssachverhalte gibt, die in unserem Bestätigungsvermerk mitzuteilen sind.

Sonstige Informationen

Die gesetzlichen Vertreter bzw. der Verwaltungsrat sind für die sonstigen Informationen verantwortlich. Die sonstigen Informationen umfassen:

- den gesonderten nichtfinanziellen Bericht gemäß § 289 b Abs. 3 HGB, auf den im Lagebericht Bezug genommen wird und der uns voraussichtlich nach dem Datum dieses Bestätigungsvermerks zur Verfügung gestellt werden wird,
- alle übrigen Teile des Geschäftsberichts, der uns voraussichtlich erst nach dem Datum dieses Bestätigungsvermerks zur Verfügung gestellt werden wird,

- aber nicht den Jahresabschluss, nicht die inhaltlich geprüften Lageberichtsangaben und nicht unseren dazugehörigen Bestätigungsvermerk.

Unsere Prüfungsurteile zum Jahresabschluss und zum Lagebericht erstrecken sich nicht auf die sonstigen Informationen, und dementsprechend geben wir weder ein Prüfungsurteil noch irgendeine andere Form von Prüfungsschlussfolgerung hierzu ab.

Im Zusammenhang mit unserer Prüfung haben wir die Verantwortung, die oben genannten sonstigen Informationen zu lesen und dabei zu würdigen, ob die sonstigen Informationen

- wesentliche Unstimmigkeiten zum Jahresabschluss, zu den inhaltlich geprüften Lageberichtsangaben oder zu unseren bei der Prüfung erlangten Kenntnissen aufweisen oder
- anderweitig wesentlich falsch dargestellt erscheinen.

Verantwortung der gesetzlichen Vertreter und des Verwaltungsrats für den Jahresabschluss und den Lagebericht

Die gesetzlichen Vertreter sind verantwortlich für die Aufstellung des Jahresabschlusses, der den deutschen handelsrechtlichen Vorschriften in allen wesentlichen Belangen entspricht, und dafür, dass der Jahresabschluss unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft vermittelt. Ferner sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich

für die internen Kontrollen, die sie in Übereinstimmung mit den deutschen Grundsätzen ordnungsmäßiger Buchführung als notwendig bestimmt haben, um die Aufstellung eines Jahresabschlusses zu ermöglichen, der frei von wesentlichen falschen Darstellungen aufgrund von dolosen Handlungen (d. h. Manipulationen der Rechnungslegung und Vermögensschädigungen) oder Irrtümern ist.

Bei der Aufstellung des Jahresabschlusses sind die gesetzlichen Vertreter dafür verantwortlich, die Fähigkeit der Gesellschaft zur Fortführung der Unternehmenstätigkeit zu beurteilen. Des Weiteren haben sie die Verantwortung, Sachverhalte im Zusammenhang mit der Fortführung der Unternehmenstätigkeit, sofern einschlägig, anzugeben. Darüber hinaus sind sie dafür verantwortlich, auf der Grundlage des Rechnungslegungsgrundsatzes der Fortführung der Unternehmenstätigkeit zu bilanzieren, sofern dem nicht tatsächliche oder rechtliche Gegebenheiten entgegenstehen.

Außerdem sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die Aufstellung des Lageberichts, der insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Gesellschaft vermittelt sowie in allen wesentlichen Belangen mit dem Jahresabschluss in Einklang steht, den deutschen gesetzlichen Vorschriften entspricht und die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend darstellt. Ferner sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die Vorkehrungen und Maßnahmen (Systeme), die sie als notwendig erachtet haben,

um die Aufstellung eines Lageberichts in Übereinstimmung mit den anzuwendenden deutschen gesetzlichen Vorschriften zu ermöglichen und um ausreichende geeignete Nachweise für die Aussagen im Lagebericht erbringen zu können.

Der Verwaltungsrat ist verantwortlich für die Überwachung des Rechnungslegungsprozesses der Gesellschaft zur Aufstellung des Jahresabschlusses und des Lageberichts.

Verantwortung des Abschlussprüfers für die Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts

Unsere Zielsetzung ist, hinreichende Sicherheit darüber zu erlangen, ob der Jahresabschluss als Ganzes frei von wesentlichen falschen Darstellungen aufgrund von dolosen Handlungen oder Irrtümern ist, und ob der Lagebericht insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Gesellschaft vermittelt sowie in allen wesentlichen Belangen mit dem Jahresabschluss sowie mit den bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnissen in Einklang steht, den deutschen gesetzlichen Vorschriften entspricht und die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend darstellt, sowie einen Bestätigungsvermerk zu erteilen, der unsere Prüfungsurteile zum Jahresabschluss und zum Lagebericht beinhaltet.

Hinreichende Sicherheit ist ein hohes Maß an Sicherheit, aber keine Garantie dafür, dass eine in Übereinstimmung mit § 317 HGB und der EU-APrVO unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen

Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung durchgeführte Prüfung eine wesentliche falsche Darstellung stets aufdeckt. Falsche Darstellungen können aus dolosen Handlungen oder Irrtümern resultieren und werden als wesentlich angesehen, wenn vernünftigerweise erwartet werden könnte, dass sie einzeln oder insgesamt die auf der Grundlage dieses Jahresabschlusses und Lageberichts getroffenen wirtschaftlichen Entscheidungen von Adressaten beeinflussen.

Während der Prüfung üben wir pflichtgemäßes Ermessen aus und bewahren eine kritische Grundhaltung. Darüber hinaus

- identifizieren und beurteilen wir die Risiken wesentlicher falscher Darstellungen im Jahresabschluss und im Lagebericht, aufgrund von dolosen Handlungen oder Irrtümern, planen und führen Prüfungshandlungen als Reaktion auf diese Risiken durch sowie erlangen Prüfungsnachweise, die ausreichend und geeignet sind, um als Grundlage für unsere Prüfungsurteile zu dienen. Das Risiko, dass aus dolosen Handlungen resultierende wesentliche falsche Darstellungen nicht aufgedeckt werden, ist höher als das Risiko, dass aus Irrtümern resultierende wesentliche falsche Darstellungen nicht aufgedeckt werden, da dolose Handlungen kollusives Zusammenwirken, Fälschungen, beabsichtigte Unvollständigkeiten, irreführende Darstellungen bzw. das Außerkraftsetzen interner Kontrollen beinhalten können.
- gewinnen wir ein Verständnis von dem für die Prüfung des Jahresabschlusses relevanten

internen Kontrollsystem und den für die Prüfung des Lageberichts relevanten Vorkehrungen und Maßnahmen, um Prüfungshandlungen zu planen, die unter den gegebenen Umständen angemessen sind, jedoch nicht mit dem Ziel, ein Prüfungsurteil zur Wirksamkeit dieser Systeme der Gesellschaft abzugeben.

- beurteilen wir die Angemessenheit der von den gesetzlichen Vertretern angewandten Rechnungslegungsmethoden sowie die Vertretbarkeit der von den gesetzlichen Vertretern dargestellten geschätzten Werte und damit zusammenhängenden Angaben.
- ziehen wir Schlussfolgerungen über die Angemessenheit des von den gesetzlichen Vertretern angewandten Rechnungslegungsgrundsatzes der Fortführung der Unternehmenstätigkeit sowie, auf der Grundlage der erlangten Prüfungsnachweise, ob eine wesentliche Unsicherheit im Zusammenhang mit Ereignissen oder Gegebenheiten besteht, die bedeutsame Zweifel an der Fähigkeit der Gesellschaft zur Fortführung der Unternehmenstätigkeit aufwerfen können. Falls wir zu dem Schluss kommen, dass eine wesentliche Unsicherheit besteht, sind wir verpflichtet, im Bestätigungsvermerk auf die dazugehörigen Angaben im Jahresabschluss und im Lagebericht aufmerksam zu machen oder, falls diese Angaben unangemessen sind, unser jeweiliges Prüfungsurteil zu modifizieren. Wir ziehen unsere Schlussfolgerungen auf der Grundlage der bis zum Datum unseres Bestätigungsvermerks erlangten Prüfungsnachweise. Zukünftige Ereignisse oder Gegebenheiten können jedoch dazu führen, dass die Gesellschaft

ihre Unternehmenstätigkeit nicht mehr fortführen kann.

- beurteilen wir Darstellung, Aufbau und Inhalt des Jahresabschlusses insgesamt einschließlich der Angaben sowie ob der Jahresabschluss die zugrunde liegenden Geschäftsvorfälle und Ereignisse so darstellt, dass der Jahresabschluss unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft vermittelt.
- beurteilen wir den Einklang des Lageberichts mit dem Jahresabschluss, seine Gesetzesentsprechung und das von ihm vermittelte Bild von der Lage der Gesellschaft.
- führen wir Prüfungshandlungen zu den von den gesetzlichen Vertretern dargestellten zukunftsorientierten Angaben im Lagebericht durch. Auf Basis ausreichender geeigneter Prüfungsnachweise vollziehen wir dabei insbesondere die den zukunftsorientierten Angaben von den gesetzlichen Vertretern zugrunde gelegten bedeutsamen Annahmen nach und beurteilen die sachgerechte Ableitung der zukunftsorientierten Angaben aus diesen Annahmen. Ein eigenständiges Prüfungsurteil zu den zukunftsorientierten Angaben sowie zu den zugrunde liegenden Annahmen geben wir nicht ab. Es besteht ein erhebliches unvermeidbares Risiko, dass künftige Ereignisse wesentlich von den zukunftsorientierten Angaben abweichen.

Wir erörtern mit den für die Überwachung Verantwortlichen unter anderem den geplanten

Umfang und die Zeitplanung der Prüfung sowie bedeutsame Prüfungsfeststellungen, einschließlich etwaiger bedeutsamer Mängel im internen Kontrollsystem, die wir während unserer Prüfung feststellen.

Wir geben gegenüber den für die Überwachung Verantwortlichen eine Erklärung ab, dass wir die relevanten Unabhängigkeitsanforderungen eingehalten haben, und erörtern mit ihnen alle Beziehungen und sonstigen Sachverhalte, von denen vernünftigerweise angenommen werden kann, dass sie sich auf unsere Unabhängigkeit auswirken, und, sofern einschlägig, die zur Beseitigung von Unabhängigkeitsgefährdungen vorgenommenen Handlungen oder ergriffenen Schutzmaßnahmen.

Wir bestimmen von den Sachverhalten, die wir mit den für die Überwachung Verantwortlichen erörtert haben, diejenigen Sachverhalte, die in der Prüfung des Jahresabschlusses für den aktuellen Berichtszeitraum am bedeutsamsten waren und daher die besonders wichtigen Prüfungssachverhalte sind. Wir beschreiben diese Sachverhalte im Bestätigungsvermerk, es sei denn, Gesetze oder andere Rechtsvorschriften schließen die öffentliche Angabe des Sachverhalts aus.

Sonstige gesetzliche und andere rechtliche Anforderungen

Übrige Angaben gemäß Artikel 10 EU-APrVO

Wir wurden von der Trägerversammlung am 16. Mai 2022 zum Abschlussprüfer gewählt.

Wir wurden am 5./25. Juli 2022 vom Verwaltungsrat beauftragt. Wir sind ununterbrochen seit dem Geschäftsjahr 2013 als Abschlussprüfer der LBS Westdeutsche Landesbausparkasse, Münster, tätig.

Wir erklären, dass die in diesem Bestätigungsvermerk enthaltenen Prüfungsurteile mit dem zusätzlichen Bericht an den Prüfungsausschuss nach Artikel 11 EU-APrVO (Prüfungsbericht) in Einklang stehen.

Verantwortlicher Wirtschaftsprüfer

Der für die Prüfung verantwortliche Wirtschaftsprüfer ist Wilhelm Wolfgarten.

Düsseldorf, den 4. April 2023

Deloitte GmbH
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft

(Wilhelm Wolfgarten)	(Stefan Wendler)
Wirtschaftsprüfer	Wirtschaftsprüfer

STATISTISCHER ANHANG ZUM LAGEBERICHT – BESTANDSBEWEGUNG 01.01. – 31.12.2022

I. Übersicht über die Bewegung des Bestandes an nicht zugeteilten und zugeteilten Bauspar- verträgen und vertraglichen Bausparsummen	Nicht zugeteilt		Zugeteilt		Insgesamt	
	Anzahl der Verträge	Bauspar- summe in T€	Anzahl der Verträge	Bauspar- summe in T€	Anzahl der Verträge	Bauspar- summe in T€
A. Bestand am Ende des Vorjahres	1.863.948	61.642.112	87.558	2.155.991	1.951.506	63.798.103
B. Zugang im Geschäftsjahr durch:						
1. Neuabschluss (eingelöste Verträge)	98.930	6.085.274	–	–	98.930	6.085.274
2. Übertragung	4.966	213.743	338	8.653	5.304	222.396
3. Zuteilungsverzicht, Widerruf der Zuteilung	68.390	1.356.679	–	–	68.390	1.356.679
4. Teilung	2.193	–	96	–	2.289	–
5. Zuteilung	–	–	138.276	3.218.525	138.276	3.218.525
6. Sonstige	12.710	699.665	229	12.362	12.939	712.027
Insgesamt:	187.189	8.355.361	138.939	3.239.540	326.128	11.594.901

C. Abgang im Geschäftsjahr durch:						
1. Zuteilung	138.276	3.218.525	–	–	138.276	3.218.525
2. Herabsetzung	–	356.270	–	593	–	356.863
3. Auflösung	117.595	3.522.762	55.097	1.321.301	172.692	4.844.063
4. Übertragung	4.966	213.743	338	8.653	5.304	222.396
5. Zusammenlegung	270	–	–	–	270	–
6. Vertragsablauf	–	–	21.157	473.307	21.157	473.307
7. Zuteilungsverzicht, Widerruf der Zuteilung	–	–	68.390	1.356.679	68.390	1.356.679
8. Sonstige	12.711	715.439	–	–	12.711	715.439
Insgesamt:	273.818	8.026.739	144.982	3.160.533	418.800	11.187.272

D. Zugang/Abgang	–86.629	328.622	–6.043	79.007	–92.672	407.629
E. Bestand am Ende des Geschäftsjahres	1.777.319	61.970.734	81.515	2.234.998	1.858.834	64.205.732
Davon entfallen auf Bausparer außerhalb des Bundesgebietes	6.341	232.587	240	6.356	6.581	238.943

II. Bestand an noch nicht eingelösten Verträgen	Anzahl der Verträge	Bausparsumme in T€
a) Abschlüsse vor dem 01.01.2022	28.689	1.854.093
b) Abschlüsse im Geschäftsjahr	56.633	4.384.716

III. Größenklassengliederung des nicht zugeteilten Bestandes:	Anzahl der Verträge	Bausparsumme in T€
bis 10.000 €	716.449	6.724.236
über 10.000 bis 25.000 €	451.555	8.075.318
über 25.000 bis 50.000 €	323.863	13.744.704
über 50.000 bis 150.000 €	240.047	20.987.230
über 150.000 bis 250.000 €	31.166	6.068.669
über 250.000 bis 500.000 €	11.947	3.988.924
über 500.000 €	2.292	2.381.653
Insgesamt:	1.777.319	61.970.734

IV. Die durchschnittliche Bausparsumme am Ende des Geschäftsjahres betrug 34.541 €

STATISTISCHER ANHANG ZUM LAGEBERICHT – BEWEGUNG DER ZUTEILUNGSMASSE 01.01. – 31.12.2022

		€
A. Vortrag und Zuführungen		
I. Vortrag aus dem Vorjahr (Überschuss)		
noch nicht ausgezahlte Beträge		12.595.462.418,35
II. Zuführungen im Geschäftsjahr		
1. Sparbeträge (einschließlich verrechneter Wohnungsbauprämien)		
		1.843.435.362,17
2. Tilgungsbeträge ¹ (einschließlich verrechneter Wohnungsbauprämien)		
		207.296.035,68
3. Zinsen auf Bauspareinlagen		
		109.108.766,75
4. Zuführung zum Fonds zur bauspartechnischen Absicherung		
		0,00
Summe		14.755.302.582,95

B. Entnahmen und Überschuss		
I. Entnahmen im Geschäftsjahr		
1. Zugeteilte Summen, soweit ausgezahlt		
a) Bauspareinlagen		1.019.664.370,51
b) Baudarlehen		271.909.414,51
2. Rückzahlung von Bauspareinlagen auf noch nicht zugeteilte Bausparverträge		
		853.462.703,93
3. Entnahme aus dem Fonds zur bauspartechnischen Absicherung		
		32.222.532,47
II. Überschuss der Zuführungen (noch nicht ausgezahlte Beträge) am Ende des Geschäftsjahres ²		
		12.578.043.561,53
Summe		14.755.302.582,95

Anmerkungen:

¹ Tilgungsbeträge sind die auf die reine Tilgung entfallenden Anteile der Tilgungsbeiträge (Darlehensrückzahlungen).

² In dem Überschuss der Zuführungen sind unter anderem enthalten:

- a) die noch nicht ausgezahlten Bauspareinlagen auf zugeteilte Verträge in Höhe von 146.898.499,30 €
- b) die noch nicht ausgezahlten Bauspareinlagen auf gekündigte Verträge in Höhe von 103.087.875,91 €
- c) die noch nicht ausgezahlten Baudarlehen aus Zuteilungen in Höhe von 221.090.509,59 €



LBS Westdeutsche Landesbausparkasse
Himmelreichallee 40 · 48149 Münster
Tel. 0251 4125051 · Fax 0251 4125222
www.lbswest.de · kommunikation@lbswest.de

Wir geben Ihrer Zukunft ein Zuhause.